

## Zweite Sitzung

im Ständehaus zu Düsseldorf, Montag, den 6. Dezember 1920.

(Beginn 10 Uhr 27 Minuten.)

1. Wahlen.
2. Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1918.
3. Vorbericht zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz sowie zu den zu demselben gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten und Haupt-Haushaltsplan für die Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921.
4. Bericht des Provinzialausschusses, betreffend den Vermögensstand des Rheinischen Provinzialverbandes.
5. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Vorsitzender Dr. Aidenauer: Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll über die gestrige Plenarsitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen.

Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Elbes und Dr. Lembke.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich mir einige geschäftliche Mitteilungen erlauben.

Zunächst ist der Wunsch geäußert worden, daß nur von hier aus gesprochen werden möchte und nicht von den Plätzen der Herren aus, weil bei dem Sprechen von den Plätzen aus die Verfolgung der Verhandlungen doch in manchen Teilen des Saales zu wünschen übrig läßt und insbesondere auch das Stenogramm nicht richtig ausfallen kann.

Es ist Ihnen dann gestern ein Verzeichnis der Abgeordneten zugegangen. In diesem Verzeichnis sind eine Reihe von Fehlern enthalten. Es ist teilweise übersehen worden, diese Fehler zu berichtigen. Herr Landrat Dr. Boden steht darin als Mitglied des Zentrums; er gehört dem Zentrum nicht an, er gehört keiner Partei an. Ich weiß nicht, ob noch sonstige Irrtümer vorgekommen sind. Ich bitte, sie eventuell noch zu berichtigen.

Dann habe ich Ihnen Mitteilung davon zu machen, daß sich eine neue Fraktion gebildet hat, und zwar die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Was das Programm für heute angeht, meine Damen und Herren, so kennen Sie ja die Tagesordnung. Wir wissen nicht, wie lange Zeit zur Abwicklung der Tagesordnung in Anspruch genommen wird. Es ist vorläufig in Aussicht genommen, die Tagesordnung etwa bis 1/2 Uhr zu erledigen. Wenn es nicht möglich sein sollte, die Tagesordnung bis dahin zu erledigen, würden wir zeitig eine Pause eintreten lassen und dann mit den Verhandlungen fortfahren.

Morgen, meine Damen und Herren, soll die Plenarsitzung erst um 11 Uhr beginnen, damit auf alle Fälle morgen noch vorher Fraktionsitzungen stattfinden können. Es ist dann weiter in Aussicht genommen, alle Vorlagen, die heute nicht erledigt werden, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu bringen, damit sie von dort in die Kommissionen gesandt werden können.

Für die Beratung in den Kommissionen ist hauptsächlich der Mittwoch in Aussicht genommen. Am Mittwoch soll eine Plenarsitzung nicht stattfinden.

Ich habe Ihnen dann weiter mitzuteilen, daß der Herr Ober-Präsident den Herrn Ober-Präsidentialrat Dr. Brandt als seinen Kommissar zu den Sitzungen des Provinziallandtages und der Kommissionen angemeldet hat.

Wir kämen dann zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Kommissionswahlen.

Dazu habe ich folgendes zu bemerken: Es hat eine Einigung zwischen den verschiedenen Fraktionen über die Zusammensetzung der Kommissionen stattgefunden. Das wird Ihnen bekannt sein. Ich habe noch zu bemerken, daß die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie das Recht bekommen soll, zu allen Kommissionssitzungen ein Mitglied mit beratender Stimme zu entsenden.

Es werden dann morgen noch weitere Kommissionen gewählt werden müssen, und zwar eine Kommission für die Verhältnisse des Kreises Monschau, dann eine Kommission für die Beratung der Frage des Sitzes des Arbeitsamts. Diese Kommission muß auf alle Fälle Mittwoch früh schon zusammentreten, weil zu dieser Sitzung Herren von Berlin erscheinen werden. Endlich soll morgen früh noch eine Kommission gewählt werden, die sich mit der Frage der Ausdehnung der Selbstverwaltung der Provinzen beschäftigen soll.

Wir kommen nunmehr zu der heute zu tätigen Wahl der Kommissionen.

Abgeordneter Adams überreicht die Vorschläge der Zentrumsfraktion.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Zentrum schlägt vor:

Für die Fachkommission I:

Farwid, Freiherr von Loë, Simon, Dr. Dichgans, Brauer, Dr. Saassen, Brandts, Leonarz und Dr. Hagen;

für die Fachkommission IIa:

Fräulein Schmidt, Frau Niediek, Banvolzem, Dr. Jörg, Daams, Dr. Heß, Hommer, Dr. Fischer und Dahmen;

für die Fachkommission IIb:

Dr. Schneider, Cüpper, Dr. Stappert, von Itter, Sanders, Fräulein Hartmann und van Gember;

für die Fachkommission III:

Altmeier, Sandmann, Gorius, Jordans, Meyer, Graf von Spee, Effert, Freiherr von Lüninck und Weber-Kray;

für die Fachkommission IV:

Vollig, Bergweiler, Petry, Otten, Bürgens, Brücker, Lensing, Weismüller und Gessinger;

für die Wahlprüfungskommission:

Hertz, Dr. Jörg, Floßdorf, Rath, Jakob-Raffauf, Dr. Kloos, Fräulein Schmidt, Sauren und Fräulein Gosewinkel.

Vielleicht ist es Ihnen recht, wenn ich gleich die Vorschläge der anderen Parteien hinzunehme, damit Sie von jeder Kommission ein vollständiges Bild haben.

Danach würde sich die I. Fachkommission aus folgenden Herren zusammensetzen: Dr. Hagen, Farwid, Freiherr von Loë, Simon, Dr. Dichgans, Brauer, Dr. Saassen, Brandts, Leonarz, Falk, Dr. Lembke, Dr. Wesenfeld, Dr. Jarres, Frau Landé und Kemper. Von Seiten der U. S. P. würde Herr Zöllig entsandt werden.

Abgeordneter Haas: Es scheint mir hier ein Irrtum bei den Mitgliedern der U. S. P. vorgekommen zu sein.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Verzeihung, es muß da statt Frau Landé und Kemper: Gerlach-Düsseldorf und Hoff-Köln heißen.

Fachkommission IIa:

Fräulein Schmidt, Frau Niediek, Banvolzem, Dr. Jörg, Daams, Dr. Heß, Hommer, Dr. Fischer, Dahmen, Eichhoff, Dr. Henzen, Dr. Kaiser, Dr. Hartmann, Frau Landé und Herr Kemper, von der U. S. P. Frau Becker.

**Fachkommission IIb:**

Gielen, Dr. Schneider, Cäpper, Dr. Stappert, von Itter, Sanders, Fräulein Hartmann, van Gember, Bottler, Bausch, Dr. Schüler, Schwarz, Frau Köhl, Herr Funk und von der U. S. P. Herr Orlopp.

**Fachkommission III:**

Altmeier, Sandmann, Gorius, Jordans, Meyer, Graf von Spee, Effert, Freiherr von Lüninck, Weber-Krag, Dr. Haarmann, Gerhard, Hold, Schmidt-Burscheid, Ullenbaum, Steinbüchel und von der U. S. P. Bezhold.

**Fachkommission IV:**

Bollig, Bergweiler, Petry, Otten, Bürsgens, Brücker, Lenjing, Weismüller, Gessinger, Hudt, Kemmann, Koderscheidt, Dr. Fosten, Müller-Duisburg, Drove und Odenthal von der U. S. P.

**Wahlprüfungskommission:**

Herg, Dr. Jürg, Floßdorf, Rath, Jakoby-Kassauf, Dr. Kloos, Fräulein Schmidt, Sauren, Fräulein Gosewinkel, Gantert, Havenstein, Müser, Dr. Russell, Pfaff und Hölken. Dazu hat die U. S. P. bis jetzt niemand benannt. (Zuruf aus der U. S. P.: Berzichtet!)

Abgeordneter Mönig: Bei Fachkommission IIb fehlt noch Rings.

Vorsitzender Dr. Udenauer: Rings steht hier nicht drauf. Ich will eben feststellen, ob die richtige Zahl da ist. Das stimmt! Werden noch sonst Widersprüche laut oder Bemerkungen gemacht?

Von Seiten der U. S. P. ist ein Herr Odenthal zu der Kommission IV benannt worden. Wir haben zwei Herren, die den Namen Odenthal führen; Sie werden aber nur einen in Ihrer Fraktion haben. (Zuruf: Odenthal-Dipladen!) Es ist also ein Mißverständnis nicht gut möglich.

Damit ist die Frage der Wahl der Kommissionen für heute erledigt. Ich darf wohl bitten, daß sich die Kommissionen nach Schluß der Sitzung kurz konstituieren, damit sie ihre Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden usw. wählen und schon den Zeitpunkt ihres ersten Zusammentritts bestimmen.

Wir kämen dann zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1918.

Hierzu erteile ich das Wort Herrn Geheimrat Schmidt.

Geheimrat Schmidt: Meine Damen und Herren! Nach § 102 unserer Provinzialordnung hat der Provinzialausschuß über die Verwaltung und den Stand der Angelegenheiten des Provinzialverbandes im abgelaufenen Rechnungsjahr Bericht zu erstatten. Die Vorschrift hat den Zweck, dem Provinziallandtag Unterlagen für die Beurteilung der Ziffern zu geben, die ihm in dem zu beschließenden Haushaltsplan vorgelegt sind. Die Befolgung der Vorschrift, meine Damen und Herren, hat aber heute, nachdem uns von dem Rechnungsjahr 1918 schon zwei volle Jahre trennen, kaum mehr einen Zweck. Die Verhältnisse haben sich auch so sehr verschoben, daß sich aus den Etatsziffern des Jahres 1918 irgendwelche Schlüsse für die Berechtigung der Ziffern, die für das Jahr 1920 vorge schlagen werden, nicht ziehen lassen. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich auf den Verwaltungsbericht für das Jahr 1918 des näheren nicht eingehe. Selbstverständlich steht es jedem von Ihnen frei, Anfragen zu stellen; sie sollen bereitwilligst, sei es hier, sei es in den Kommissionen, beantwortet werden. Im übrigen liegt Ihnen ja der Bericht auch gedruckt vor. So glaube ich denn an Stelle des Herrn Landeshauptmanns für den Provinzialausschuß beantragen zu dürfen: Das Haus wolle den Verwaltungsbericht für 1918 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären.

Vorsitzender Dr. Udenauer: Dem Vorschlage wird zugestimmt.

Wir kommen zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

Vorbericht zu dem Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung der Rheinprovinz sowie zu den zu demselben gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten

und

Haupt-Haushaltsplan für die Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Kenvers: Meine hochverehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen eine doppelte Tagesordnung vorzulegen, nämlich einmal den Bericht über den Vermögensstand des Provinzialverbandes und dann den Haushaltsplan. Ich möchte bitten, zunächst den Bericht über den Vermögensstand des Provinzialverbandes vorzutragen zu dürfen. Es ist Ihnen hier ein gedrucktes Stück, Nr. 2 der Druckfachen, vorgelegt worden; ich bitte, dieses Druckstück gütigst zur Hand zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Am 1. April 1919 betrug das Vermögen des Provinzialverbandes 104 755 949 Mark. Sie finden diese Zahl auf der ersten Seite des Berichts. In dieser Summe von rd. 104 Millionen Mark ist einbegriffen das Vermögen einer Reihe von Instituten, die von der Provinz nur verwaltet werden, ihr aber nicht gehören. Das sind die Ruhegehaltskassen, die Polizeistrafgelderfonds, Stiftungsfonds und ähnliches. Das Vermögen dieser dem Provinzialverband nicht gehörigen Fonds beträgt 16 581 827 Mark. Sie müssen diese Summe von dem eben genannten Vermögen von 104 755 949 Mark in Abzug bringen; Sie behalten dann 88 174 122 Mark. Diese Zahl finden Sie auf Seite 1 des Druckstücks; Sie finden sie aber weiter auch zusammengesetzt auf Seite 33.

Wie das Vermögen der eben genannten Fonds und Korporationen abzuziehen ist, so ist dem Vermögensstande andererseits das Vermögen der Landesbank zuzuzählen. Es beträgt, wie Sie auf Seiten 35 und 37 im einzelnen nachgewiesen finden, 16 777 371 Mark. Ferner kommt in Betracht das Vermögen des Rheinischen Meliorationsfonds mit 2 003 800 Mark und endlich das Vermögen der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt mit 27 601 292 Mark. Wenn Sie diese drei Summen zu der eben genannten Summe von 88 174 122 Mark zuzählen, bekommen Sie als Gesamtvermögen des Provinzialverbandes die Summe von 134 556 585 Mark. Ich darf auch noch auf Seite 39 Bezug nehmen, wo die Summen im einzelnen aufgeführt sind.

Meine Damen und Herren! Der vorjährige Vermögensstand betrug 131 066 955 Mark. Es ist demnach eine Vermögenszunahme von 3 489 630 Mark zu verzeichnen. Sie werden mich fragen, wie dieser Vermögenszuwachs zustande gekommen ist. Da darf ich bitten, Seite 2 des Berichts zur Hand zu nehmen. Da finden Sie unter den Nummern 1 bis 14 den Zuwachs im einzelnen aufgeführt. Der Zuwachs schließt ab mit 7 357 451 Mark. Weiter finden Sie dann unter Nr. 1—7 (II) die Verminderung des Provinzialvermögens, und zwar um 3 867 820 Mark. Ziehen Sie diese Summe ab, dann bleiben die eben genannten 3 489 630 Mark als Vermögenszuwachs übrig.

Dem Vermögen des Verbandes stehen auf der anderen Seite auch Schulden gegenüber, die durch die Anleihen der früheren Jahre, durch Vorschuß usw. entstanden sind. Die Summe der Provinzialschulden finden Sie auf Seite 6 oben mit 41 500 058 Mark angegeben. Woraus sich diese Schulden im einzelnen zusammensetzen, finden Sie auf Seite 5 (B) unter den Nummern 1—15 aufgeführt.

Meine Damen und Herren! Am 1. April 1918 betrug die Schuldenlast 40 829 700 Mark. Sie sehen also, daß sich die Schulden in diesem Jahr um 670 358 Mark vermehrt haben. Auch hier möchte ich kurz andeuten, wie das zusammenhängt. Auf Seite 6 (I) unter Nr. 1—5 finden Sie ein Anwachsen der Schulden um 3 461 023 Mark aufgeführt. Demgegenüber finden Sie unter II unter den Nummern 1—11 aber auch eine Schuldenverminderung durch Amortisation usw. verzeichnet, die 2 790 665 Mark beträgt. Demnach ergibt sich durch Subtraktion die Summe von 670 358 Mark als Schuldenzuwachs. Dem Vermögenszuwachs von 3 489 630 Mark steht also eine reine Vermögenszunahme von 2 819 272 Mark gegenüber.

Wenn Sie dieses Druckstück nach der Zusammenstellung noch einmal durchsehen, finden Sie auf Seite 34—36 das Vermögen der Landesbank, der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und des Meliorationsfonds im einzelnen zusammengestellt. Sie finden auf Seite 40 ff. auch die Zusammenstellung der Schulden im einzelnen, außerdem vollständig erläutert, wozu die einzelnen Anleihen, die Schulden, seinerzeit verwandt worden sind.

Das ist die Hauptsache, die ich aus dem Vermögensbestand dem hohen Hause vorzutragen habe. Ich darf nun vielleicht zum Haushaltsplan und dem Vorbericht übergehen.

Ich darf im Anschluß an das, was der Herr Ober-Präsident gestern vorgetragen hat, nochmals daran erinnern, das im Jahre 1917/18 der Haushaltsplan mit rd. 41 Millionen schloß, wozu nur 13 % Steuern nötig waren. Im Jahre 1918/19 stieg die Ausgabe auf rd. 45 Millionen, die auch noch durch 13 % des Staatssteuerfolls gedeckt werden konnten. Der Haushaltsplan für 1919/20, wie er ursprünglich aufgestellt war, war schon auf rd. 53 Millionen gestiegen — also ein Zuwachs von beinahe 8 Millionen. Aber auch hierzu waren infolge des gestiegenen Staatssteuerfolls nur 13 % an Steuern aufzubringen. Meine Herren! Dieser Haushaltsplan ist ja im damaligen Landtag, der aufgelöst wurde, nicht zur Genehmigung gekommen. Wir haben also in dem Jahr nach dem Haushaltsplan des Vorjahres weiter wirtschaften müssen und haben die Teuerung der ganzen Zeit an uns vorübergehen lassen müssen. Also, der Haushaltsplan, wie er ursprünglich aufgestellt war, war nach allen Richtungen hin überschritten. Nun kam der verstärkte Provinzialausschuß, und dieser verstärkte Ausschuß durfte an Stelle des Provinziallandtages den zurückgestellten Haushaltsplan genehmigen. Wir haben nun dem verstärkten Provinzialausschuß den eben erwähnten Haushaltsplan mit 53 Millionen und 13 % Provinzialsteuern vorgelegt, daneben aber einen Nachtrags-Haushaltsplan, der rd. 31 Millionen und 18 1/2 % Steuern erforderte, so daß 31,5 % Steuern erhoben werden mußten. Also, Sie sehen, meine Damen und Herren, aus den Jahren 1917, 18 und 19, wie die Verhältnisse sich geändert haben.

Ich komme jetzt auf den diesjährigen Haushaltsplan zu sprechen. Der Haushaltsplan, wie er dem Hause jetzt vorliegt, ist schon im Herbst 1919 aufgestellt und dann verschiedene Male wieder geändert worden, weil die Verhältnisse sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat änderten. Flüchtig mußte man einmal einen Schnitt machen und sagen: Jetzt wird er definitiv aufgestellt. Der Haushaltsplan wurde aufgestellt, aber er kam immer noch nicht zum Abschluß und zum Druck. Wir sind auch nicht in der Lage gewesen, den großen Haushaltsplan so zeitig, wie wir wollten, dem Ausschuß zur Vorprüfung und Genehmigung zu überreichen; wir konnten vielmehr nur den Vorbericht und den Haupt-Haushaltsplan überreichen. Wir waren nun sicher, wenn wir noch lange warteten, hätten wir auch die übrigen Druckfachen dem hohen Hause nicht mitteilen können. Es wurde eben nicht gedruckt, es ist auch jetzt wieder Druckerstreik. Infolgedessen haben wir den Mitgliedern des Hauses den Vorbericht und den Haupt-Haushaltsplan allein vorgelegt mit dem Bemerkten, daß er noch nicht vom Provinzialausschuß definitiv anerkannt sei, daß wir uns aber

gestatten würden, sobald wie der Ausschuß dazu Stellung genommen und etwaige Änderungen beschlossen habe, diese dem Hause sofort noch mitzuteilen. Das Haus ist also an der Hand des Vorberichts und des Haupt-Haushaltsplans im großen und ganzen in der Lage gewesen, den Haushaltsplan durchzuarbeiten und zu prüfen. Wir bedauern sehr, daß es sich nicht anders hat machen lassen; wir waren nicht in der Lage, die Druckfachen in der richtigen Zeit herzustellen.

Wenn ich nun auf den Vorbericht eingehen darf, so bitte ich, Seite 1 zur Hand zu nehmen. Ich darf noch folgendes bemerken. Ich muß jetzt den Haushaltsplan auf Grund des Ihnen mitgeteilten Haupt-Haushaltsplans und des Vorberichts besprechen und komme erst später auf die Abänderungen, die der Provinzialausschuß dazu beschlossen hat. In einer anderen Weise, glaube ich, ist die Sache nicht gut darzustellen.

In dem Vorbericht, der dem hohen Hause mitgeteilt worden ist, ist als Gesamtsumme 182 288 839 Mark vorgesehen. Sie finden im Haushaltsplan auf Seite 27a diese Summe. Im Vorjahre waren es 91 656 809 Mark. Sie sehen also, daß eine Mehrausgabe von rund 90 Millionen erforderlich ist. Von diesen 90 Millionen werden aber rund 51 Millionen durch die erhöhten eigenen Provinzialeinnahmen gedeckt, so daß noch 38 878 350 Mark anderweit aufzubringen waren.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen nun zunächst nachzuweisen, daß diese Summe von 38 Millionen in die Ausgabe eingestellt und späterhin auch in der Einnahme vorgesehen ist. Ich darf zunächst auf die Ausgabe Bezug nehmen. Da bitte ich, Seite 2 ff. des Vorberichts zur Hand zu nehmen. Sie sehen, es ist mehr eingestellt bei I A Nr. 2 an Rente für die katholischen Armen in Werden 2350 Mark. Sie sehen bei II Nr. 1 (Haushaltsplan des Provinziallandtages, des Provinzialausschusses und der Zentralverwaltung) ein Mehr von 976 100 Mark. Auf Seite 4 finden Sie, daß bei Titel II Nr. 2 (Haushaltsplan für Ruhegehälter usw.) 1 090 721 Mark mehr eingesetzt sind. Auf Seite 5 ist unter Titel II Nr. 7 bei den Provinzial-Taubstummenanstalten ein Mehr von 78 985 Mark vorgesehen. Auf Seite 6 bei II Nr. 8 ist bei den Blindenanstalten ein Mehr von 401 360 Mark eingesetzt. Auf Seite 7 (Hebammenwesen) ist ein Mehr von 163 973 Mark vorgesehen. Auf Seite 9 (Fürsorgeerziehung Minderjähriger) ist ein Mehr von 981 000 Mark eingesetzt, auf Seite 11 (Landarmenwesen) ein Mehr von 2 448 000 Mark, auf Seite 12 (erweiterte Armenpflege) ein Mehr von 3 262 000 Mark, auf Seite 13 (Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler) ein Mehr von 520 000 Mark, auf Seite 15 (Haushaltsplan über die Kosten der Beaufsichtigung baulicher Anlagen und Maschinenfonds) 921 300 Mark, auf Seite 16 (Wohltätigkeitsanstalten und Stiftungen) 25 000 Mark, ferner auf Seite 16 unter II. 19 (Straßenverwaltung) die größte Summe, die als Verstärkung eingesetzt worden ist: 20 952 900 Mark. Sie finden ferner auf Seite 20 (Landesarbeitsamt der Rheinprovinz und Landesberufsamt) ein Mehr von 265 000 Mark, auf Seite 21 (Kunst und Wissenschaft) 6500 Mark, bei IV Nr. 2 (Provinzialmuseen) 23 455 Mark, bei IV Nr. 5 (Meliorationen) 455 545 Mark, ferner unter V Nr. 8 100 000 Mark mehr zur Deckung der Verzinsung der Anleihe für Hochwasserschäden. Unter V Nr. 9 finden Sie 1 094 400 Mark mehr eingesetzt, um den Fonds zur Verminderung der Anleihen bei Bauten zu verstärken. Sie finden ferner auf Seite 23 bei der Krüppelfürsorge 150 000 Mark mehr eingesetzt, dann auf derselben Seite bei VI 2e zur Verstärkung des Betriebsfonds 2 800 000 Mark, auf Seite 24 (Fürsorge für Kriegsbeschädigte) ein Mehr von 100 000 Mark, dann bei VI Nr. 4a für die Bezugszulagen 2 650 000 Mark, ferner bei VI Nr. 6 zur Durchführung der Besoldungsreform 2 590 000 Mark, weiter unter VI Nr. 7 zur Bestreitung von bei der Landesbank genommenen Vorschüssen — es handelt sich um Zinsenvorschüsse — 112 547 Mark, endlich bei 26 unter VI Nr. 8 zur Bestreitung unvorhergesehener besonderer Ausgaben 1 663 500 Mark.

Zählen Sie diese Ihnen eben aufgeführten Zahlen zusammen, so finden Sie eine Gesamtmehrausgabe von 43 834 637 Mark.

Meine Damen und Herren! Es sind aber auch an einer Reihe von Stellen Minderausgaben entstanden. Zunächst ist bei II Nr. 11 (Heil- und Pflegeanstalten) eine Minderausgabe von 1 182 700 Mark zu verzeichnen. Ferner sind bei II Nr. 16 = 102 000 Mark gestrichen, weil das Landarmenhaus aufgehoben ist. Ferner finden Sie bei II Nr. 20 = 449 337 Mark gestrichen — das ist der Haushaltsplan der Landwirtschaft —, dann bei IV Nr. 3 (gewerbliche Zwecke) 3500 Mark, bei V Nr. 4 (Zinsen der 7 Millionen-Anleihe) 9900 Mark, bei V Nr. 5 (13 Millionen-Anleihe) 1650 Mark, bei V Nr. 6 = 7200 Mark, bei VI Nr. 4 (Teuerungszulagen) 1 250 000 Mark, und endlich bei VI Nr. 5 = 1 950 000 Mark, zusammen 4 956 287 Mark. Ziehen Sie diese Summe von der eben genannten Summe der Mehrausgaben ab, so bleiben die 38 Millionen, von denen ich Ihnen nachzuweisen hatte, daß sie in der Ausgabe des Haushaltsplanes aufgeführt sind.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen nun noch nachzuweisen, daß die gleiche Summe auch in der Einnahme vorgesehen ist. Da verweise ich auf Seite 34/35 des Vorberichts; es ist dort unter Nr. 1—7 aufgeführt, wo die Mehreinnahme zu finden ist. Bei Titel II Nr. 1 der Einnahme ist die Provinzialabgabe für Verkehrsanlagen um 20 952 900 Mark vermehrt. Bei II Nr. 2 — Sie finden es auf Seite 5 des Haushaltsplans — ist die Provinzialabgabe zur Deckung der Kosten des Landarmenwesens um 2 448 000 Mark höher eingesetzt, bei II Nr. 3 ist die Provinzialabgabe zur Deckung der Kosten der erweiterten Armenpflege um 3 262 000 Mark erhöht. Titel II Nr. 4 ist um 10 634 500 Mark, Titel II Nr. 5 um 1 094 400 Mark und Titel V Nr. 2 um 100 Mark erhöht. Das macht zusammen 38 391 900 Mark. Titel V Nr. 1 (Einnahme an Zinsen von vorübergehend angelegten Beständen aus Zentralmitteln) ist um 8 550 Mark ermäßigt, so daß 38 383 350 Mark übrig bleiben. Der Restbetrag von 495 000 Mark findet durch den aus dem Nettozinsgewinn der Landesbank 1919 dem Haushaltsplan überwiesenen Betrage seine Deckung. Wenn Sie die Summen zusammen nehmen, macht das 38 878 350 Mark. Es ist also die Summe, die in der Ausgabe steht, auch in der Einnahme vorgesehen.

Nun fragt es sich, wie diese Summe etwa zu decken sei. Da wird zunächst immer auf die Reservefonds zurückgegriffen, die die Provinzialverwaltung hat. Das sind drei Fonds. Das ist einmal der Betriebsfonds, der ein für alle Mal auf die Summe von 700 000 Mark festgesetzt ist. Meine Herren, dieser Betriebsfonds ist minimal, er reicht unter den jetzigen Verhältnissen ein paar Wochen zum gewöhnlichen Bedarf; er kann natürlich nicht zur Deckung dieser Mehrauswendungen herangezogen werden. Der zweite Fonds, der der Verwaltung zur Verfügung steht, ist der sog. Ausgleichsfonds. Dieser Ausgleichsfonds ist zurzeit gebildet worden, um in den Jahren, wo das Staatssteuerjoll zurückgeht, eine Erhöhung der Prozente der Provinzialumlage vermeiden zu können. Er soll ferner dazu dienen, die Auslagen, die die Verwaltung für die Kanäle an Verzinsung usw. hat, zu decken. Meine Herren, dieser Fonds beträgt im Moment 6 266 405 Mark. Aus ihm wird schon in diesem Jahre eine Summe von 172 000 Mark für den Rhein-Wefer-Kanal genommen. Die Staatsregierung hat mitgeteilt, daß für das nächste Jahr die Beiträge zu den Kanälen ein Mehrfaches des diesjährigen Betrages betragen. Das müßte im nächsten Jahre auch daraus genommen werden. Im übrigen ist dieser Ausgleichsfonds in erster Linie dazu bestimmt, Fehlbeträge, Ausfälle, die im laufenden Haushaltsplan bei den Heilanstalten, Pflegeanstalten und Fürsorgeerziehungsanstalten entstehen und sonst nicht gedeckt werden können, zu decken. Solche Mindereinnahmen werden wir bei den heutigen Verpflegungssätzen usw. bei allen Anstalten sicher haben. Also dieser Ausgleichsfonds wird kaum dazu reichen, einige dieser Lächer am Ende des

Jahres zu stopfen. Er kann also auch zur Deckung der 38 Millionen wohl kaum in Anspruch genommen werden. Der dritte Fonds ist der sog. Baufonds. Er ist seinerzeit gegründet worden und sollte durch Erhebung eines halben Prozent Steuern gespeist werden, damit die Verwaltung Reparaturbauten usw. herstellen kann, ohne jedesmal zum Wege der Anleihen zu greifen. Meine Herren, dieser Fonds ist in diesem Jahre bis auf rd. 88 000 Mark erschöpft. Damit läßt sich natürlich auch nichts machen. Im übrigen liegt Ihnen eine besondere Denkschrift vor, wonach für Notbauten in den verschiedensten Anstalten jetzt beinahe rd. 2 Millionen aufgewandt werden müssen. Es wird in dieser Denkschrift gebeten, für diesen Baufonds nicht ein halbes, sondern ein ganzes Prozent in diesem Jahr zu erheben. Meine Herren, aus dem Baufonds ist auch nichts zu machen. Es mußte also zur Deckung des Fehlbetrages auf die Steuer zurückgegriffen werden. Nun hatten wir am 1. Oktober noch eine Uebersicht über das Staatssteuersoll; es betrug 206 Millionen Mark. Dieses Staatssteuersoll verringert sich zurzeit bis zu dem Tage, von dem wir es zu berechnen haben, infolge von Reklamationen usw. erfahrungsgemäß um rd. 10 Millionen Mark. Wenn man diese von dem Staatssteuersoll vom 1. Oktober abzieht, bleiben etwa 195 Millionen übrig. Da wir nun die Summe von 90 Millionen zu decken haben, dazu aber auch noch dieses eine Prozent zur Erhöhung des Baufonds, von dem ich eben sprach, also etwa 92 609 000 Mark, so machte das, wenn man das Gesamtstaatssteuersoll zugrunde legte, einen Prozentsatz von 47,5. Es war dementsprechend auch dem Provinzialausschuß diese Vorlage gemacht worden.

Nun ist die Sache an den Provinzialausschuß gekommen. Der Provinzialausschuß hat aber diesem Haushaltsplan gegenüber einige Bedenken aufgestellt, die dem hohen Hause ja auch in der Drucksache mitgeteilt worden sind. Zunächst hat der Provinzialausschuß es für angemessen befunden, bei Titel VI Nr. 2e = 2 800 000 Mark zu streichen, die zur außerordentlichen Verstärkung des Betriebsfonds vorgesehen waren. Der Provinzialausschuß ist der Auffassung: Wenn der Betriebsfonds nicht reicht, kann die Landesbank um Vorschüsse angegangen werden. Die Summe ist also als Verminderung der Ausgabe hier gestrichen worden. Dann hat der Provinzialausschuß eine Erhöhung der Einnahmen an einigen Stellen vorgenommen. Ich habe eben gesagt: Beim Straßenhaushaltsplan ist die größte Summe mit mehr als 20 Millionen eingesetzt worden. Nun hat der Provinzialausschuß ganz mit Recht angenommen, daß ein Teil dieser Summe, der schätzungsweise etwa 8 Millionen beträgt, vom Reiche der Provinz zurückzuerstatten ist, weil das Schäden sind, die durch den Krieg usw. entstanden sind. Derartige Anmeldungen sind von uns auch schon an das Reich gerichtet. Also im Haushaltsplan ist die Summe stehen geblieben, aber es ist eine Rückeinnahme von 8 Millionen vom Provinzialausschuß eingesetzt. Meine Herren, dann habe ich Ihnen gesagt, 1 094 400 Mark sollten zur Verstärkung des Baufonds eingesetzt werden, auf Grund der Baulisten, die in dem besonderen Druckstück Ihnen vorgelegt sind. Der Provinzialausschuß will aber an den Bauten, die dort als Notstandsbauten vorgesehen sind, die Summe von 220 000 Mark streichen. Es handelt sich um Bauten, die später ausgeführt werden können oder sich als überflüssig herausgestellt haben. Meine Herren, dann waren bei VI Nr. 4a in der Vorlage der Verwaltung die Besatzungszulagen für das linke Rheinufer mit 2 656 000 Mark vorgesehen. In dieser Beziehung war der Provinzialausschuß der Auffassung, das Reich sei bereit, diese Summe zu ersetzen. Infolgedessen ist diese Summe auch in Rückeinnahme gestellt worden, so daß ein Heruntersetzen des Haushaltsplans von 13 670 000 Mark beschlossen wurde. Auf der anderen Seite hat der Provinzialausschuß aber auch eine Reihe von Erhöhungen im Haushaltsplan vorgenommen. Da ist zunächst bei IV Nr. 5 die Summe von 10 000 Mark, die zur Unterstützung hilfsbedürftiger Beamten und Angestellten bestimmt war, auf 30 000 Mark erhöht worden; es sind also 20 000 Mark mehr ein-



gesetzt. Die Notlage der Beamten erforderte es, eine höhere Summe vorzusehen. Meine Herren, dann haben wir im Straßenhaushaltsplan einen Unterhaushaltsplan, bestehend aus dem A-Fonds und dem B-Fonds. Der A-Fonds beträgt 100 000 Mark, der B-Fonds 250 000 Mark. Die Fonds sind dazu bestimmt, den Kommunen in der Herstellung ihrer Straßen zu helfen. Der Fonds von 100 000 Mark sollte für solche Straßen bestimmt sein, wo nur kleinere Arbeiten erforderlich waren, der Fonds von 250 000 Mark für solche Straßen, wo Neuherstellungen oder große Ausbesserungen in Frage kamen. Meine Herren, diese Summen sind ja unter den heutigen Verhältnissen ganz minimal. Wenn früher eine Straßenreparatur 1000 Mark kostete, kostet sie jetzt 10 000 Mark. Eine Neuanlage, die früher 4—5000 Mark kostete, kostet jetzt 50—60 000 Mark. Da wir die Straßen aber nicht ganz verfallen lassen können und den Gemeinden doch helfen wollen, hat der Provinzialauschuß es für richtig befunden, den A-Fonds um 100 000 Mark, den B-Fonds, der im Haushaltsplan schon mit 150 000 Mark zur Verstärkung vorgeschlagen war, um weitere 200 000 Mark zu verstärken, so daß wir 200 000 und 600 000 Mark haben. Ich glaube, daß ist eine sehr richtige Einsetzung in den Haushaltsplan gewesen.

Meine Herren! Dann ist der Dispositionsfonds des Provinzialauschusses von 25 000 auf 125 000 Mark erhöht worden. Der Dispositionsfonds des Provinzialauschusses von 25 000 Mark ist ja unter den heutigen Verhältnissen ein ganz minimaler, mit dem nichts zu machen ist. Nun kommen eine Reihe von Anträgen, die im Haushaltsplan überhaupt nicht vorgesehen werden konnten. Ich weise z. B. darauf hin: In Schleswig, in Posen, in Oberschlesien werden überall Beiträge zur Erhaltung des deutschen Schulunterrichts usw. erbeten. Derartige Positionen sind, wie gesagt, im Haushaltsplan nicht vorgesehen; wir werden uns aber demgegenüber doch nicht ganz ablehnend verhalten können. Da ist vorgeschlagen, den Dispositionsfonds so zu erhöhen, daraus etwaige Unterstüzungen zu geben und im nächsten Jahre die Summe dann wieder in den Haushaltsplan zu bringen. Endlich ist bei Titel VI Nummer 7 eine Summe von 640 200 Mark eingesetzt worden, um daraus die Zinsen der Vorschüsse bei der Landesbank zahlen zu können. Meine Damen und Herren, wir sind in diesem Jahre schon mit 70 Millionen bei der Landesbank im Vorschuß. Daraus erklärt sich, daß die Summe der Vorschüsse, die wir zu verzinsen haben, eine immer größere wird. Die Mehrbewilligungen durch den Provinzialauschuß betragen also 1 060 400 Mark. Wenn Sie diese eine Million von den erstgenannten 13 670 000 Mark abziehen, dann bleiben 12 609 000 Mark. Zählen Sie diesen Betrag von der Ihnen im Vorbericht genannten Summe von rd. 92 Millionen ab, dann reduzieren sich die Ausgaben auf 80 Millionen. Also, von 92 Millionen hat der Provinzialauschuß die Summe auf 80 Millionen heruntergesetzt.

Die Hauptabänderung aber, die der Auschuß getroffen hat, betrifft die Aufbringung der Summen. Die Rheinprovinz hat wie alle anderen Provinzen, solange die Steuergesetzgebung noch nicht geregelt ist, wie ich eben schilderte, auf das Staatssteuerjoll zurückgegriffen und dementsprechend den Prozentsatz, der aufzubringen war, nach dem Staatssteuerjoll berechnet. Der Provinzialauschuß ist der gewiß nicht unrichtigen Auffassung, daß das eigentlich ein Unding geworden ist. Wir haben kein Staatssteuerjoll mehr, wir haben keine Staatseinkommensteuer, sondern alles ist Reichseinkommensteuer geworden, und was die Provinzen daraus bekommen, das weiß bisher kein Mensch. Infolgedessen hat der Provinzialauschuß beschlossen, von der Berechnung eines Prozentsatzes abzusehen, sondern nur festzusetzen: Die Summe von 80 Millionen ist aufzubringen. Diese Summe hat der Provinzialauschuß auf Grund der gesetzlichen Regelung zu verteilen, die uns ja wohl in der nächsten Zeit zugehen wird.

Ich glaube, das sind wohl die Hauptpunkte aus dem Haushaltsplan, die ich dem Hause zunächst mitteilen möchte.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Abgeordneter Farwick.

Abgeordneter Farwick: Meine Damen und Herren! Die uns soeben vom Herrn Landeshauptmann vorgetragene Vermögenslage der Provinz und, daran anschließend, den Haushaltsplan für 1920/21 darf ich hier kurz namens meiner Fraktion mit einigen Erörterungen und Erläuterungen versehen, ohne auf Einzelheiten einzugehen; Einzelheiten mögen dem zuständigen Ausschuß bzw. der Kommission vorbehalten bleiben.

Was zunächst die mitgeteilte Vermögenslage anbetrifft, so hat diese bei aller Anerkennung ihres Wertes doch teilweise nur noch ein historisches Interesse, denn die Werte sind wohl angegeben — sagen wir — als Friedenswerte. Es wird für die Zukunft von Interesse sein, auch eine Grundlage der Bewertung für die Gegenwart und die Zukunft bezüglich der Vermögenslage der Provinz zu schaffen, damit man ein wirklich richtiges Bild bekommt.

Ebenso verhält es sich mit dem vorgetragenen Haushaltsplan. Auch dieser hat, da wir nur noch ein Vierteljahr dieses Haushaltsjahres vor uns haben, schon teilweise nur noch historisches Interesse, und wir wissen nicht, wie sich in Wirklichkeit der Haushalt der Provinz in den Jahren 1920/21 entwickeln und noch weniger, wie er abschließen wird. Das Wachsen der Ausgaben bei den einzelnen Positionen und schließlich in der Endsumme ist nicht das Ergebnis der natürlichen Entwicklung der Provinzialaufgaben. Dieses Wachstum ist bedingt durch Verhältnisse, welche wir ja alle kennen, die aber der Beschlußfassung der Parlamente und auch des Provinziallandtages der Rheinprovinz wohl entzogen sind. Wir müssen bei dieser Sache der harten Notwendigkeit ins Auge sehen, ohne etwas daran ändern zu können. Deswegen erübrigt es sich, an dieser Stelle darüber Betrachtungen anzustellen.

Was nun den Haushaltsplan selber anbelangt, so werde ich mir gestatten, nur kurz auf einzelne Hauptpunkte hinzuweisen. Die Hauptausgaben sind bedingt durch die Kosten der Provinzialanstalten, und die Provinzialanstalten sind in ihren Kosten hauptsächlich beeinflusst durch die Kosten für die Unterhaltung der Insassen (Nahrung und Heizung) und die Kosten des für die Insassen bestimmten Personals. Kleidung spielt eine so große Rolle dabei nicht. Aber wenn man bedenkt, daß in den Provinzialanstalten — ich bin nicht genau orientiert, aber ich schätze wohl nicht fehl, wenn ich sage — zwischen 25 000 und 30 000 Menschen verpflegt werden, so wird man ermessen können, welche Kosten da entstehen. 25 000 bis 30 000 ist die Einwohnerzahl einer mittelgroßen Stadt. — Und was man da für einen Haushaltsplan nötig hat, wenn es sich um die Ernährung, Kleidung, Heizung, Wohnung all dieser Menschen handelt, das, meine Damen und Herren, brauche ich Ihnen hier wohl nicht auseinanderzusetzen. Es wird Aufgabe der zuständigen Kommission sein, zu prüfen, ob und in welchem Umfange hier Ersparnisse gemacht werden können, nicht an der Ernährung, Kleidung, Heizung und Wohnung der armen Pflöglinge und Insassen, sondern ob und inwieweit es möglich sein wird, an den Kosten des Personals zu sparen. Denn bei aller Anerkennung der Pflichttreue der Einzelnen wird es wohl des Schweißes der Edlen wert sein, genau zuzusehen, ob nicht hier an dieser Stelle gerade ein gewisses Ziel herrscht. Alle Ausgaben, die überflüssiger Weise an irgendeiner Stelle gemacht werden, gehen auf Kosten der Insassen, der Pflöglinge, und die kommen zuerst.

Ich verkenne nicht, daß die schwierige wirtschaftliche Lage, in der sich namentlich die Beamten und Angestellten befinden, auch von der Provinz große Aufwendungen fordern wird. Ich bin aber ebenso überzeugt, daß es in dieser Hinsicht die Provinzialvertretung an dem Nötigen nicht fehlen lassen wird.

Es steht wohl die Neuregelung des Armenwesens in Aussicht. Das Landarmenwesen ist, wie Sie wissen, ein starkes Onus der Provinzen und überhaupt aller Beteiligten. Daß es möglich sein wird, durch eine Neuregelung des Landarmenwesens die Provinz zu entlasten, ohne andere Faktoren zu belasten, daß namentlich durch eine Vereinheitlichung oder Vereinfachung dieser Materie an dem ungeheuer teuren Verwaltungsapparat gespart werden kann, ist sehr zu hoffen, und ich glaube, sowohl die Provinzvertretungen wie die Gemeinden würden es begrüßen, denn auch hier ist jede Mark, die lediglich zu Verwaltungszwecken ausgegeben wird, die lediglich ausgegeben wird, weil Schreibung entsteht — und, meine Damen und Herren, Sie wissen, die Schreibung kostet heute schon der Papierkosten wegen sehr viel —, ist jede Mark, die erspart wird, sehr zu begrüßen. Die angestellten Ermittlungen haben da, wo man so Stichproben gemacht hat, den alten deutschen Spruch auch in dieser Hinsicht, ich will nicht sagen, bekräftigt, aber wieder sehr wahrscheinlich gemacht, daß nämlich auf diesem Gebiete das Einheizen manchmal teurer, als das Baden ist.

Eine erschreckend hohe Summe — ich bin sicher, daß Sie in dieser Hinsicht das Wort „erschreckend“ alle unterschreiben — hat die Provinzial-Straßenbauverwaltung hier im Haushaltsplan vorgesehen. Ob man damit auskommt, weiß ich nicht. Wenn auch die sicherlich mit Recht vom Reich geforderte Erstattung der in dem Nachtrag geforderten Summe von 8 Millionen wohl zu erwarten ist, so bleibt doch eine Summe, die unseren Haushaltsplan außerordentlich stark belastet und von der man nicht sagen kann: das ist einmal, sondern von der wir uns alle sagen müssen: das ist erst der Anfang! und die jedes Jahr wiederkehren wird. Und wenn wir uns fragen: Woher kommt das denn auf einmal?, so ist es nützlich, etwas in der Vergangenheit der Provinzialstraßen zu blättern. Nur mit drei Sätzen. Als die Kleinbahnen ihren Siegeszug, besonders durch die industriellen Gemeinden und Kreise des Westens rechts- und linksrheinisch, antraten, da hieß es bei manchen: Nun haben die Provinzialstraßen wohl ausgespielt, denn was soll die Provinzialstraße für einige Bauernfuhrwerke oder die Dogcart eines Kavaliere und was so den örtlichen Verkehr vermitteln? Uebertrage man die Straße doch lieber gleich den Gemeinden! Die Zeiten haben sich absolut geändert. An die Stelle der Straßenbahnen sind bereits vor dem Kriege und jetzt erst recht und in Zukunft noch viel mehr die Autos getreten. Das Lastauto, das Luxusauto und das Geschäftsauto beherrschen die Provinzialstraßen, beherrschen überhaupt die Straßen. Ueber die wirtschaftliche Notwendigkeit und die wirtschaftliche Bedeutung dieses Verkehrsmittels ist wohl kein Zweifel. Gerade für die Autos sind auch die Provinzialstraßen von ungeheurer Bedeutung, und von guten Provinzialstraßen wird es abhängen und abhängen müssen, ob ein guter, prompter Verkehr zwischen den einzelnen Ortschaften und über weite Strecken der Kreise vor sich gehen kann oder nicht. Jedem ist es aber auch ebenso bekannt, daß die Autos große, starke Ansprüche an die Straßen stellen. Manche Gemeinde weiß genau, wo die zerprungenen teuren Deckel auf den Kanalschächten herrühren, und ich glaube, die Provinzialverwaltung weiß genau, wo die starke Inanspruchnahme der besten Chausseedecken herrührt. Da, meine ich, müßte es sicher der Ueberlegung wert sein — wenn auch die jetzige Gesetzgebung eine Basis für ein solches Vorgehen noch nicht darbietet —, ob man nicht diejenigen, die diese Straßen in solcher Weise benutzen, zu einer Vorausleistung — nicht wie das jetzige Vorschußleistungsgesetz, das nichts einbringen kann —, sondern zu einer wirklichen Vorausleistung heranziehen kann. (Sehr richtig!) Ich weiß, man wird mit Recht sagen: Jawohl, das erkennen wir an; aber auch hier wird dann das Einheizen teurer, als das Baden werden; die Heranziehung zu einer Vorausleistung wird, nun sagen wir: das alte Chausseegeld wieder aufleben lassen. Meine Damen und Herren, der Einwand würde mit Recht erhoben, wenn man auf diese Weise eine Vorschußleistung erheben wollte. Aber schon aus technischen

Gründen ist es nicht möglich, wird man jagen. In früheren Zeiten das schöne, langsame Fuhrwerk konnte der Chauffeegelderheber anhalten; aber so einen Kraftwagen mit so und soviel P. S. anzuhalten, dazu langt es beim stärksten Manne nicht. (Seiterkeit.) Aber wir haben ja schon die Numerierung der Kraftwagen; in der Rheinprovinz sind sie numeriert, und die Wagen sind gewissermaßen nach Tonnenzahl, nach Tragfähigkeit abgestempelt. Ja, ich weiß, zieht man sie heran, so wird es endlose Reklamationen geben. Natürlich kann die Gemeinde, die ja sicher an der Sache mit interessiert ist, doch sehr gut urteilen: Benutzt das betreffende Auto die Provinzialstraße oder nicht? Ich glaube, es würde sich da wohl ein Weg finden lassen, der uns diese vielfachen Millionen, die wir jährlich aus Mitteln der Provinz, aus Provinzsteuern aufbringen müssen, was Verzinsung und Tilgung anbetrifft, in etwa abnimmt durch eine solche recht anständige Vorausleistung. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Die im Haushaltsplan vorgesehene Beihilfe für Kriegsbeschädigte — ich glaube, es sind 100 000 Mark oder so etwas, es steht irgendwo — könnte zu einer Mißdeutung Veranlassung geben, nicht hier im hohen Hause, aber draußen. Da möchte ich von dieser Stelle gleich bemerken, daß die Unterstützung der Kriegsbeschädigten Sache des Reiches ist, daß das Reich alle sächlichen Kosten zu tragen hat (Sehr richtig!) und von den Verwaltungskosten neun Zehntel. Nur das eine Zehntel hat die Provinz zu tragen, und um dieses eine Zehntel Verwaltungskosten handelt es sich hier. Ich lege Wert darauf, dies festzustellen, wie gesagt, nicht für das hohe Haus, sondern für die Öffentlichkeit. Es könnten gerade hier im Rheinland, das zum größten Teil besetztes Gebiet ist, gewisse Elemente, denen das Hin- und Herschieben von Wahrheit und Nichtwahrheit, wenn es ihren Zwecken gilt, gar keine Beschwerden macht, daraus in der Öffentlichkeit folgern: Der Provinz, die über Millionen und Abermillionen verfügt, sind für die armen Kriegsbeschädigten 100 000 Mark gerade gut genug. — Nein, das ist nicht der Fall.

Ich komme zu einer Sache, die, ich will nicht sagen, in den Zeilen des Haushaltsplans oder der Anlagen steht, sondern zwischen den Zeilen. Wenigstens ich habe sie zwischen den Zeilen gesucht und nur teilweise gefunden. Vielleicht wird uns später der Herr Landeshauptmann eine vollständige Aufklärung geben; ich bin jedem dankbar, der sie mir gibt.

Ich sagte vorhin, die Provinzialverwaltung ist der Träger eines großen Vermögens, einer großen Vermögensverwaltung. Aber hauptsächlich ist zu berücksichtigen, daß die Provinz an ungezählten Stellen große Betriebe hat, Vermögensobjekte, die nach der wirtschaftlichen Seite eine große Bedeutung haben, die nicht tote Objekte sind, Wertpapiere, von denen man die Kupons abschneidet, sondern jede Anstalt, die so und soviel Menschen zu ernähren hat, die so und soviel zu verpflegen hat, jede Bauverwaltung und wie sie alle heißen mögen, sind lebende wirtschaftliche Organismen. Da habe ich mich gefragt: Wo ist denn eigentlich die Stelle in der Provinzialverwaltung, die sine ira et studio, ohne von irgendeiner Seite sich ankränkeln zu lassen, rein wirtschaftlich-kaufmännisch diese großen Vermögensobjekte von der kaufmännischen, nüchternen Seite unter Obacht hält. Ich finde in dem Personalausschuss einen höheren Beamten, einen Rechnungsdirektor. Ich nehme an, daß dieser Herr ein volles, gerütteltes Maß von Arbeit in seinem Dienstbetriebe hat. Ich nehme aber auch an, daß er sich darauf beschränkt, das zu revidieren, was ihm vorgelegt wird. Also gewissermaßen der Epimetheus. Ich möchte aber auch einen Prometheus hier haben, denn, wie gesagt, die Verwaltung ist so groß und es wirbelt tagtäglich soviel an Vermögensobjekten und Geldern herum, daß ich es wohl für der Mühe wert halten möchte, daß eine solche Zentralstelle für alle existiert. Der Beste wäre hier gerade gut genug. Es käme der Provinz und den ihr anvertrauten Schützlingen zugute.

Nun komme ich zur Deckungsfrage. Die in dem ursprünglichen Vorbericht enthaltenen Vorschläge sind überholt durch die Aenderungen, die uns mitgeteilt sind. Die Deckungsfrage ist dort zu lösen vorgeschlagen, indem einmal von den Ausgaben gewisse Summen abgesetzt werden, und zwar die Hauptsumme (8 Millionen) bei der Straßenverwaltung. Ich stimme dem vollständig zu, denn die von dem Herrn Reichskommissar für das besetzte Gebiet der hohen Kommission dargelegten Verhältnisse lassen es klipp und klar erkennen, daß dieser Teil der Straßenunterhaltung Sache des Reiches ist, da sie nicht durch die Provinzialverwaltung, sondern durch die Besetzung nach den ausdrücklichen Worten der hohen Kommission verursacht gelten müssen. (Zustimmung.)

Die bei c vorgesehene Erstattung der Besetzungszulagen für die Beamten in Höhe von 2 650 000 Mark versteht sich m. E. auch vollständig von selbst, denn die Rheinprovinz ist nicht in der Lage, für das Reich Extrakosten zu tragen, und dies ist eine wirkliche Extrasumme. Auch die Erstattung dieser Summe dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Die anderen Summen sind nicht so wesentlich, um hier an dieser Stelle darauf einzugehen; das wird sich im Ausschuß finden.

Aber die Deckung des dann noch verbleibenden Restbedarfs, wie er in der zweiten Aenderung in Nr. 2 vorgeschlagen ist. Es ist ja richtig, zurzeit besteht ein Vakuum, es ist eigentlich keine Basis da, der Herr Landeshauptmann hat das bereits ausgeführt. Nun ist es eigentlich, wenn es sich um Geld und Steuern handelt, wohl am zweckmäßigsten, daß man sich nicht auf Betrachtungen stützt, denn die diskontiert ja doch niemand, sondern daß man wirkliche reale gesetzliche Unterlagen sucht und, wenn sie nicht da sind, wartet, bis sie kommen. Man könnte an dieses Vakuum, das wir jetzt durch die Not und die Eigenart der Verhältnisse hier haben, ja längere Betrachtungen anknüpfen. Ich will mir das versagen, denn solche Betrachtungen würden, wie gesagt, erstens kein Geld bringen und zweitens sich auf einem Gebiete bewegen müssen, das mit dem Haushaltsplan der Rheinprovinz direkt nichts zu tun hat.

Ich hoffe, daß es dem Ausschuß gelingen wird, noch einzelne andere Angelegenheiten des vorgelegten Haushaltsplans klarzustellen. Nur einer Hoffnung möchte ich Ausdruck geben, daß die Provinzialverwaltung mit den in diesem Haushaltsplan vorgesehenen Summen in Einnahme und Ausgabe auch wirklich auskommt. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. von Renvers: Ich möchte mir einige kurze Bemerkungen gestatten.

Ich stimme mit dem Herrn Vorredner vollständig darin überein, daß die Vermögensaufstellung und der Haushaltsplan historischen Charakter haben. Aber, was die Vermögensaufstellung betrifft, so ist es, glaube ich, besser, wir setzen die Friedenswerte ein, als die phantastischen Kriegswerte (Sehr richtig!). Wenn ich eine Anstalt wie Bedburg nehme, die uns 11—12 Millionen gekostet hat, so hätte ich, wenn ich die heutigen Preise zugrunde legen wollte, 120—150 Millionen in die Vermögensübersicht einsetzen müssen. Wir bekämen dann aber ein ganz gewaltiges phantastisches Vermögen, das in Wirklichkeit nicht zu verwerten wäre. Der Haushaltsplan ist ebenso historisch. Herr Oberbürgermeister Farwick hat ganz richtig ausgeführt: Was heute an Pflegegeld gezahlt wird, ist in 14 Tagen überholt; was wir heute in den Haushaltsplan stellen, das müssen wir nach 14 Tagen oder 3 Wochen für unrichtig erklären. Wir müssen eben sehen, wie wir da durchkommen.

Nun hat der Herr Oberbürgermeister auf Personalerparnisse in den Anstalten hingewiesen. Auch darin stimme ich mit ihm vollständig überein. Unsere Anstalten kosten ein wahnsinniges Geld. Der Kranke kostet uns jetzt — ich will es nicht genau auf den Pfennig sagen — weit über

20 Mark. Nun denken Sie sich die Achtstundenbestimmung in einer Provinzialanstalt für die Pfleger und die Pflegerinnen. Das hat sich zum groben Unfug ausgewachsen; das ist absolut nicht durchführbar. (Hört! Hört! links.) Die Verhältnisse in den Anstalten werden vielleicht — ich will jetzt nicht darauf eingehen — in der Kommission näher besprochen werden. Da muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden. Jetzt haben die Pflegerinnen in einzelnen Anstalten, ich glaube, 150 freie Tage. Das ist doch auf die Dauer gar nicht zu machen. Die Kranken leiden bis ins Unendliche darunter, weil in dem Moment, wo die Pfleger und Pflegerinnen weggehen, der kommende Ersatz nichts von den Kranken erfährt. Die Pfleger, die da sind, sagen: Wir sind nicht hier gewesen, sondern die, die vorher Dienst hatten. Die Kranken leiden sehr darunter. So geht die Karre auf keinen Fall weiter. Das Nähere wird wohl in der Kommission auseinandergesetzt werden.

Meine Herren, dann komme ich mit wenigen Worten noch auf den Straßenhaushaltsplan. Da stimme ich mit Herrn Oberbürgermeister Farwick vollständig dahin überein: Das Autowesen usw. nimmt unsere Straßen unglaublich in Anspruch und verdirbt sie, besonders durch die schweren Lastautos, kolossal. Aber eins hat der Herr Oberbürgermeister nicht hervorgehoben. Der gegenwärtig zum Teil schlechte Zustand unserer Straßen ist auch auf den Krieg zurückzuführen. Auf dem linken Rheinufer ist doch eine unendliche Menge von Straßen durch den Hin- und Rückzug einfach in Grund und Boden gefahren worden. Ich will gar nicht vom Essener und Duisburger Gebiet sprechen; es ist erschütternd, wenn Sie da die Straßen sehen. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Sehr richtig!) Wir haben Millionen und Millionen hineingesteckt; wir bekommen die Straßen nicht in Ordnung. Haben wir sie heute instandgesetzt, so gehen morgen Dutzende und Hunderte von Wagen wieder darüber und verderben alles wieder. Es ist ein Danaidenfaß, das alles verschlingt. Darin liegt ein großer Teil der Ausgaben, dann aber auch darin, daß wir unsere Straßen am linken Rheinufer selbständig zu verwalten kaum noch in der Lage sind. Jede Abteilung, seien es Briten, Amerikaner, Franzosen oder Belgier, bestimmt auf Grund des Friedensvertrages: Die Straße wollen wir so und so haben; ihr habt in 14 Tagen das und das zu machen. Und dem müssen wir rite nachkommen. Da kommen Forderungen, die nach meinem Gefühl und nach dem Gefühl der Bauabteilung noch lange hinausgeschoben werden können. Das müssen wir in ganz kurzer Frist machen; wenn nicht, dann erfolgen die nach der Auffassung der Alliierten nötigen Schritte. Darin liegt ein großer Teil der Ausgaben. Nun kommt noch eins hinzu: Ueberall werden uns die Straßen jetzt auch von der Post in Grund und Boden gefahren. Die Post hat auf vielen Strecken jetzt die Autofahrten eingeführt. Das sind schwere Lasten, auf die unsere Straßen an und für sich gar nicht gerichtet sind, insbesondere im Trierer Bezirk, wo wir vielfach noch Kalf- und unterlagen haben. Gehen diese Wagen eine Zeitlang über die Straßen, so bekommen wir bald dasselbe Verhältnis, wenn auch nicht ganz so schlimm, wie auf den Kohlenstraßen bei Essen, Duisburg usw. Alle Versuche, das Reich zu bewegen, uns da Beihilfen zu geben, sind rite abgelehnt. Die Postverwaltung erklärt: Das ist ein gemeiner Gebrauch der Straßen, das geht uns nichts an; wir machen davon Gebrauch. Es geht jetzt so weit, daß wir an den engeren Straßen selbst die Bäume beseitigen müssen, damit die großen Postwagen durchkommen können. Dazu kommt, daß die Post der Privatindustrie große Konkurrenz macht. Ich denke z. B. an die Straße Neuwied-Kengsdorf. Da fahren große Postwagen und daneben noch Privatwagen. Infolgedessen sind die Preise sehr heruntergegangen. Unsere Straßen leiden aber doppelt. Das nur kurz bemerkt. Dann möchte ich dem Herrn Oberbürgermeister mitteilen, daß wir es auch schon wiederholt versucht haben, das Vorschußleistungsgesetz in Bezug auf Autos usw. zu ändern und ein anderes

Gesetz herbeizuführen. Darüber schweben in Berlin Verhandlungen, es sind besondere Kommissionen aufgestellt. Ich hoffe, daß aus der Sache etwas herauskommen wird.

Sehr dankbar bin ich dem Herrn Oberbürgermeister Jarwid dafür, daß er die 100 000 Mark für die Kriegsbeschädigten kargestellt hat. Natürlich sollten daraus keine Entschädigungen für die Kriegsbeschädigten gezahlt werden, sondern es sollte nur ein Teil der Verwaltungskosten sein. So steht es ja auch im Verwaltungsbericht ausgeführt.

Eine Vermögensverwaltungsstelle in der Provinzialverwaltung, die den Gesamtbestand des Vermögens kontrolliert, ähnlich wie es bei den Städten ist, haben wir bisher nicht, sondern die Vermögensverwaltung wird in den einzelnen Abteilungen kontrolliert. Ich muß sagen: eine derartige Vermögensverwaltungsstelle ist sehr wünschenswert, und wir werden versuchen, der Sache näherzutreten.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Abgeordneter Jarres.

Abgeordneter Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Namens der Arbeitsgemeinschaft im Provinziallandtage habe ich die Ehre, einige knapp umrissene Bemerkungen zu den wichtigen Punkten der Tagesordnung zu machen, die uns jetzt beschäftigen. Bevor ich das aber tue, wollen Sie mir ein kurzes Wort in eigener Sache der Fraktion gestatten. Wir halten eine derartige Erklärung nicht für unnötig, weil sich in den letzten Tagen die Öffentlichkeit mit unserem Dasein beschäftigt hat. Es ist dabei dem Erstaunen und hier und da auch einem für den Kenner nicht ganz unverständlichen Mißbehagen darüber Ausdruck gegeben worden, daß unsere Arbeitsgemeinschaft sich gebildet hat; und man hat sich darüber gewundert, daß unter dem Dache einer Fraktion Angehörige der verschiedensten Parteien friedlich zusammen schaffen wollen. Zur Beruhigung dieser Gönner, die sich über unser Wohlergehen so den Kopf zerbrechen, möchte ich folgendes ausführen.

Es ist richtig, daß in der Arbeitsgemeinschaft die verschiedensten Parteien vertreten sind. Es ist richtig, daß Angehörige der sogenannten bürgerlichen Parteien mannigfachster Schattierung bei uns Aufnahme gefunden haben, und es ist sogar richtig, daß Persönlichkeiten, die ausgesprochen einer bestimmten Partei nicht beigetreten sind, sich auch bei uns wohl fühlen. Das Letztere ist vielleicht besonders erstaunlich in einer Zeit, wo das *ζῶον πολιτικόν* eine Rolle spielt größer als sonst, allerdings nicht immer in dem klassischen Sinne des Zitats. Wenn wir uns zusammengetan haben, meine Damen und Herren, so geschah es in dem einmütigen Gefühle, daß die Geschäfte der Provinz richtigermaßen nicht von dem Standpunkt irgendeiner politischen Partei aus behandelt werden. (Zustimmung.) Und wir würden es an sich — Sie mögen darüber selbstverständlich geteilter Meinung sein (Sehr richtig! links. Heiterkeit.); ich verwehre keinem seine Meinung, aber Sie werden uns gestatten, auch unseren Standpunkt auszudrücken — wir würden es begrüßt haben, wenn hier in einem sachlichen Parlament provinzieller Arbeit parteipolitische Fraktionen sich nicht gebildet hätten. Wir sind zusammengekommen in dem einmütigen Gefühle rheinischer Kraft und rheinischer Pflicht. (Rufe aus den anderen Parteien: Wir auch!) Und wir haben das Gefühl, daß wir am besten ohne Rücksicht auf Partei, Bekenntnis und Stand den Interessen unserer Heimatprovinz dienen können. Wir haben in unserer Arbeitsgemeinschaft den Wunsch, das einigende Band, das zwischen rechts und links des Rheins bestehen soll — nach unser aller Auffassung zwischen allen Kreisen —, auch an unserem Teile mit festigen zu helfen, und wir hoffen, daß auch in dieser gemeinschaftlichen Arbeit den gequälten rheinischen Brüdern des besetzten Gebietes das Gefühl gestärkt wird, daß wir im Unglück wie einst im Glück zusammengehören. (Lebhaftes Bravo!)

Der Name unserer Arbeitsgemeinschaft sagt das, was wir sein wollen. Wir wollen auf dem Wege sachlicher Arbeit ohne Betonung eines politischen Standpunktes die Aufgaben des

Provinziallandtages mit lösen helfen, und wir sind dabei der Hoffnung, daß die Erfahrungen und die Fachkenntnisse, die in unseren Reihen vorhanden sind, dieser Aufgabenerfüllung von Nutzen sein können.

Dies, meine verehrten Damen und Herren, zunächst in eigener Fraktionsache vorausgeschickt, komme ich nunmehr zu dem Haushaltsplan.

Meine Damen und Herren! Schon aus den, wie immer, außerordentlich sorgfältig vorbereiteten Unterlagen für unsere Tagung haben wir den ganzen trostlosen Eindruck unserer Provinznot erhalten. Diese Trostlosigkeit ist sicherlich noch verstärkt worden durch die ungeschminkten, fachkundigen Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns und meines Herrn Vorredners. Wir sehen unsere Provinz, die einst so stolze, kulturell und wirtschaftlich im Vordergrunde der deutschen Lande stehende, jetzt auf schwachen und unsicheren Füßen daherhinken. Da kann ich mir sehr wohl den resignierten Ton erklären, der in den Worten des Herrn Landeshauptmanns zum Ausdruck kam, wenn er seine Lebensarbeit gefährdet sieht. Und ich kann mir auch denken, daß der Provinzialausschuß, der in den nächsten Tagen *re bene gesta* aus seinem Amt tritt, mit schweren Sorgen erfüllt ist, wie das Schifflein, das er treu gesteuert hat, in den kommenden Brandungen des Meeres sich bewähren wird.

Aber, meine verehrten Damen und Herren, so schwarz das Bild unserer wirtschaftlichen Lage in der Provinz auch heute sich unseren Augen darstellt, etwas Absonderliches ist diese trostlose Lage doch nicht. Sie ist das Spiegelbild dessen, was wir in den Kommunalverwaltungen tagtäglich erleben. Und ich meine, es muß so gemacht werden, wie mein Herr Vorredner Farwick will: die Augen nicht verschließen, aber rüstig anfassen! Gegen die Tatsachen können wir nicht an. Wir haben mit der Provinzialverwaltung die Pflicht, aus dem Schlechten das Mögliche herauszuholen, was herauszuholen ist.

Bei dem Haushaltsproblem liegt, wie in den Kommunalverwaltungen, die Hauptschwierigkeit in der Tatsache des endlosen Anschwellens der Ausgaben bei völliger Unsicherheit der Einnahmen. Mit diesem Problem hat sich die Provinzialverwaltung und nach ihr der Provinzialausschuß abgequält. Das, was wir jetzt als den Niederschlag ihrer Verhandlungen erhalten, den endgültigen Haushaltsentwurf mit den Abänderungen des Provinzialausschusses, können wir als eine umsichtige und sorgfältige Arbeit annehmen. Insbesondere erkläre ich mich namens der Arbeitsgemeinschaft und der Mehrreinnahmen, die der Provinzialausschuß dabei festgesetzt hat, völlig einverstanden. Ich glaube, die Mehrreinnahmen, die er eingefetzt hat, werden sich vertreten lassen. Es ist zu hoffen, daß der Optimismus, den er dem Reiche gegenüber bei diesem Beschlusse zum Ausdruck gebracht hat, und der auch eben von dem Herrn Landeshauptmann betont worden ist, in Erfüllung gehen wird.

Wir haben im einzelnen natürlich zu dem Haushaltsplan mancherlei Wünsche und Anregungen. Es würde aber nicht richtig sein und Sie unnötig aufhalten, wenn ich das einzelne hier im Plenum vortragen würde. Es muß das dem Fachausschuß überlassen bleiben, insbesondere die Frage, ob es nicht doch noch möglich ist, Mehreinnahmen hier und dort und Wenigerausgaben an anderen Stellen einzusetzen. Ich beschränke mich deshalb hier auf die Hervorhebung einiger besonderer Wünsche und Anregungen, die in unserer Arbeitsgemeinschaft zur Sprache gekommen sind und deren Betonung hier im Plenum gewünscht wurde.

Wir begrüßen es zunächst, daß der Provinzialausschuß 8 Millionen Mark Reichsforderung für Wegeausbesserung als unmittelbare Folge der Besetzung in den Haushaltsplan eingefetzt hat, und wir wünschen, daß die Provinzialverwaltung sich mit aller Kraft für die Erfüllung dieser



Forderung einsetzt. Nach den Schilderungen, die eben der Herr Landeshauptmann über die Beschaffenheit der Wege im Rheinland im allgemeinen gegeben hat, wissen wir, daß insbesondere die von der Entente scharf benutzten Wege in einem besonders desolaten Zustande sich befinden. In unserer Arbeitsgemeinschaft ist gestern von den verschiedensten Seiten in beweglicher Weise über diesen Zustand Klage geführt worden. Auch wir möchten betonen, daß wir es für eine Ehrenpflicht des Reiches, trotz seiner schlechten Lage, halten, hier zuzugreifen und zu helfen. Denn bei der seelischen Not, unter der die besetzten Teile leiden, muß alles geschehen, um in materieller Beziehung jedenfalls Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten auszugleichen. (Zustimmung.) Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns wohl gehört, daß bisher bei der Reichsregierung in Berlin Anmeldungen derartiger Schadensforderungen erhoben worden sind. Es würde uns interessieren, zu hören, in welcher Höhe diese Anmeldungen erfolgt sind. Um aber mit unserem Anspruch durchzudringen, halte ich es persönlich auch für zweckmäßig, daß diejenigen Mitglieder dieses hohen Hauses, die gleichzeitig den Vorzug haben, Abgeordnete der gesetzgebenden Körperschaften in Berlin zu sein, sich dieser Forderung der Rheinlande warm annehmen.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur das besetzte Gebiet leidet unter dem furchtbaren Zustande unserer Provinzialstraßen. Aus dem Haushaltsplan ergibt sich, welche hohen Ausgaben notwendig sind, um nur einigermaßen die Dinge im Lot zu halten. Ursprünglich war von der Provinzialverwaltung ein Mehrbetrag von rund 21 Millionen Mark für die Unterhaltung der Straßen eingesezt worden. Wenn die 8 Millionen vom Reiche erstattet werden, werden immerhin noch 13 Millionen bleiben. Aber, meine verehrten Herrschaften, neben diesem Betrage von 13 Millionen ist doch im laufenden Jahre bereits auf dem Wege der Anleihe ein Betrag von 10 Millionen für die Straßen ausgeworfen worden, der am 31. Mai 1920 von dem erweiterten Provinzialausschuß bewilligt worden ist. Ich nehme an, daß auch dieser Betrag im wesentlichen schon ausgeglichen worden ist. Sie sehen daraus, welche ungeheure Zahlen es sind, um welche unerschwingliche Beträge es sich handelt, die erforderlich sind, um die Straßen instandzuhalten. Ist das aber so, meine Damen und Herren, dann haben wir doppelt die Verpflichtung, zu fragen: Sind diese Ausgaben denn wirklich notwendig, gibt es denn wirklich keinen Weg, um der furchtbaren Zerstörung unseres Straßennetzes entgegenzutreten? Wir sind der Meinung, daß das möglich sein muß, und ich habe hier im Auftrage meiner Parteifreunde insbesondere darauf hinzuweisen, daß die Zustände nicht nur im Ruhrkohlengebiet, von denen der Herr Landeshauptmann eben sprach und die mir als nächststehendem Leidtragenden sicherlich durchaus bekannt sind, so trostlos sind, sondern auch im Braunkohlengebiete. Auch hier müssen die Straßen in einem Zustande sein, daß es schlechterdings nicht so weitergeht. Welche Mittel sind zur Besserung anzuwenden? Wir sind der Meinung — und die Meinung wird, glaube ich, im Volke allgemein geteilt —, daß gegen die geradezu hanebüchene Ausnutzung und den furchtbaren Mißbrauch der Provinzial- und Gemeindefstraßen durch die Kohlentransporte eingeschritten werden muß, nicht nur mit freundlichen Worten, sondern mit kräftig zupackender Hand. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man sieht, wie ein Kohlenzug nach dem anderen sich aus dem Ruhrkohlengebiet an den Rhein wälzt, wenn man sieht, welche unglaubliche Behikel dort ungeheure Lasten tragen — moderne Verkehrsmittel allerdings nach dem Geschnaufe und dem Gestank (Heiterkeit), aber nach ihrer ganzen Beschaffenheit die vorstinktlichsten Verkehrsmittel, die man sich denken kann —, wenn man das sieht, schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen und fragt: Ist das denn notwendig? Sachverständige, speziell aus dem Kohlenhandel, haben mir noch in diesen Tagen versichert, daß es nicht notwendig ist, daß die Eisenbahn für den Nahverkehr und die Schifffahrt für den Fernverkehr das gegebene und leistungsfähige

Verkehrsmittel ist und bleibt, daß außerdem Kleinbahnen mehr als bisher für den Transport zur Verfügung gestellt werden können, daß es auf jeden Fall möglich ist, die sogenannten Traktoren, die Zugmaschinen mit ihren Anhängern von den Straßen zu entfernen. Und diesen Antrag stellen wir hier in aller Form, den Antrag an die Provinzialverwaltung, uns, die Gemeindeverwaltungen, in dem Bestreben zu unterstützen, diese Behikel von den Landstraßen herunter zu bekommen. Der Herr Demobilisierungskommissar erklärt sich zurzeit noch für zuständig, und er glaubt, er könne im Interesse der Kohlenversorgung diese Unterfagung, die wir wünschen, nicht vornehmen. Ich bestreite aber die Zuständigkeit des Demobilisierungskommissars seit dem Herbst vorigen Jahres in dieser Frage, hoffe jedoch, auch ohne daß es zu einer Zuspitzung dieser Zuständigkeitsfrage kommt, daß der Herr Regierungs-Präsident in Düsseldorf sich bereithalten läßt, unter Umständen noch nach Anhörung von Sachverständigen, diese Zugmaschinen von den Straßen zu entfernen und auch den Nachtverkehr der geräuschvollen Transporte zu verbieten.

Bei diesen Transporten wird von einem gemeinen Gebrauche gesprochen. Ja, ein „gemeiner“ Gebrauch im buchstäblichsten Sinne des Wortes kommt hier in Frage. (Heiterkeit.) Solche Gemeinheit auf den kommunalen und provinziellen Wegen haben wir seit Menschengedenken nicht gesehen. Ich bitte die Provinzialverwaltung, diesem sogenannten gemeinen Gebrauch mit uns doch nach aller Macht zu steuern.

Der Herr Landeshauptmann hat dann auch darauf hingewiesen, daß auch die Post die Straßen in starker Weise benützt. Ich bin der Meinung, daß auch da bei dem Reiche eine Beitragspflicht zur Anerkennung zu bringen ist.

Ich bin ferner der Meinung, daß, was die Wegeverwaltung angeht, ein Punkt in dem Haushaltsplan nicht berücksichtigt worden, der höchstwahrscheinlich doch der Provinz noch große Lasten verursachen wird. Es sind das die Unterhaltungsverträge mit den Gemeinden. (Sehr richtig!) Diese Unterhaltungsverträge sind so alten Datums, daß sie den heutigen Geld- und wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise mehr entsprechen, daß es also der Billigkeit entsprechen würde, hier einen Ausgleich zu schaffen und eine billige Abänderung vorzunehmen. Das wird wohl von keinem bestritten werden können. Aber ich glaube, den Gemeinden, die bisher vergeblich versucht haben, auf dem Wege der Bitte eine Abänderung dieser Verträge zu erzielen, stehen nach neuerlichen Entscheidungen auch stark durchschlagende juristische Gründe zur Verfügung. Ich möchte aber bitten, daß auf jeden Fall die Austragung dieser Frage auf dem Klagewege zwischen der Provinz und den Gemeinden vermieden wird, und ich bitte, diese Frage, wenn auch nicht für das laufende, so doch für das folgende Jahr, sobald wie möglich in die Erwägung der Provinz unter Zuziehung der Sachverständigen zu ziehen.

Zweitens, die Frage der Vorausleistungen ist von den verschiedenen Herren, auch von meinem Vorredner, schon zur Sprache gebracht worden. Wir sind auch der Meinung, daß hier unbedingt etwas geschehen muß. Ich freue mich, aus den letzten Mitteilungen des Herrn Landeshauptmanns gehört zu haben, daß die Provinzialverwaltung bei den Berliner Verhandlungen über die Aufstellung eines neuen Voranschlagsentwurfs zugezogen ist.

Drittens, der Fonds zur Verminderung des Anleihebedarfs für regelmäßig wiederkehrende Hochbauten. Meine Damen und Herren, wir sind in der Arbeitsgemeinschaft zum mindesten im Zweifel darüber, ob es richtig ist, in diesem Jahre überhaupt einen Betrag für diesen Fonds zuzusteuern. Sie kennen die Entstehung dieses Fonds vielleicht nicht alle. Er ist im Jahre 1907 gegründet — damals meiner Meinung nach ein sehr weiser Beschluß, denn damals verfügte die Provinz über die nötigen Geldmittel, und es war sicherlich richtig, für regelmäßig wiederkehrende

Hochbauten, also für bestimmt in Aussicht stehende regelmäßige Ausgaben einen gewissen Sicherheitsfonds zu gründen. Ob wir in der heutigen Zeitlage bei der Knappheit unseres Provinzial-Haushaltsplanes uns das leisten können, darüber kann man sicherlich getrennter Meinung sein. Auf jeden Fall sind wir aber der Meinung, daß es nicht notwendig ist, die Dotierung dieses Fonds von einem halben Prozent auf ein Prozent zu verdoppeln. Statt 970 000 Mark sollen in Zukunft rd. 1 940 000 Mark aufgebracht werden. Der Fonds war doch meiner Erinnerung und meiner Kenntnis nach ursprünglich zur Bestreitung der Kosten von Hochbauten, von Neubauten gedacht. Nicht, jedenfalls nicht in erster Linie, war dabei an Unterhaltungsarbeiten gedacht. Wenn Sie aber die Verwendung jenes Fonds jetzt sehen, werden Sie finden, daß ein großer Teil der Fondsauslagen zur Verwendung für Bauunterhaltungsausgaben benutzt wird. Wir halten das nicht dem ursprünglichen Verwendungszwecke des Fonds entsprechend, sind aber der Meinung, daß unter den heutigen Verhältnissen Neubauten, selbst regelmäßig wiederkehrende Neubauten, nicht aus einem Fonds, nicht aus laufenden Mitteln bezahlt werden sollten, sondern daß für diese Zwecke bei möglichster Sparsamkeit der Weg der Anleihe genommen werden soll.

Wenn ich nun das Programm durchsehe, das die Provinzialverwaltung zur späteren Verwendung dieses Fonds aufgestellt hat, so finde ich zunächst einen Betrag von, glaube ich, 750 000 Mark für Notwohnungen und Wohnungsneubauten. Wir sind der Meinung, daß zum mindesten diese Wohnungsneubauten, vielleicht auch die Notwohnungen, nicht aus dem Fonds gedeckt werden sollen, sondern daß sie auf Anleihe genommen werden können, und wir beantragen, diese Frage in dem Sachausschusse besonders zu prüfen.

Viertens. Wir sind der Meinung, daß die Gebühren der Provinzial-Pflegeanstalten und sonstigen Anstalten, soweit Gebühren erhoben werden, zurzeit schon, und zwar baldigst, eine Erhöhung vertragen können. Sie bleiben, zum größten Teil wenigstens, hinter den Gebühren zurück, welche nicht nur von privater Seite, sondern auch von kommunalen Anstalten erhoben werden. Wir bitten, auch diese Angelegenheit zu prüfen.

Fünftens: Zur Beamtenbesoldung. Meine Damen und Herren! Wir sind der selbstverständlichen Auffassung, daß der Notlage der Beamten und Angestellten der Provinz, soweit es nur eben möglich und zu verantworten ist, Rechnung getragen werden muß, und zwar baldigst. Wir sind aber auch damit einverstanden, daß die Entscheidung über das „Wie“ dem neuen Provinzialausschuß überlassen bleibt, und wir hoffen, daß es in Anlehnung an die staatliche Regelung gelingen wird, hier eine Lösung zu finden, die der Not der Beamten gerecht wird.

Bei der Gelegenheit aber haben wir einen Wunsch vorzutragen. Wir wünschen, daß in Zukunft die Regelung von Besoldungsfragen in der Provinz nicht einseitig nach dem Vorbild irgend-einer Großstadt erfolgt, wie das in der Vergangenheit schon geschehen ist. Eine derartig über Nacht kommende Regelung ohne Fühlung mit den großen Kommunalverbänden der Provinz setzt die letzteren in die allergößte Verlegenheit und bringt sie in eine schiefe Lage. (Lebhafte! Sehr richtig! bei der Arbeitsgemeinschaft.) Wir haben in der ganzen Rheinprovinz jetzt starke Organisationen der Stadt- und Kreisverwaltungen auf der einen und der Beamtenvertretungen auf der anderen Seite; sie gibt es im Industriegebiet wie im besetzten Gebiete, und auch, glaube ich, in anderen Teilen der Provinz in den großen Bezirken — um solche kann es sich nur handeln — sind sie in der Entstehung. Wir möchten wünschen, daß in der Folge die Provinz, wie das ja schon geschehen ist, nicht nur an den Verhandlungen dieser Verbände unverbindlich teilnimmt, sondern daß sie aus diesen Beratungen und Vereinbarungen für große Bezirke auch die entsprechenden Folgerungen für sich zieht. An sich würde es ja sicherlich erwünscht sein, wenn grundsätzlich die Besoldung der provinziellen Beamten und

Angestellten sich an die Befoldung der Kommunalbeamten des Ortes anschließen könnte, wo der Provinzialbeamte wohnt. Es würde das die meiner Meinung nach zweckmäßigste Lösung sein, und ich glaube, im allgemeinen würden sich die Provinzialbeamten nicht schlecht dabei stehen, jedenfalls die meisten nicht. Aber dieser Weg ist für die Verwaltung — wir sehen das ein — nicht gangbar; er würde ein zu buntes Bild der Befoldung ergeben. Aber, wenn das auch nicht möglich ist, ich glaube, eine Anlehnung, und zwar eine starke Anlehnung an die Vereinbarungen zwischen der Beamtenschaft und den Verwaltungen großer Bezirke wird in Zukunft möglich sein.

Dasselbe gilt aber auch für die Bezahlung der Arbeiter. Auch bei der Tarifierung der Bezahlung der Arbeiter und derjenigen, die im Lohnverhältnis stehen, bestehen große Arbeitgeberverbände, die mit den Arbeitnehmerverbänden in der Provinz verhandeln. Auch hier hat sich die Provinz noch nicht angeschlossen. Wir würden es im Interesse der Einheitlichkeit, im Interesse der Provinz sowohl wie der Kommunalverwaltungen für richtig halten, wenn auch hier die Provinzialverwaltung Anschluß nähme. (Sehr richtig! bei der U. S. P.)

Endlich, meine Herrschaften, ein Wort zur Deckung. Auch nach den Abstrichen, die der Provinzialausschuß mit unserer Billigung gemacht hat, bleibt, wie schon wiederholt hervorgehoben worden ist, ein Defizit von 80 Millionen Mark aus Steuern zu decken. Wie soll das geschehen? Woher nehmen und nicht stehlen? Die Provinz — wir haben es eben aus den Mitteilungen des Herrn Landeshauptmanns selbst gehört — ist noch mehr in der Kreide als, glaube ich, die Mehrzahl der Gemeindeverwaltungen: 70 Millionen Mark Vorschüsse bei der Landesbank, Vorschüsse doch im wesentlichen auf das, was aus Steuern erwartet wird. Wie soll nun dort geholfen werden? Wir sehen für dieses laufende Jahr vollkommen ins Ungewisse. Aber, meine Damen und Herren, wir sehen noch schwärzer für die Zukunft, für die Jahre nach 1920, und wir sind der Meinung, daß es bezüglich des Provinzialsteuerrechts auch hier im Landtage, jedenfalls in seinen maßgebenden Ausschüssen, zu einer grundlegenden Aussprache kommen muß, wie die Provinzialsteuergestaltung in Zukunft sein wird.

Wie liegen die Dinge heute? Die Provinz ist der Kostgänger der Kommunalverbände, ein ganz eigenartiger Kostgänger von ziemlich anmaßlicher Art (Heiterkeit), der mit einer Grandezza sondergleichen einfach über das Portemonnaie seiner Kostgeberin verfügt. Das ließ sich bisher allenfalls ertragen, obwohl es doch in der Vergangenheit als gesetzesstechnisch nicht richtig empfunden wurde und auch vielleicht die Provinzialverwaltung hier und da zu unnötigen Ausgaben verleitete. Aber, meine Herrschaften, in Zukunft ist dieser Zustand nicht haltbar. (Sehr richtig! links.) Er war bis jetzt eben noch erträglich, wo die Kommunalverbände, die Stadtverordnetenversammlungen und die Kreistage, die Provinziallandtagsabgeordneten wählten, wo sie insofgedessen eine, zwar mittelbare, Kontrolle über die Ausgaben hatten. In Zukunft fällt das weg. Die Wahlen zum Provinziallandtage werden in Zukunft nach Urwahlen stattfinden. Wer weiß, wer dann im Landtag ist. Jedenfalls hat der Kommunalverband, der zahlen soll, auch nicht das geringste darüber zu bestimmen. Aber über sein Portemonnaie wird auch in Zukunft sicherlich lausch verfügt werden. Das ist ein Unding, das ist unhaltbar. (Sehr richtig!) Deshalb sind wir der Meinung, wenn — und es wird ja kommen — später der Provinziallandtag anders zusammengesetzt ist, wird auch das Provinzialsteuerrecht anders zu gestalten sein (Abgeordneter Dr. Köttgen: Sehr richtig!); es wird der Provinz eine steuerliche Selbständigkeit eingeräumt werden müssen. (Zustimmung.) In welcher Form, wird bei dem Wirrwarr der Steuerfragen nicht leicht zu entscheiden sein. Aber der Weg muß jetzt schon gesucht werden. Der Weg, den das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz vorschlägt, allerdings für drei Jahre, ist nicht zweckentsprechend und auch nicht zeitentsprechend.

(Sehr richtig! rechts.) Wir bitten deshalb, daß der Provinzialausschuß möglichst bald, unter Umständen auch nach Anhörung des Sachausschusses I, wenn er Zeit dazu hat, sich mit dieser für die finanzielle Gebarung und auch die Erfüllung des Aufgabekreises der Provinz außerordentlich wichtigen Frage mit Beschleunigung beschäftigt.

Für das laufende Jahr sehen wir ja allerdings noch ganz ungewiß. Resigniert hat der Provinzialausschuß beschlossen, die 80 Millionen „nach Maßgabe der steuerrechtlichen Bestimmungen“ zu decken. Das ist eine sehr schöne und eine zunächst recht bequeme Fassung. Aber wer weiß, was an Gesetzen in der Zeiten Hintergründe schlummert? Wenn es so werden sollte, wie die Provinzialverwaltung in ihrem Vorberichte mitteilt und wie sie auch durch Rundschreiben den beteiligten Kommunalverwaltungen mitgeteilt hat, wenn es so kommen sollte, daß den Provinzen nur die Einkommensteuer von 1919 plus 25% zufließt, dann stehen wir allerdings vor einer großen Lücke, vor einem großen Defizit, was nicht durch Einkommensteuer gedeckt werden kann und dessen Deckung auf dem Wege der Realsteuer versucht werden soll. Da sind wir doch in unserer Arbeitsgemeinschaft in großer Sorge, daß, falls diese Absicht durchbringt, dann einzelne Gemeinden, namentlich die Industriegemeinden mit starken Gewerbebetrieben unbilligerweise und auch unerträglich belastet werden würden. Es ist nämlich so gedacht, daß das Manko an Einkommensteuer ganz auf die Realsteuern umgelegt werden soll. Nun hat die Grundsteuer bei dieser Umlegung nur eine sekundäre Bedeutung. Aber die Gewerbesteuer! Nach der Aufstellung der Provinzialverwaltung beträgt das berichtigte Soll an Einkommensteuer für 1919 rd. 150 Millionen, das berichtigte Soll an Realsteuern 45 Millionen. Also die beiden Steuerarten: Einkommensteuer und Realsteuer stehen im Verhältnis von 3:1. Was also an Einkommensteuer ungedeckt bleibt, würde nachher im dreifachen Betrage den Gemeinden durch Belastung der Realsteuern aufgetrieben werden. Und was das für die mit Gewerbesteuer schon schwer belasteten Gemeinden des Industriebezirks, aber auch für andere Gemeinden, insbesondere des Regierungsbezirks Coblenz, bedeutet, liegt zu Tage. Es geht aber auch daraus hervor, daß diese Lösung einfach nicht gangbar ist, umso weniger, als nach dem voraussichtlich Gesetz werdenden Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz bei der Verteilung der Einkommensteuer (Durchschnittsmaßstab) der Wunsch der Industriegemeinden auf Berücksichtigung der Realsteuern wahrscheinlich nicht erfüllt werden wird. Wir bitten, diese für die Industriegemeinden und, wie gesagt, auch für einzelne nicht industrielle Gebiete der Provinz außerordentlich wichtige, unter Umständen lebenswichtige Frage in dem Sachausschuß und in dem Provinzialausschuß zu beraten.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zum Schlusse. Das Bild, das uns gegeben worden ist, ist außerordentlich düster; wir wollen uns das nicht verhehlen. Wir hätten sicherlich ein ganzes Bündel von Wünschen hier vorzutragen, auch Wünsche dahingehend, die Aufgaben und die Arbeiten der Provinz noch zu erweitern. Es gibt so unendlich viele Gebiete, wo noch tatkräftig eingewirkt und gehandelt werden könnte, wirtschaftliche, soziale, kulturelle Gebiete. Wir müssen uns bei der Knappheit unserer Mittel hier Bescheidung auferlegen, und wir verzichten deshalb darauf, besondere Wünsche hier vorzutragen. Die Anregungen und Wünsche, die wir in sachlicher Weise noch vorzubringen haben, werden wir uns gestatten im Sachausschuß zur Darlegung zu bringen.

Wie Herr Jarwid verzichte auch ich auf breite Darlegungen allgemeiner Art. Sie nützen nichts, und sie liegen uns nicht. Wir beschränken uns auf das, was wir vorgetragen haben, und bitten, es in den Sachausschüssen zu berücksichtigen. Im übrigen schließe ich mich dem Antrage an, den Haushaltsplan diesen Ausschüssen zur Beratung zu überweisen. (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Der Herr Alterspräsident hat gestern darauf hingewiesen, daß viele alte Abgeordnete nicht in den neuen Landtag wiedergekehrt seien. Er hat ferner gesagt, der Landtag hätte ein anderes Gesicht bekommen, und der Herr Präsident Abenauer betonte, daß dieses neue Gesicht auch durch die Bildung der Fraktionen in diesem Hause zum Ausdruck käme, ebenso auch in der Zusammensetzung der Kommissionen. Zum ersten Male haben sich in diesem Hause Fraktionen gebildet, und zum ersten Male sind auch Sozialdemokraten in diesem Hause vertreten. Es ist deshalb angebracht, in diesem Zusammenhang an eine Rede zu erinnern, die der Herr Graf Weiffel als Vorsitzender des Provinzialausschusses am 27. Februar 1913 bei der Einweihung dieses Hauses gehalten hat. Er sagte damals nach dem stenographischen Bericht:

„Somit, meine Herren, möchte ich dieses Haus dem Herrn Vorsitzenden des Provinziallandtages übergeben. Ich tue das mit dem Wunsche, daß Gottes Segen stets auf diesem Hause ruhen möge, daß in diesem Hause Beschlüsse entstehen mögen, frei von jedem Parteizwist, Beschlüsse, die getragen sind von dem einen Gedanken: dem Wohle und dem Gedeihen unserer schönen Heimatprovinz zu dienen. Das walle Gott!“

Meine Damen und Herren! Inwieweit es möglich sein wird, in der Zukunft in diesem Hause immer Beschlüsse zu fassen, die nicht vom Parteizwist getragen sind, müssen wir abwarten. Ich bin überzeugt: Es wird in vielem anders kommen, als es der Herr Kollege Jarres vorhin bei der Begründung seiner Fraktion „Arbeitsgemeinschaft“ hier gesagt hat. Soweit meine Fraktion in Frage kommt, darf ich sagen: Wir werden stets bemüht sein, unsere Beschlüsse möglichst von dem Gedanken aus zu fassen, dem Wohle und Gedeihen unserer Heimatprovinz, die ja jetzt so furchtbar schwer unter dem verlorenen Krieg zu leiden hat, zu dienen. Daß dabei aber, meine Damen und Herren, meine Parteifreunde oftmals unter dem Wohl und Wehe unserer Provinz und seiner Einwohner etwas anderes verstehen werden, als es früher in diesem hohen Hause der Fall war, versteht sich von selbst. (Sehr gut! links.) Das ist in der Erscheinung begründet, daß nunmehr der Volkswille in diesem Hause mehr zum Ausdruck kommt, als es früher der Fall war. Hoffentlich kommt er nach den Neuwahlen noch weit besser zum Ausdruck.

Wie gewaltig sich das Bild zwischen dem alten Landtag und dem neuen verändert hat, möchte ich dadurch zeigen, daß ich einmal kurz vortrage, wie der alte Landtag zusammengesetzt war und der jetzige Landtag zusammengesetzt ist. (Zuruf aus der Mitte: Ist nicht notwendig!) Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, daß eine Anzahl der Anwesenden glauben, das wäre nicht notwendig, denn Sie könnten das ja selbst in der Vorlage nachsehen. Aber ich halte es für einen historischen Wert, wenn man das in diesem Hause, nachdem zum ersten Mal das Parlament anders zusammengesetzt ist, bei der Staatsrede einmal gebührend hervorhebt. (Abgeordneter Geläch: Sehr richtig! Sehr gut! links.)

Im alten Landtag waren, soweit ich mir eine Zusammenstellung machen konnte, vertreten: 45 Landräte (Hört! Hört! links), 15 Kommerzienräte, 11 Geheime Kommerzienräte, 6 Justizräte, 2 Geheimräte, 2 „wirkliche“ Geheimräte, 2 Geheime Bauräte, 2 Oberbergräte, 2 Dekonomieräte, 1 Legationsrat, 1 Geheimer Finanzrat, 1 Geheimer Sanitätsrat. Das sind insgesamt 90 Räte, wenn ich mich nicht geirrt habe (Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, nun sage noch einer, daß die Räte uns von Sowjet-Rußland importiert worden seien! (Sehr gut! links. Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, nach dieser Zusammenstellung kann das kein Mensch mehr behaupten. Es waren aber außerdem im alten Landtage vertreten: 27 Rittergutsbesitzer, 21 Oberbürgermeister, 14 Unternehmer, 9 Direktoren, 8 Rentner, 8 Bürgermeister und Beigeordnete, 7 Kaufleute, 2 Aerzte, 2 Majorats Herren, 1 Bankier, 1 Rechtsanwalt, 1 Regierungspräsident, 1 Regierungsassessor,

1 Staatsminister a. D., 1 Weingroßhändler, 1 Syndikus, 1 Forstmeister, 1 Landwirt, 1 Ingenieur und 1 Buchdruckereifaktor. (Zuruf Abgeordneter Gerlach: Und wieviel Arbeiter?) Ich rechne den Herrn Kollegen Rings als Buchdruckereifaktor als ehemaligen Arbeiter auch heute noch dazu und muß ich sagen, nach der Liste wäre er dann der einzige Arbeiter. Die einzelnen Titel der früheren Mitglieder will ich nicht anführen, ich will darauf verzichten, denn ich habe mich in der Hauptsache auf die Berufe gestützt, nicht auf die Titel: Fürsten, Grafen, Kammerherren und dergleichen mehr.

Meiner Ueberzeugung nach hat der frühere rheinische Provinziallandtag nur einen Vergleich mit dem früheren Herrenhaus aushalten können (Sehr gut! links), und Sie wissen ja, daß das frühere Herrenhaus im Volksmunde als „Mumientammer“ bezeichnet worden ist. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Der jetzige Landtag sieht etwas anders aus. Besonders sehen wir zum ersten Male, daß auch Frauen dem Landtag angehören. Es sind sechs Frauen vertreten: Lehrerinnen, Beamtinnen, Hausfrauen. Es sind ferner 28 Angestellte der Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Parteibewegung vertreten. Ich habe da keinen Unterschied zwischen den drei Armen der Arbeiterbewegung gemacht. Es gehören weiter 21 Ritterguts- und Weingutsbesitzer dem Hause an, 16 Landräte, 13 Oberbürgermeister, 10 Bürgermeister und Beigeordnete, 9 Unternehmer, 9 Landwirte, 8 Direktoren, 8 Arbeiter, die sich noch als Arbeiter besonders bezeichnet haben und noch in ihrem Berufe tätig sind, 6 Kaufleute, 6 Pfarrer, 5 Dekonomieräte, 5 Justizräte, 5 Handwerksmeister, 4 Redakteure, 3 Lehrer, 3 Rentner, 3 Aerzte, 2 Amtsgerichtsräte, 2 Rechtsanwälte, 1 Schulrat, 1 Professor, 1 Landgerichtsrat, 1 Geheimer Sanitätsrat, 1 Geheimer Kommerzienrat, 1 Betriebsleiter, 1 Buchdruckereifaktor, 1 Obersekretär, 1 Diätar, 1 Regierungsassessor a. D., 1 Prokurist, 1 Apotheker, 1 Chemiker, 1 Studienrat, 1 Gymnasialdirektor, 1 Verwaltungsgehilfe und 1 außerordentlicher Gesandter.

Meine Damen und Herren! An Stelle der 90 Räte im alten Hause sind diesmal nur 32 wiedergekehrt. Am stärksten wiedergekehrt sind die Herren vom Acker und Halm, nämlich die 21 Gutsbesitzer. Nimmt man die 9 Landwirte dazu, so sehen wir, daß in diesem Landtage 30 Herren der Landwirtschaft vertreten sind gegen 28 im alten Landtage.

Diese Umwälzung, die der Landtag erfahren hat, hat er beim indirekten Wahlrecht erfahren. Sie wissen ja, meine Damen und Herren, daß in der Zukunft das direkte Wahlrecht zu den Provinziallandtagswahlen gelten soll. (Zuruf: Das ist beschlossen!) Es ist durch die preussische Verfassung beschlossen. Dann wird selbstverständlich der Landtag noch anders aussehen. Durch die Revolution vom November 1918 hat das Volk die politische Gleichberechtigung erhalten, und es kommt nunmehr nach meinem Dafürhalten darauf an, das Volk so zu erziehen, daß es von diesem politischen Rechte auch den richtigen Gebrauch macht. (Lebhaftes Sehr richtig! im ganzen Hause.) Meine Herren! Ich wußte, daß Sie alle mit mir darin einer Meinung sind, meine Parteifreunde und auch die übrigen Parteivertreter. Es wird sich ja zeigen, wie das Volk bei den Wahlen am 20. Februar in der Rheinprovinz entscheiden wird. Nach meinem Dafürhalten werden die Parteigebilde in diesem Hause beim direkten Wahlrecht wesentlich anders aussehen, als bisher bei dem indirekten. (Sehr richtig! links.) Es wird nicht mehr möglich sein, daß eine Partei in diesem Hause die absolute Mehrheit hat. (Sehr richtig! bei der U. S. P., Unruhe beim Zentrum.) Nach den Ziffern der Reichstagswahl im Juni dieses Jahres ist anzunehmen, daß dieses nicht mehr möglich sein wird. (Sehr richtig! links.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang einiges zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Jarres bezüglich der Arbeitsgemeinschaft sagen, ganz besonders soweit er erklärt hat, daß die Geschäfte

der Provinz ohne Parteipolitik zu erledigen wären und erledigt werden sollen. Ich habe schon eben gesagt: ob das immer möglich sein wird, ist eine große Frage. Wir haben heute bei der Eröffnung der Sitzung gehört, daß der Herr Präsident die Wahl einer Kommission zur Selbstverwaltung der Provinz angekündigt hat. Wenn mich nicht alles täuscht, werden wir da schon erfahren, daß die parteipolitischen Meinungen und Auffassungen ohne Zweifel auch in die Arbeiten dieses Landtages hineingetragen und eine Rolle spielen werden. Ich bin aber auch weiter überzeugt davon, daß, besonders dann, wenn der kommende Landtag neue, erweiterte Rechte bekommen wird, immer mehr in die Erscheinung tritt, daß auch die politischen Auffassungen bei den Beschlüssen des Landtages eine große Rolle spielen werden. Ich bin weiter fest davon überzeugt, daß im neuen Parlament jedenfalls eine derartige Fraktion, wie sie augenblicklich die Arbeitsgemeinschaft darstellt, nicht möglich sein wird. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Jedenfalls werden keine oder nur sehr wenige — das darf ich wohl sagen, ohne Prophet sein zu wollen — von den parteilosen Herren wiederkehren. Es werden sich eben in dem Augenblicke, wo die Wahlen durch das Volk direkt vorgenommen werden, die Herren bei der Kandidatenaufstellung schon zu entscheiden haben, welcher Partei sie angehören.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang auch eine Bemerkung zu der Kritik der Kölnischen Zeitung in der heutigen Morgenausgabe über die gestrige Eröffnung des Landtages, soweit das Sitzbleiben meiner Freunde bei der Eröffnungsrede in Frage kommt. Die Kölnische Zeitung stellt die Frage: Warum haben die Sozialdemokraten das getan? Es wäre nach meinem Dafürhalten viel richtiger gewesen, wenn sie uns gesagt hätte, warum die übrigen Abgeordneten aufgestanden sind. (Zustimmung links. Zuruf rechts: Weil es höfliche Leute sind!) Daß man aus dem Sitzbleiben meiner Parteifreunde herleiten kann, daß sie nicht die Hochachtung vor der preussischen Regierung hätten wie die übrigen Herren und Damen, wird wohl kein Mensch hier im Hause sagen, besonders, wenn ich Sie auf die sozialdemokratischen Minister in der preussischen Regierung hinweise. Ich muß sagen, es ist kein parlamentarischer Brauch, daß man bei der Eröffnungsrede aufsteht. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Ich habe zudem bemerkt, daß es auch einer Anzahl der bürgerlichen Herren zu lange wurde, bei der ganzen Eröffnungsrede zu stehen, und sie dann nach und nach Platz genommen haben. Ich kann also die Kritik der Kölnischen Zeitung nicht anerkennen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch sagen: Ich wünsche, daß auch mit dem Brauch in der Zukunft gebrochen wird, daß man bei der Einladung zur Einberufung des Landtages auch gleichzeitig den Gottesdienst ankündigt. (Sehr richtig! links. Unruhe beim Zentrum.) Meine Damen und Herren, ich gönne jedem, der in die Kirche gehen will, das zu jeder Zeit. Das ist seine eigene Angelegenheit, und ich werde nie ein Wort darüber sagen. Aber ich bin der Auffassung, das braucht nicht bei der Einladung zum Landtag bekannt gegeben zu werden, sondern das kann jeder halten, wie er will. Es ist durchaus nicht notwendig, dies auf eine offizielle Parlamentseinladung zu setzen. (Zustimmung links.)

Meine Damen und Herren! Bevor ich zu den Einzelheiten des Haushaltsplans übergehe, noch einige Worte zu den Verhältnissen, die uns daran gehindert haben, daß wir nicht viel früher schon zusammengetreten sind.

Der unglückliche Ausgang des Krieges brachte die Besetzung des größten Teils der Rheinprovinz und wir wissen ja, daß die Besatzungsarmee die alten Abgeordneten gehindert hat, zusammenzutreten, und daß sie später auch die Kommunen daran hinderte, die Kommunalwahlen vorzunehmen, und daß dadurch eben der Provinziallandtag der Rheinprovinz jetzt erst zusammentreten kann.



Der Ausgang des Krieges machte auch eine größere Anzahl unserer Landsleute gegen ihren Willen zu Angehörigen eines fremden Staates. Ich sage ausdrücklich: gegen ihren Willen, denn das, was in Eupen-Malmedy geschehen ist, wird keiner von uns als eine Volksabstimmung ansehen können. (Allgemeine Zustimmung.) Ich darf gerade als Sozialdemokrat sagen, daß ich mich freue, daß die belgischen Sozialisten in dieser Frage mit uns denselben Standpunkt einnehmen und erklären, daß das kein Volksentscheid war, sondern daß es das Gegenteil gewesen ist und daß man unter allen Umständen dort zu einer anderen Abstimmung kommen muß. (Lautes Bravo!) Wir gedenken heute nicht nur unserer Landsleute in Eupen und Malmedy, sondern auch derer im Saargebiet, und ich spreche hier die bestimmte Hoffnung aus, daß die Zeit kommt, wo das Volk sowohl in Eupen und Malmedy als auch im Saarstaat frei über seine Staatszugehörigkeit entscheiden kann. (Allgemeines Bravo!)

Ich möchte ferner noch mit kurzen Worten an die Leiden im besetzten Gebiet erinnern. Das tue ich, weil hier im Parlament Abgeordnete aus dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet sitzen. Es ist notwendig, daß bei einer solchen Zusammensetzung des Hauses immer und immer wieder darauf hingewiesen wird, was unsere Volksgenossen im besetzten Gebiet auszustehen haben, was sie dort zu leiden haben. Im einzelnen brauche ich nicht darauf einzugehen.

Wie tief die Maßnahmen der Besatzungsarmee in unsere Provinzialverwaltung und damit auch in unseren Haushaltsplan einschneiden, haben wir in dem besonderen Bericht, der uns vorgelegt worden ist, gelesen. Ich erinnere da nur an die Belegung einer Anzahl unserer Anstalten und ferner an die Bestimmungen der Besatzungsarmee über unseren Straßenbau.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang auch einige Worte über den Straßen- und Wegebau im allgemeinen. Dieser Gegenstand ist ja von meinem Herrn Vorredner schon ziemlich ausführlich behandelt worden; ich brauche dem nicht viel hinzuzufügen. Im allgemeinen kann ich diesen Ansichten beitreten. Ich erinnere daran, daß das ja auch ein beliebtes Thema der früheren Provinziallandtage gewesen ist. Ich bin der Meinung, daß es notwendig ist, daß gesetzliche Bestimmungen kommen, die es ermöglichen, daß diejenigen, die die Straßen und Wege am stärksten benutzen, ganz gleich ob Industrie oder Landwirtschaft, auch zu den Lasten in erheblichem Maße herangezogen werden können. (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir bedenken, daß das Rechnungsjahr schon fast zu drei Viertel um ist, so werden Sie verstehen können, daß es heute gar keinen Wert hat, große Finanzreden noch zu halten, besonders wenn man bedenkt, was auch die Vorredner schon gesagt haben, daß die Steuerhoheit der Kommunen verschwunden ist und daß gerade jetzt das Verhältnis auf steuerlichem Gebiet zwischen Staat und Kommunen durch das Landessteuergesetz geregelt werden soll. Augenblicklich tagt in Berlin der Ausschuß, und es wird in wenigen Tagen oder Wochen auch im Plenum der Landesversammlung das Gesetz erledigt werden. Dann erst ist man in der Lage, sagen zu können, was die Gemeinden bekommen und demnach können dann auch die Gemeinden an die Provinz zahlen.

Der Haushaltsplan zeigt im allgemeinen dasselbe Bild, das heute alle Haushaltspläne zeigen, erhöhte Einnahmen, aber weit, weit mehr erhöhte Ausgaben. Die Vorredner haben auch schon dargelegt, daß der Provinzialausschuß wesentliche Änderungen vorgenommen hat, so daß der Gesamtsteuerbetrag, der aufzubringen ist, nicht mehr 92 Millionen, sondern nur noch 80 Millionen beträgt. Bei dem schlechten Stand der Gemeindefinanzen sind diese 80 Millionen eigentlich noch zu viel, denn die Gemeinden werden kaum wissen, wie sie die Deckung dieser Ausgaben durchführen sollen.

Es ist von dem Vorredner auch darauf hingewiesen worden, daß bei den steuerlichen Fragen das frühere Gemeindeeinkommensteuersoll und vor allen Dingen die Realsteuern eine Rolle

spielen. Aus allen diesen Gründen und weil die ganze Frage im Augenblick so vollkommen ungeklärt ist, hat der Provinzialausschuß den Beschlußentwurf vorgelegt. Ich bin der Meinung, es wird uns heute gar nichts anders übrig bleiben, als diesem Beschlußentwurf, der alles und auch nichts sagt, zuzustimmen. Etwas anderes werden wir auch aus den Kommissionen nicht hören.

Meine Damen und Herren! Einiges zu den ungeheuren Mehrausgaben. Die Vorredner haben schon darauf hingewiesen, daß die erhöhten Gehälter und Löhne einen großen Teil der Mehrausgaben ausmachen. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen — das scheint mir dringend notwendig zu sein —, daß die kolossale Erhöhung der Gehälter und Löhne nur eine Folge der ungeheueren Teuerung ist. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Ich möchte weiter hinzufügen, daß die Steigerung der Gehälter und Löhne noch lange nicht mit der Steigerung der Ausgaben Schritt gehalten hat. (Zustimmung links.) Man muß das vor allen Dingen hier einmal darlegen. Gerade jetzt, wo sich alle Arbeiter und Beamten in einer ganz außerordentlich schwierigen Lage durch die Ausgaben für den Winterbedarf usw. befinden, sehen wir, daß zum Teil durch die freie Wirtschaft und zum Teil durch alle möglichen sonstigen Umstände unsere Lebensmittelpreise wieder fortwährend am steigen sind. Man darf wohl sagen, daß in vielen Fällen heute reine Wucherpreise genommen werden, und es könnte durchaus nichts schaden, wenn auch die landwirtschaftlichen Vertreter dieses Hauses einmal ihren Kollegen von der Landwirtschaft ins Gewissen reden würden (Zuruf links: Da predigen sie tauben Ohren!), trotzdem ich mir da keine allzu großen Hoffnungen mache, ist es notwendig, darauf hinzuweisen.

Es ist auch schon auf die Tarifverträge hingewiesen worden, die für die Arbeiter bestehen, ebenso auf die Gehaltsreform der Angestellten und Beamten. Ich möchte sagen: Der Provinziallandtag wird in seinen Kommissionen ja zu den Wünschen der Arbeiter und Beamten Stellung nehmen, und er wird dazu kommen müssen, augenblicklich etwas Besonderes zu tun, genau so wie eine Anzahl Städte in unserer Provinz schon etwas Besonderes getan haben.

Eine Bemerkung auch zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns über den Achtstundentag in den Provinzialanstalten. Ich möchte seine Ausführungen, in denen er unter anderem sagte, daß der Achtstundentag in den Anstalten zum reinen Unfug geworden wäre, nicht so hinausgehen lassen. Ich bin der Meinung, außer dem achtstündigen Arbeitstag kommt in den Provinzialanstalten auch eine sogenannte Dienstbereitschaftszeit in Frage. Wenn diese von den Arbeitern und Angestellten loyal aufgefaßt wird, wäre meiner Meinung nach immer noch ein gewisser Spielraum da, um allzu starke Härten zu vermeiden. Es kommt ferner selbstverständlich auf die Einteilung der Arbeitszeit an. Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß das Gesetz über die Arbeitszeit Ausnahmegestimmungen für Kranken- und Pflegeanstalten vorsieht. Wir werden also in Zukunft einen größeren Spielraum haben. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen immer wieder bedenken, daß in der Vorkriegszeit und während der Kriegszeit die Arbeiter und Angestellten in allen unseren Anstalten über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt nichts zu sagen hatten, und daß sie nunmehr nach der Revolution, wo sie mitzureden und mitzubestimmen hatten, in einzelnen Fällen über das Ziel hinausgeschossen, muß ich zugeben, denn ich kenne es aus eigener Erfahrung, kann es aber auch sehr gut verstehen. Wir müssen immer wieder versuchen, das auf das vernünftige Maß zurückzubringen, und ich hoffe auch, daß dies in den meisten Fällen gelingen wird. Dabei ist es selbstverständlich, daß auch die Arbeiter und Angestellten sich darüber klar sein müssen, daß nicht jeder ihrer Wünsche zu erfüllen ist, besonders in der heutigen Zeit, und daß sie gerade auch bezüglich der Einteilung der Arbeitszeit, der Dienstbereitschaftsvorschriften usw. in einzelnen Punkten nachgeben müssen.

Meine Damen und Herren! Aber außer den leiblichen Wünschen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben meine Parteifreunde auch eine Anzahl geistiger Wünsche vorgetragen bekommen. Ebenso starke Klagen über geistige Unduldsamkeit, die sich in einzelnen Verwaltungszweigen, ganz besonders in einzelnen Anstalten, in der letzten Zeit wieder sehr breit gemacht haben soll. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Es ist nicht allein mit dem leiblichen Wohl getan, sondern die Sache liegt heute so, daß die geistige Umwälzung, die durch den Krieg und die Revolution sich vollzogen hat, auch zu ihrem Recht kommen muß. Ich möchte sagen: In vielen, vielen Büros und Anstalten ist es notwendig, daß die Fenster recht weit geöffnet werden, damit der Geist der neuen Zeit auch in die Amtsstuben und Verwaltungsbüros Einzug hält. (Zustimmung links.) Ich möchte von Einzelheiten vorläufig absehen, möchte aber hinzufügen, daß, wenn die Klagen sich weiter mehren, wir gezwungen sein werden, im kommenden Landtage auch Roß und Reiter zu nennen, trotzdem ich das in Personenfragen und dergleichen nicht gern tue.

Wenn schon dieser Geist der Unfreiheit gegenüber den Angestellten und Arbeitern in einer Anzahl Verwaltungen der Provinz zum Ausdruck kommt, so ist das noch weit schlimmer gegenüber den Insassen der Anstalten. Es haben uns speziell die Anstaltsinsassen von der Blindenanstalt in Dürren mehrere Briefe zugehen lassen, worin sie sich beklagen. Es wird notwendig sein, daß seitens der Provinzialverwaltung versucht wird, Remedur zu schaffen. Klagen über schlechtes Essen und zum Teil auch schlechte Behandlung liegen meinen Parteifreunden aus einer ganzen Reihe von Anstalten vor. Daß wir während des Krieges in unseren Provinzialanstalten, genau so wie in allen anderen Anstalten, und in den Privathaushaltungen schlechtes Essen hatten, ist begreiflich. Ob es aber nicht doch in einzelnen Fällen in den Anstalten hätte besser sein können, will ich hier nicht untersuchen. Fest steht, daß eine große Anzahl der Anstaltsinsassen während des Krieges wie die Fliegen weggestorben sind. Das ist zu einem großen Teil auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen. Es würde sehr interessant sein, wenn die Verwaltung einmal eine Statistik über die Vermehrung der Tuberkulose und der Sterblichkeitsziffern der letzten sechs Jahre in den einzelnen Anstalten vorlegen würde (Sehr richtig! bei der U. S. P.), um dadurch einmal das starke Anwachsen sehen zu können. Wir bemerken nämlich in unserem ganzen Volke ein ungeheuer starkes Anwachsen der Tuberkulosefälle. Wir führen das ganz allgemein auf die schlechte Ernährung zurück und versuchen damit unseren Feinden, die heute noch immer und immer wieder alles mögliche von uns erzwingen wollen, zu zeigen, daß sie uns doch das Allernotwendigste zum Leben lassen müssen. Ich behaupte: die allgemeine Statistik über das Anwachsen der Tuberkulose in der Bevölkerung könnte wesentlich ergänzt werden durch Statistiken aus unseren Anstalten. Das wäre interessant für uns für die ganze Öffentlichkeit und vor allen Dingen auch für das Ausland.

Wir müssen meiner Ueberzeugung nach weiter versuchen, soweit es irgend möglich ist, in unseren Anstalten mit den furchtbaren Strafsystemen aufzuräumen, die dort noch bestehen. Ich weiß, daß man darüber verschiedener Meinung sein kann. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß in der Mehrzahl der Fälle keine Besserung mit ungeheuren Strafen erzielt wird, sondern das Gegenteil erreicht wird.

Dann möchte ich noch besonders einige Worte über das Fürsorgewesen sprechen. Meine Damen und Herren! Es ist bekanntlich so dargestellt worden, als wenn der Krieg ein Stahlbad für die Menschheit sein würde. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir sehen, wie ich eben schon kurz dargelegt habe: Die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten usw. haben den höchsten Stand erreicht, und die Moral des Volkes den tiefsten Stand, den sie seit Menschengedenken gehabt hat. Das sind die Folgen des Krieges. (Abgeordneter Geläch: Sehr richtig!) Das ist eben das Stahlbad,

das wir über uns haben ergehen lassen müssen. Wir sehen, daß die Gefängnisse viel zu klein sind, daß ein großer Teil der Bestraften bis zu einem Vierteljahr und bis zu einem halben Jahr gar nicht mehr eingezogen werden kann, weil die Gefängnisse nicht mehr ausreichen. Wir sehen, daß Wucher- und Schiebertum in einer Weise blühen, wie man es nie gekannt hat. Wir sehen, meine Damen und Herren, Not und Armut in der krassesten Form auf der einen Seite und Reichtum und Verschwendung in der höchsten Potenz auf der anderen Seite. Wir sehen also, daß nach der Richtung die Zustände wesentlich andere sind als früher. Die Folgen dieser Zustände müssen sich bei unserer Jugend in erhöhtem Maße bemerkbar machen. Deshalb befürchte ich, daß wir in den nächsten Jahren ein starkes Anwachsen unserer Fürsorgezöglinge zu erwarten haben werden. Wir werden jedenfalls gezwungen sein, Vergrößerungen und Neueinrichtungen aller Art zu schaffen, um dadurch dem starken Zuwachs der Zöglinge Rechnung zu tragen. Da, sage ich, dürfen wir, Herr Landeshauptmann, keine Gefängnisse schaffen, sondern Anstalten, wo Liebe, Familiensinn und Menschenkenntnis herrschen. Wir müssen deutlich aussprechen: auch das hängt mit unserer Not, mit unserem Elend zusammen, in das wir durch den Krieg gekommen sind. Aber wir wollen nicht sparen — darin hat Kollege Farwick ganz recht — an der Ernährung und der Kleidung der Zöglinge, sondern, wenn gespart werden muß, muß versucht werden, an anderen Dingen zu sparen. Wir wollen unsere Zöglinge nicht in Lumpen gehüllt daherlaufen lassen und im Winter zum Teil barfuß. Das Essen ist heute noch in sehr vielen Fällen sehr, sehr schlecht. Ich könnte mit Einzelheiten aus den verschiedensten Anstalten dienen, hoffe aber, daß diese allgemeine Kritik schon hilft. Meiner Ueberzeugung nach wird es eine dringende Aufgabe des nächsten Parlaments sein, Kommissionen zu bilden, die eine dauernde Kontrolleinrichtung für unsere Anstalten darstellen. (Sehr richtig! links.) Dazu müssen wir kommen. Wir müssen eben den ganzen Geist in unseren Anstalten und auch die Lage der Zöglinge im allgemeinen ändern.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß die schlechten Wohnungsverhältnisse, in die wir durch den Krieg geraten sind, ebenfalls dazu beitragen, daß auf die Erziehung der Kinder nicht mehr der Wert gelegt werden kann wie früher, wo die Wohnungsverhältnisse, wenn auch nicht gut, so doch viel besser waren als heute. Jeder weiß, je schlechter die Wohnung, je mehr die Familie auf ein oder zwei Räume zusammengesperrt ist und je mehr die Not nicht allein den Mann, sondern in vielen Fällen auch die Frau zur Arbeit zwingt, desto mehr wird an der Erziehung der Kinder gesündigt, und desto mehr wird es nachher Kinder geben, die den Fürsorgeanstalten überwiesen werden müssen. Deshalb ist es unsere Pflicht, dem Wohnungsbaun erhebliche Aufmerksamkeit zuzuwenden, um dadurch dem jetzigen Elend zu steuern. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Etatsrede im Jahre 1918 darauf hingewiesen, daß die Provinz vor allen Dingen den kleinen Bauvereinen mit Mitteln zur Hand gehen und sie in weitgehendstem Maße unterstützen wollte. Ich möchte fragen, wie weit das geschehen ist und wie weit es in Zukunft geschehen kann, damit der großen Wohnungsnot auch durch Mittel der Provinz zu steuern versucht wird.

Meine Damen und Herren! Aus dem Verwaltungsbericht der rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft habe ich gesehen, daß die Unfallziffern in den landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz in dem letzten Jahre von 5797 auf 7376 gestiegen sind. (Hört! Hört!) Es ist das eine Steigerung von 27,2%. (Hört! Hört!) In dem Bericht selbst, der uns zugeschickt wurde, heißt es:

„Zum Zwecke der Unfallverhütung waren im Berichtsjahre zwei Aufsichtsbeamte tätig. Es wurden nur einzelne Betriebe stichprobenweise revidiert gelegentlich der unumgänglich notwendigen

Besichtigungen von Betrieben, in denen sich Unfälle mit schweren Folgen ereignet hatten, die zu Feststellungen der Unfallursachen und der Schadenersatzmaßnahmen Anlaß gaben. Aus dem über die Tätigkeit der Aufsichtsbeamten erstatteten Bericht ergibt sich, daß viele und besonders schwere Unfälle nicht vorgekommen wären, wenn die Unfallverhütungsvorschriften mehr beachtet worden wären. (Abgeordneter Gerlach: Hört! Hört!) Diese Vorschriften erscheinen sehr brauchbar, aber die Unternehmer und ihre Arbeiter müssen immer mehr noch lernen, sich entsprechend einzurichten und zu benehmen.“

Diese letzten Sätze sollten doch der Verwaltung zeigen, daß die Aufsichtsbeamten nicht nur vorübergehend einmal tätig sein müssen, um Stichproben vorzunehmen, sondern, soviel es nur eben geht, die Betriebe kontrollieren müssen, um den Hinweis auf die Unfallvorschriften zu machen, bevor ein Unfall passiert ist. Es heißt auch an einer anderen Stelle: „An Ordnungsstrafen gingen in 200 Fällen 1769 Mark ein. Unter diesen Fällen waren 114 Bestrafungen wegen verspäteter Unfallanmeldung und 84 wegen Uebertretung der Unfallverhütungsvorschriften.“

Ich möchte dringend anregen, ob es nicht praktisch und zweckentsprechend wäre, die Geldstrafen wesentlich höher zu setzen, als man es früher gewohnt gewesen ist. Besonders da, wo die Unfälle durch Verschulden der Besitzer entstehen, bin ich der Meinung, muß eine exemplarische Bestrafung erfolgen. Die landwirtschaftlichen Besitzer können diese Strafen in der heutigen Zeit auch sehr gut tragen, da sie doch im allgemeinen gewaltige Mehreinnahmen gegen früher haben.

Ich möchte weiter noch einige Bemerkungen darüber machen, daß das Reich neue gesetzliche Bestimmungen erlassen will. Es wäre notwendig, daß vor allen Dingen auch in diesen Bestimmungen die Mitarbeit der Versicherten, d. h. der Arbeiter, bei der Unfallberufsgenossenschaftsverwaltung aufgenommen würde. Bisher sitzen in den Verwaltungen nur die Unternehmer, weil nur sie die Unfallbeiträge zahlen.

Meine Damen und Herren! Aus dem Bericht der Verwaltung haben wir auch ersehen, daß nunmehr die Anstalt für Hirnverletzte Kriegsbeschädigte in Bonn in Betrieb genommen worden ist. Ich möchte namens meiner Parteifreunde sagen: Wir begrüßen das aufs lebhafteste und wärmste, besonders weil damit die Rheinprovinz das größte und beste Institut ganz Deutschlands hat. Es würde dringend zu wünschen sein, meine Damen und Herren, daß die dortigen praktischen psychologischen Untersuchungen nicht allein auf die Hirnverletzten beschränkt blieben, sondern nach Möglichkeit auf alle Erwerbsbeschränkte ausgedehnt würden. Ich bin überzeugt, daß wir auf diesem Gebiete noch ungeheure Zukunftsmöglichkeiten haben und daß wir da noch Erfahrungen in weitestem Maße sammeln können. Diese Wünsche sind notwendig, weil bei dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens die Berufseignung und die Berufsbrauchbarkeit eine größere Rolle spielen wird, als es früher je der Fall gewesen ist.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Landesberufsamt. Ohne mich zu dem Streit über den Sitz des Amtes, ob Köln oder Düsseldorf, zu äußern, möchte ich sagen, daß trotz des ungeheuren Zuschusses die Reorganisation und der Ausbau dieses Amtes eine dringende Notwendigkeit ist und nur auf das lebhafteste begrüßt werden kann. Ich habe schon vorhin auf den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens aufmerksam gemacht und möchte gerade beim Berufsamt und Arbeitsamt darauf hinweisen, daß man bei der Lösung der Aufgaben in diesem Amte vor allen Dingen nicht vergessen soll, in erheblichem Maße sich der Mitwirkung der erfahrenen Praktiker aus der Gewerkschaftsbewegung zu bedienen (Sehr richtig! links), nicht allein mit beratender Stimme, sondern ich lege großen Wert darauf, daß solche Praktiker vor allen Dingen als Beamte und Angestellte im Berufs- und Arbeitsamt Verwendung finden.

Ich bin überhaupt der Ansicht, daß es in der Zukunft nicht allein damit getan sein kann, daß sich das Parlament ändert, sondern es muß, genau so wie die Schichten der Bevölkerung, die früher in diesem Parlament nicht vertreten waren, nunmehr eingezogen sind und in Zukunft noch weit mehr einziehen, auch in der Verwaltung so sein. Es muß im weitesten Maße die Möglichkeit bestehen, daß diejenigen Parteien und Schichten der Bevölkerung, die bisher in der Verwaltung nicht vertreten waren, nunmehr ihren Einzug halten. (Sehr richtig! links.)

Zum Schlusse hätte ich dann noch den Wunsch an den Herrn Landeshauptmann, wenn es irgend möglich ist, in der Zukunft den Haushaltsplan so früh als möglich vorzulegen und gleichzeitig aber auch im Haushaltsplan bei den einzelnen Positionen Gegenüberstellungen mit den früheren Jahren in reichlicherem Maße zu machen, als es bisher der Fall ist. Wir werden trotz den schwierigen Verhältnissen doch immer mehr Vergleichsmöglichkeiten von Jahr zu Jahr haben. Es ist notwendig, daß einmal drei bis vier Jahre gegenübergestellt werden, um so vor allen Dingen den neuen Abgeordneten, die in dieses Haus einziehen, eine leichtere Uebersicht und ein leichteres Eindringen in den Haushaltsplan möglich zu machen. Dadurch wird man auch den Gesichtskreis des einzelnen Abgeordneten erweitern; man wird ihn dadurch noch mehr anregen, im Interesse der Verwaltung und im Interesse der Provinz mitzuarbeiten. Wenn uns das gelingt, so bin ich fest überzeugt, meine Damen und Herren, wird der jetzige Landtag ebenso wie der zukünftige Landtag zum Wohle und Wehe unserer Heimatprovinz und damit auch ihrer Einwohner ersprießliche, nutzbringende Arbeit leisten. (Beifall links.)

Vorsitzender Aßenauer: Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß wir die Debatte in Kürze beendigen werden. Ich schlage Ihnen daher vor, jetzt eine Mittagspause zu machen, und zwar bis etwa  $\frac{1}{4}$  vor 3 Uhr. Ich würde dann bitten, daß sich um  $\frac{1}{4}$  vor 3 Uhr zunächst die Kommissionen konstituieren. Das ist ja schnell geschehen. Es ist der Wunsch laut geworden, es möchten im Anschluß daran sofort Fraktionsitzungen stattfinden, so daß das Plenum später zusammentreten würde, sagen wir: gegen 5 Uhr. Würde das Ihren Beifall finden?

Abgeordneter Dr. Heß: Ich möchte mir die Anfrage an den Herrn Präsidenten gestatten, wie lange er die Sitzung am heutigen Tage denn überhaupt auszudehnen gedenkt.

Vorsitzender Aßenauer: Ja, verehrter Herr Kollege, darin bin ich ziemlich machtlos; es kommt darauf an, wie lange das hohe Haus den Wunsch hat zu verhandeln.

Abgeordneter Dr. Heß: Ich glaube, es würde zweckentsprechender sein, wenn zunächst das Plenum um  $\frac{1}{4}$  vor 3 Uhr wieder zusammentritt. Wenn dann am Abend noch Zeit übrig bleibt, können die Fraktionsitzungen kurz oder lang ausgedehnt werden. Es ist im Interesse der Sache, wenn das Plenum nach der Bildung der Kommissionen um  $\frac{1}{4}$  vor 3 Uhr wieder zusammentritt.

Abgeordneter Haberland-Barmen: Ich schlage vor, daß Sie sich dem anschließen, was mein Herr Vorredner gesagt hat, oder daß wir das Plenum wenigstens um 4 Uhr wieder beginnen lassen. Im letzteren Falle hätten die Fraktionen Zeit, sich vorher kurz zu verständigen. Eins von den beiden können wir nur machen. Die Zeit um 5 Uhr halte ich doch für ziemlich unpraktisch.

Abgeordneter Dr. Farres: Ich möchte vorschlagen, daß die Konstituierung der Kommissionen vor dem Plenum um  $\frac{1}{4}$  vor 3 Uhr stattfindet — ich glaube, wir werden in einer Viertelstunde damit fertig —, daß wir dann Plenarversammlung machen und im Anschluß daran, wenn es nötig ist, die Fraktionsitzungen.

Vorsitzender Aßenauer: Herr Mönning, Sie hatten den anderen Wunsch geäußert.

Abgeordneter Mönning: Ich bin auch so einverstanden.

Abgeordneter Haberland-Barmen: Ich bin damit einverstanden, beantrage dann aber, das Plenum um 4 Uhr beginnen zu lassen. (Rufe: Um 3 Uhr!)

Vorsitzender Aidenauer: Ich stelle fest, daß wir jetzt eine Pause machen, daß dann um  $\frac{1}{4}$  vor 3 Uhr Konstituierung der Kommissionen und um 3 Uhr Fortsetzung hier ist.

(Schluß: 1 Uhr 28 Minuten.)

(Wiederbeginn: 3 Uhr 25 Minuten.)

Vorsitzender Aidenauer: Das Wort hat Herr Abgeordneter Böllig.

Abgeordneter Böllig: Meine Herren und Damen! In Rücksicht auf die Ausführungen meines Kollegen Haas von der S. P. D. kann ich mich wohl im allgemeinen kurz fassen. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, sich hier zu den einzelnen Punkten des Haushaltsplans in die Einzelheiten zu vertiefen, sondern unsere Aufgabe kann wohl nur darin bestehen, in großen Zügen einmal unsere Meinung zu dem Haushaltsplan zu fassen.

Meine Herren und Damen! Bei der Eröffnungsrede wurde darauf hingewiesen, daß die harmonischen Verhandlungen in früheren Jahren hier im Provinziallandtage Tradition gewesen seien. Wenn man sich die Konstellation oder Zusammensetzung des früheren Provinziallandtages vergegenwärtigt, so nimmt es gar nicht Wunder und braucht es gar nicht hervorgehoben zu werden, daß damals hier die Verhandlungen immer recht harmonisch verliefen, denn die Objekte der Gesetzgebung im Landtage waren ja hier gar nicht vertreten. Es waren damals hier Leute vertreten, die im großen und ganzen, einer wie der andere, dieselben Interessen verfolgten. Wenn Sie damals auch einmal die Stimmen derer gehört hätten, über die Sie hier berieten, oder vielmehr, wenn deren Stimmen hier hereingeschallt wären, so können Sie versichert sein, hätte man heute morgen nicht darauf hinweisen können, daß die Verhandlungen im Provinziallandtage immer recht harmonisch verlaufen seien.

Meine verehrten Anwesenden! Es wurde auch in der Eröffnungsrede auf die furchtbaren Kriegswirkungen hingewiesen, und auch aus dem Haushaltsplan, der uns hier vorliegt, leuchten uns die verheerenden Wirkungen des Krieges entgegen. Wenn nun in der Eröffnungsrede und auch von Seiten einiger Vorredner heute morgen, ebenso wie in der Resolution, die uns vorliegt, auf die Wirkungen des Krieges hingewiesen wurde, so meine ich, müßte man auch von dieser Stelle einmal zum Ausdruck bringen, daß, wenn damals vielleicht hier im Provinziallandtage die Verhandlungen nicht so harmonisch gepflogen worden wären, wie sie es sind, vielleicht nicht dieser furchtbare Krieg über uns gekommen wäre. (Große Heiterkeit im Zentrum.) Meine sehr verehrten Anwesenden! Uns, die wir bis zum Ausbruch des Krieges rechtlos waren, hat man damals nicht gefragt. Man hat damals den Krieg vorbereitet, ohne daß man uns um unsere Meinung frug. Aber in dem Augenblick, wo es galt, die Folgen dieser Politik, die von dem größten Teil der heute hier im Hause noch Versammelten unterstützt wurde, zu übernehmen, da waren es selbstverständlich wir, die hinausgehen und nun mit unseren Körpern, mit unserem Leben für dasjenige kämpfen mußten, was man „deutsche Kultur“ usw. nennt. (Unruhe in der Mitte.) Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich sage noch einmal: Wären damals die Verhandlungen hier weniger harmonisch verlaufen, so würde uns heute nicht ein Haushaltsplan vorliegen, aus dem es fast keinen Ausweg mehr zu geben scheint, so würden wir heute nicht in wirtschaftlichen Verhältnissen leben, aus denen es ebenfalls fast keinen Ausweg mehr zu geben scheint.

Kurz noch einige Worte zu der uns vorgelegten Resolution. Ich weiß nicht, ob dieselbe jetzt mit zur Debatte steht. Aber ich möchte, weil in der Eröffnungsrede, wie auch durch die

verschiedensten Redner heute morgen, auf die Wirkungen des Krieges hingewiesen wurde, auch ganz kurz mit einigen Worten auf diese uns vorgelegte Resolution eingehen. Es heißt da im ersten Absatz: „Der Provinziallandtag der Rheinprovinz bedauert aufs tiefste die schwierige Lage, in die das Saarland durch die auf 15 Jahre bemessene getrennte Verwaltung gekommen ist“. — (Glocke des Vorsitzenden.) Es wird mir eben mitgeteilt, daß diese Resolution noch beraten wird. Ich kann mir die Ausführungen dazu also jetzt ersparen. (Bravo! in der Mitte.)

Meine sehr verehrten Anwesenden! Es ist bezeichnend, daß erst dieses sog. Stahlbad, daß erst der furchtbare Krieg kommen mußte, ehe sich die herrschenden Gewalten in Deutschland entschließen konnten, auch der Arbeiterschaft Rechte zu geben, oder vielmehr, sie haben sich nicht dazu entschlossen, die Arbeiterschaft hat sich die Rechte genommen, und ich bin fest davon überzeugt, wenn die Herren, die früher hier harmonisch zusammen verhandelten, die Macht dazu hätten, so würden sie auch heute wieder dazu übergehen, die Wahl zu den Provinziallandtagen und zu den verschiedensten Körperschaften so auszugestalten, daß auch in Zukunft die Masse des Volkes von diesen Vertretungen ausgeschaltet würde. Aber, sehr verehrte Anwesende, das dürfte Ihnen wohl nicht mehr gelingen. Der Krieg hat doch einem zu großen Teil des Volkes, unseren Klassengenossen, die früher noch indifferent den politischen Dingen gegenüberstanden, die Augen geöffnet. Sie wissen ganz genau, daß, wenn Sie heute noch eine Rückwärtsrevidierung vornehmen wollten, das ein Griff in ein Wespennest wäre. Durch das Wahlssystem, welches jetzt noch besteht, hat meine Partei es zu 9 Vertretern im hiesigen Parlament gebracht, zu 9 Vertretern, obwohl sie eine der stärksten Parteien der hiesigen Provinz ist. (Widerspruch und Lachen im Zentrum.) Meine Herren, das krasse Unrecht dieses Wahlsystems können Sie am besten dadurch feststellen, wenn Sie berücksichtigen, daß namentlich hier im Düsseldorfer Kreise die U. S. P. sogar die stärkste Partei ist; trotzdem ist diese U. S. P. von Düsseldorf auch hier schlecht vertreten. (Abgeordneter Gerlach: Welche U. S. P?) Darüber mich hier an dieser Stelle mit Ihnen auseinanderzusetzen, habe ich keine Veranlassung.

Meine verehrten Anwesenden! Durch den 9. November ist nicht nur der Arbeiterschaft eine Vertretung in den verschiedensten Körperschaften, so auch hier im Provinziallandtage, gegeben worden, sondern auch die Frauen haben das Wahlrecht bekommen. Und da wundere ich mich darüber, daß die bürgerlichen Parteien so schnell haben umlernen können, daß die bürgerlichen Parteien, die sich früher mit Händen und Füßen gegen das Frauenwahlrecht wandten, heute tatsächlich Frauen aufstellen. Es fällt ihnen ja sehr schwer, denn wir wissen ja, daß erst kürzlich noch ein Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärte, daß diese politischen Frauen eigentlich nur ein lästiges Unkraut seien. Man schätzt also in jenen Kreisen die Tätigkeit der Frauen im politischen Leben nicht allzu hoch ein. Wir haben bekanntlich seit Jahren dafür gearbeitet, daß die Frauen mit in die Parlamente hineinkommen sollten, und gerade dadurch, daß wir immer und immer wieder darauf hinwiesen, daß wir die Frauen in allen Verwaltungszweigen notwendig brauchen, haben Sie sich letzten Endes am 9. November auch dieser Strömung nicht mehr entgegenstellen können, und gegen Ihren Willen ist auch das Frauenwahlrecht eingeführt worden.

Meine Herren und Damen! Wir erkennen die Wichtigkeit der preussischen Landtage an. Wir wissen aber, daß dieser Landtag, in dem wir uns heute befinden, in unserem Sinne keine grundlegenden Beschlüsse fassen kann. Daran hindert uns die Zusammensetzung. Wir hoffen, daß, wenn demnächst an Stelle dieses Wahlrechts, auf Grund dessen es bisher der herrschenden Klasse möglich war, nicht nur herrschende Klasse zu bleiben, sondern auch die große Masse des Volkes auszubenten (Dhoruse in der Mitte), das neue Wahlrecht kommt (Zuruf: Die Diktatur des



Proletariats!), dann auch eine Mehrheit hier in diesem Provinziallandtage sein wird, die wirklich eine von volkswirtschaftlichen und allgemeinen Gesichtspunkten geleitete Politik hier betreiben kann. Es wird mir der Zwischenruf gemacht: Die Diktatur des Proletariats. Ja, meine verehrten Herren und Damen (Zuruf: Damen und Herren!) — das kommt bei uns nicht so genau darauf an, sehen aber trotzdem im Gegensatz zu Ihnen in den Frauen gleichberechtigte Staatsbürger. (Heiterkeit.) Meine sehr verehrten Herren und Damen, die Diktatur des Proletariats erstreben wir, und wir sind so kühn zu behaupten, daß unter der Diktatur des Proletariats tatsächlich eine größere Demokratie herrschen wird als heute (Lautes Lachen rechts und in der Mitte), wo einige wenige Kapitalisten in Deutschland zu bestimmen haben. Meine Herren und Damen (Zurufe: Damen und Herren!), ich gebe Ihnen die Versicherung, daß, wenn wir die Diktatur des Proletariats im August 1914 gehabt hätten, dann dieser furchtbare Krieg nicht gekommen wäre. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.) Aber weil damals einige wenige Kriegsinteressenten diktieren, weil die Stinnes, Krupp und wie sie alle hießen, damals das Heft in der Hand hatten, deswegen konnte der Krieg kommen. Nicht allein die Mählon-Briefe haben uns das bewiesen, nein, aus den verschiedensten Veröffentlichungen wissen wir, wer der treibende Teil zum Kriege gewesen ist. Jene Leute haben sich von ihren materiellen Gesichtspunkten leiten lassen. Wir wissen, daß jene Leute, die sich so patriotisch gebärdeten, durch den Krieg Millionen und Abermillionen verdient haben, während diejenigen, die man früher vaterlandslose Gesellen nannte, ihre Knochen zu Markte trugen und ihr Leben hergaben. Und während sie draußen waren, ließ man hier in der Heimat ihre Frauen und Kinder hungern, und als sie zurückkamen, fanden sie zu Hause anstatt der gefunden Kinder, die sie verlassen hatten, skrofulöse und tuberkulöse Kinder wieder. Wenn Sie, meine Herren, wenn ich dieses Furchtbare erwähne, noch den Mut haben zu lachen, so beweist mir das, wie tief Sie tatsächlich schon gesunken sind. (Sehr richtig! links. Zuruf rechts: Sie meinen sich selbst!)

Meine sehr verehrten Herren! Ich wende mich nunmehr kurz zu dem Haushaltsplan. (Bravo! rechts.) Vieles von dem, was ich auszuführen hatte, ist von meinem Kollegen Haas von der S. P. D. schon ausgeführt worden. (Lachen. Glocke des Vorsitzenden.) Es war für uns kolossal schwierig, uns in die Materie einzuarbeiten, weil uns die Druckfachen erst so sehr verspätet zugestellt werden konnten. Es war uns überhaupt nicht möglich, uns eingehend mit dem Haushaltsplan zu befassen. Wir standen da nicht so günstig, wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die ja ihre Vertretungen innerhalb der Provinzialverwaltungen schon hatten und so schon durch diese ihre Vertretungen auf dem laufenden gehalten wurden.

Wenn hier gesagt worden ist, daß der Haushaltsplan nur einen historischen Wert habe, so können wir dem wohl zustimmen angesichts der stetig steigenden Preise für alle möglichen Gegenstände. Ja, wir möchten sagen, daß man bei Aufstellung des Haushaltsplans bis zu einem gewissen Grade eine Vogel-Strauß-Politik getrieben hat. Man sagt: das Reich soll zahlen. Man nennt eine Summe von 8 Millionen. Ja, meine Herren und Damen, glauben Sie denn, daß das Reich imstande ist, diese Summe zu tragen, diese Summe zu übernehmen? Sie alle wissen, wie das Reich in finanzieller Beziehung dasteht. Sie alle wissen, daß das Reich nicht weiß, woher es die Mittel für seine laufenden Ausgaben nehmen soll, und da wollen Sie tatsächlich damit rechnen, daß Sie vom Reiche etwas bekommen werden? Wir sollen die Dinge so sehen, wie sie sind. Wir haben vom Reiche nichts zu erwarten. Wir müssen sehen, wie wir unsere Mittel aufbringen. Heute dazu Stellung zu nehmen, wird nicht möglich sein, weil wir ja noch gar nicht wissen, inwieweit uns das Reich Mittel und Wege an die Hand gibt, unsere Mittel aufzubringen. Auf jeden Fall aber glaube ich hier behaupten zu können, daß wir mit der bisherigen Art und Weise der Auf-

bringung der Mittel nicht zum Ziele kommen werden, daß wir, wenn wir in unserer Provinz unseren Verpflichtungen nachkommen wollen, ganz andere Wege einzuschlagen haben, daß wir bei allen unseren Unternehmungen immer mehr und mehr den Privatunternehmer ausschließen müssen, daß wir mehr und mehr die Arbeiten und die Aufgaben der Provinz in eigene Regie übernehmen müssen.

Meine sehr verehrten Anwesenden, ich komme nachher noch kurz auf die Beschaffung der Mittel zurück. Ich sagte vorhin, daß man nach meinem Dafürhalten bei Aufstellung des Haushaltsplans gewissermaßen Vogel-Strauß-Politik getrieben habe. Das hat man im besonderen nicht nur getan, weil man darauf hoffte, daß das Reich uns nennenswerte Mittel geben könne, das hat man auch getan, als man die Mittel zu den verschiedensten Details einsetzte. Ich denke zum Beispiel hierbei an die für unseren Wegebau eingesetzten Summen. Wer einigermaßen in der Provinz Bescheid weiß, wird zugeben, daß mit den Mitteln, die für den Wegebau eingesetzt worden sind, auch nicht die allergrößten Schäden, die allergrößten Mißstände beseitigt werden können. Wir müssen, wenn wir in Zukunft an den Ausbau unserer Wege herangehen, vor allen Dingen darauf sehen, daß bei Vergabung der Arbeiten die Unternehmer nicht nur gehalten sind, die abgeschlossenen Tarifverträge einzuhalten, sondern wir müssen auch darauf sehen, daß bei den Materiallieferungen die Interessen der Provinz immer gewahrt werden, daß überhaupt bei der Ausführung dieser Arbeiten mehr als bisher die Interessen der Provinz gewahrt werden. Es ist heute so, daß viele Arbeiter, die beim Wegebau beschäftigt werden, uns sagen: Wir haben die Auffassung, als ob die Wege, auf denen wir arbeiten, gar nicht fertig werden sollen. Die Arbeiter sind also der Auffassung, daß die Ausbesserungsarbeiten auf den Wegen, die Neubedeckungen der Straßen usw. nicht fachmännisch ausgeführt werden, daß in sehr vielen Fällen mit erheblich weniger Mitteln Besseres geschafft werden könnte. Es dürfte Aufgabe der Provinzialverwaltung sein, zu prüfen, inwiefern die Arbeiter, die diesen Verdacht aussprechen, recht haben.

Dann wurde hier gesagt, man solle dazu übergehen, die Zugmaschinen von den Chausseen herunterzubringen. Meine sehr verehrten Anwesenden! Wenn die Möglichkeit bestände, mit anderen Verkehrsmitteln die notwendigen Kohlen überallhin zu befördern, so würde dem gewiß nichts entgegenstehen. Aber ich befürchte, daß, wenn wir generell dazu übergehen wollten, diese Zugmaschinen von den Chausseen zu beseitigen, dann nicht nur in den entlegenen Ortschaften die Zustellung der Hausbrandkohle unmöglich gemacht würde. Ich befürchte sogar, daß man dann in einzelnen Industrien, besonders wohl im bergischen Lande, sehr bald vor die Frage gestellt würde, entweder diese Zugmaschinen wieder zuzulassen oder aber die Betriebe zu schließen. Wenn man sagt, daß man diese Automobile, diese Zugmaschinen usw., die die Straßen so ruiniert haben, zu den Kosten des Wegebauens heranziehen müsse, so betonen wir demgegenüber, daß das eine neue indirekte Besteuerung wäre, die wiederum von der Arbeiterschaft aufzubringen ist, und daß wir einer derartigen Besteuerung nicht unsere Zustimmung geben können. Wir sind der Auffassung, daß, wenn diese Straßen so stark benutzt werden, dies ein Beweis dafür ist, daß uns andere Verkehrsmöglichkeiten nicht gegeben sind, daß wir also letzten Endes in der Allgemeinheit gezwungen sind, die Kosten für die dadurch entstehenden Schäden an den Straßen zu tragen. Würden wir den Weg beschreiten, der hier von einer Seite vorgeschlagen wurde, so wären es wiederum lediglich die Verbraucher, die diese Kosten aufzubringen hätten. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß man auf diesem Gebiete, um endlich einmal die horrenden Kosten für den Wegebau der Provinz einschränken zu können, dazu übergehen müsse, andere Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, sei es indem die Provinz mehr als bisher sich der Schaffung von Kleinbahnen widmet, sei es auch, daß man mehr als bisher prüft, ob nicht auch Wasserstraßen noch mit verhältnismäßig wenig Kosten zu schaffen sind.

Es ist ganz richtig darauf hingewiesen worden, daß nicht nur im Ruhrrevier die Beschädigung der Chauffeen so groß ist, sondern daß dies auch für das Braunkohlengebiet zutrifft. Meine verehrten Anwesenden, es hat sich in den letzten Jahren ja bei Grevenbroich ein neues Braunkohlengebiet an der Erft erschließen lassen. Es bliebe zu prüfen, ob es nicht auch hier möglich wäre, vielleicht durch Schiffbarmachung der Erft eine Verbindung mit dem Rhein herbeizuführen. (Zuruf: Ach, du lieber Gott! Kennen Sie die Erft?) Wie gesagt, meine sehr verehrten Anwesenden, ich bin kein Fachmann auf dem Gebiete. Aber die Frage zu prüfen, halte ich doch, wo in Deutschland das Verkehrsweisen so sehr darniederliegt, für sehr angebracht.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Eine weitere Frage, die die Provinz zu lösen hat, ist die Frage des Wohnungswesens. Hier muß die Provinz unbedingt eingreifen, weil die einzelnen Gemeinden und Kreise nicht in der Lage sind, das tun zu können, was notwendig ist. Die Provinz muß mit den Kreisen und Gemeinden zusammen versuchen, diese Frage, die zur Katastrophe zu werden droht, zu lösen. Wir können vorläufig schon auf diesem Gebiete einen guten Schritt vorwärts tun, wenn von Seiten der Provinz aus versucht würde, die Rationierung für den gesamten Wirtschaftsbezirk, für die gesamte Provinz durchzuführen. Denn es ist heute so, daß in den kleinen und mittleren und auch in den Großstädten nichts mehr zu rationieren ist, wohingegen in den ländlichen Gemeinden eine ganze Anzahl von Wohnungen bereitgestellt werden könnte, wenn man dort die gesetzlichen Mittel, die gesetzlichen Rechte dafür hätte. Es ist so, daß sehr viele reich gewordene Kriegs- und auch Revolutionsgewinnler in den Großstädten eine Wohnung haben, aber auch auf dem Lande draußen sich ein Häuschen oder einen Hof zugelegt haben, wo sie die Sommermonate verbringen. Diese Leute haben also die Wohnungen doppelt, manchmal sogar dreifach, während in den Großstädten manchmal bis zu drei und vier Familien in einer Wohnung haufen müssen. Das ist ein ungesundes Verhältnis. Es muß geprüft werden, ob die Provinz nicht in der Lage ist, diesen Mißstand zu beseitigen, indem die Rationierung durchgeführt wird, nicht wie bisher auf der Grundlage der Gemeinde, sondern auf der Grundlage der Provinz.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich komme jetzt zu den Provinzialanstalten. In den Provinzialanstalten sind fast ausschließlich die Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung untergebracht. (Lachen in der Mitte.) Meine sehr verehrten Herren und Damen, ob Sie darüber lachen oder nicht, die Tatsache besteht. Wenn wir heute so sehr viele Epileptiker, so viele sogenannte Arbeitscheue und so sehr viele Blinde infolge von irgendwelchen Krankheiten, die sich von den Eltern auf die Kinder vererbt haben, in diesen Anstalten unterbringen müssen, so wird niemand, der sich mit solchen Fragen schon einmal beschäftigt hat, bezweifeln, daß alle diese Aermsten zum größten Teil Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind. (Lachen.) Ich will darauf nicht näher eingehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich will darauf deshalb nicht näher eingehen, weil Sie ja doch, obwohl Sie die Richtigkeit anerkennen (Widerspruch), wenigstens dies nicht zugeben werden. Ich kann mir denken, daß Sie das nicht gerne hören. Wenn Sie aber, soweit Sie als Arbeitgeber in Betracht kommen, seit Jahren Ihren fleißigen Arbeiter so schlecht bezahlt haben, daß er trotz der allerangestrengtesten Arbeit nicht aus dem grauen Elend herauskam, und dieser Mann dann schließlich in seiner Verzweiflung zur Schnapsflasche gegriffen hat, so behaupte ich, daß, wenn die Nachkommen dieses Alkoholikers Epileptiker wurden oder sonst irgendwelche Krankheiten mit zur Welt brachten, die ihre Aufnahme in die Provinzialanstalten notwendig machten, der Arbeitgeber, der seine Arbeiter so schlecht bezahlt hatte, der Schuldige ist. Und auf das Ganze ausgedehnt, behaupte ich, daß diese Gesellschaftsordnung, deren Tendenz auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, daran schuld ist.

Nun, meine sehr verehrten Anwesenden, wurde hier gesagt, daß uns diese Anstalten ein ungeheures Stück Geld kosten. Es wurde dies — ich bedauere, daß das hier gesagt wurde — in der Hauptsache darauf zurückgeführt, daß man den Achtstundentag auch in den Provinzialanstalten eingeführt habe. Es wurde sogar erklärt, der Achtstundentag in diesen Anstalten sei ein großer Unfug. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte. Sehr falsch! links.) Meine Herren, die Sie hier Sehr richtig! rufen, wie lange arbeiten Sie denn? (Rufe: Viel mehr!) Ich glaube sicher behaupten zu können, daß, wenn die meisten der hier anwesenden älteren Herren auf der rechten Seite des Hauses in ihrem Leben immer nur bloß acht Stunden gearbeitet hätten, Sie dann heute nicht mehr so frisch aussehen würden, wie Sie aussehen. (Widerspruch.) Meine Herren und Damen, der Achtstundentag ist fast noch das einzige, was der Arbeiterschaft von den Errungenschaften nach dem Kriege übrig geblieben ist. Und wenn wir in Wirklichkeit die Leute wären, als die Sie uns immer verschreien, wenn wir in Wirklichkeit danach trachten würden, daß der Bürgerkrieg in Deutschland wieder auflebt, dann würden wir Ihnen empfehlen: Legen Sie Hand an den Achtstundentag! Denn glauben Sie sicher, fassen Sie auch nur an irgendeiner Stelle den Achtstundentag an, dann haben Sie nicht nur die Angestellten gegen sich, sondern dann werden Sie sehen, daß die Arbeiterschaft, möge sie bei einer bürgerlichen Partei oder bei einer sozialistischen Partei sein, wie ein Mann aufstehen und gegen die ankämpfen wird, die ihnen dieses Recht nehmen wollen. Den Achtstundentag braucht die Arbeiterschaft zu ihrem geistigen und kulturellen Aufstieg. Den Achtstundentag muß die Arbeiterschaft haben, weil sie schon in den acht Stunden so weit ausgebeutet wird (Ho-Rufe in der Mitte), daß es tatsächlich nicht möglich ist, ihr zuzumuten, auch nur noch eine Stunde länger zu arbeiten. Und was für die Arbeiter im allgemeinen zutrifft, das trifft nicht zum mindesten auch für die in diesen Anstalten untergebrachten Angestellten und Beamten zu. (Zuruf: In Rußland arbeitet man zwölf Stunden!) Ich komme darauf zurück. — Wenn Sie diesen Leuten den Achtstundentag nehmen, so versündigen Sie sich dadurch nicht nur an der Gesundheit und am geistigen Aufstieg dieses Personals, nein, Sie versündigen sich auch auf das allerschwerste an den armen Geschöpfen, die in diesen Anstalten untergebracht sind. Denn wer seine Pflicht tut als Pfleger in diesen Anstalten, wer acht Stunden hindurch jeden Tag seine Pflicht tut, der hat eine Arbeit geleistet, daß man ihm nicht zumuten kann, daß er diese Arbeit noch länger ausdehnt. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Sie können versichert sein, wenn Sie diesen Achtstundentag beseitigen wollen, Herr Landeshauptmann, dann wird die Arbeiterschaft Mittel und Wege finden, solche Leute, die sich für die Beseitigung dieses kulturellen Rechts der Arbeiter ins Zeug gesetzt haben, von ihren Plätzen zu beseitigen. (Sehr gut! bei der U. S. P. Lachen im Zentrum.)

Es wurde vorhin gesagt, in Rußland arbeitet man mehr als acht Stunden. (Zuruf: Zwölf Stunden!) Sehr richtig, in Rußland arbeitet man länger. Und wenn wir einmal nicht mehr für die Tasche des Kapitalisten arbeiten (Lachen), wenn wir einmal wissen, daß unsere Arbeit auch wirklich für den Wiederaufbau Deutschlands Früchte trägt, werden wir uns niemals einer Ausdehnung der Arbeitszeit widersetzen. (Große Heiterkeit im Zentrum. Zuruf: Sie sind ja in acht Stunden erschöpft! Glocke des Vorsitzenden.) Was haben wir gesehen? Es ist von Seiten der Industriellen anerkannt worden, daß die Arbeiterschaft restlos nach der Revolution ihre Pflicht getan hat. Es ist heute morgen anerkannt worden, daß die Bergarbeiter in dankenswerter Weise die Produktion gesteigert haben. Wir haben jetzt zwei Jahre nach Kriegsschluß hinter uns, und trotz der aufopferungsreichen Tätigkeit der Arbeiter haben wir gesehen, wie wir trotz vermehrter Arbeit immer tiefer gesunken sind. Ja, wir sind heute so weit gekommen, daß wir sagen können:

Je mehr und je fleißiger wir arbeiten, desto ärmer werden wir. (Lachen in der Mitte. Sehr richtig! bei der U. S. P.) Das, was in fleißiger Arbeit von den Arbeitern hergestellt wird, wird, zum großen Teil wenigstens, von den Großkapitalisten ins Ausland verschoben. Werte dafür kommen nicht nach Deutschland. Die Rohmaterialien wurden wir los. Wir wurden also durch unsere Arbeit ärmer, als wir ursprünglich waren. Und weil die Arbeiterschaft das weiß, deswegen wird sie sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß man ihr in bezug auf die Ausdehnung der Arbeitszeit mehr zumutet, als sie heute schon tut. Darum handelt es sich, und darum komme ich auf den Zwischenruf des Herrn da drüben zurück. Wenn aber die Arbeiterschaft weiß, daß es sich darum handelt, Deutschland wirtschaftlich wieder aufzubauen, wenn sie weiß, daß sie nicht für eine Person, sondern für das gesamte Volk arbeitet, dann wird sie auch mehr tun, als ihr gesundheitlich zuträglich ist. Das wird die Arbeiterschaft aber nicht unter dem heutigen System tun.

Wenn ich zu den Provinzialanstalten spreche, so muß ich auch einmal kurz auf die Lohnverhältnisse eingehen, die dort herrschen. Es wurde heute morgen von einer Seite gesagt, daß man Ersparnisse machen müsse; aber diese Ersparnisse müßten beim Personal, nicht an den Insassen gemacht werden. Es ist selbstverständlich, daß an den Insassen keine Ersparnisse gemacht werden können. Wenn man beim Personal Ersparnisse machen will, so weiß ich nicht, ob es möglich ist, dies bei den höchsten Stellen innerhalb dieser Anstalten zu tun. Bei den Pflegern usw., von denen ich hier eine Lohnliste habe, meine Herren, ist es nicht möglich, Ersparnisse zu machen. Und in bezug auf die Zahl der Pfleger, möchte ich behaupten, ist es ebenfalls nicht möglich, Ersparnisse zu machen. Die Ersparnisse, die da gemacht werden, würden sich rächen an den Opfern, die in diesen Anstalten untergebracht sind. Ich habe hier eine Lohnliste. In dieser Lohnliste finde ich zum Beispiel einen Pfleger. Er hat eine Familie von fünf Köpfen: Mann, Frau und drei Kinder, und verdient im Monat 975 Mark. Davon gehen 86 Mark an Steuern ab und außerdem Beiträge für die Krankenkasse, die Invalidenversicherung usw. (Zuruf: Freie Station!)

Ich frage Sie, meine Herren, wollen Sie von diesem Gehalt noch Abzüge machen? (Lebhafte Rufe: Nein!) Wollen Sie da noch sparen? (Rufe: Nein!) Wenn es also gilt zu sparen, kann höchstens vielleicht — ich kenne die Gehälter nicht im einzelnen — an den höchsten Stellen, an den hohen Gehältern gespart werden. Aber ich bezweifle, daß da irgendeiner von Euch seine Hand dazu bietet. In meiner Tätigkeit in der Kommunalverwaltung habe ich stets die Feststellung machen können, daß man wohl fragt: Was kostet uns dies und das, wenn es sich um die unteren Angestellten und Arbeiter handelt, daß man aber, wenn es gilt, das Gehalt des Bürgermeisters oder sonst irgendwelcher höheren Stellen festzulegen, man sich sogar von der Aufsichtsbehörde sagen lassen muß: Das von Ihnen eingesetzte Gehalt ist zu hoch, das müssen Sie heruntersetzen.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich komme dann noch kurz auf die Behandlung des Personals in den einzelnen Anstalten zu sprechen. Ich glaube nicht notwendig zu haben, auf die Behandlung der Insassen näher einzugehen. Es ist darüber soviel in der Presse geschrieben worden — und es hat sich ja auch nach dem 9. November vieles gebessert —, daß ich darüber keine Ausführungen zu machen brauche. Ich möchte nur kurz auf die Behandlung eingehen, die dem Personal in diesen Anstalten zuteil wird. Da mutet es eigentümlich an, wenn man hier ein Schreiben des Herrn Landeshauptmanns an die Direktion der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten vom 18. November 1920 zu Gesicht bekommt, in dem verlangt wird, daß, um die Sittlichkeit unter dem Personal zu heben, die Ausgehzeit für das weibliche Personal auf 9 Uhr abends beschränkt werden soll (Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Glauben Sie, daß, wenn irgendeine Angestellte dieser Anstalten von dem sittlichen Wege abgekommen

ist, sie wieder auf den richtigen Weg kommt, wenn Sie ihr sagen: Sie müssen abends um 9 Uhr zu Hause sein? (Zuruf: Jawohl!) Es bedarf ganz anderer Mittel, meine Herren, um da eine Besserung herbeizuführen. (Sehr richtig! links.) Was hier in diesem Erlaß steht, atmet den alten bekannten preußischen Polizeigeist (Sehr gut! bei der U. S. P.), der die Angestellten in solchen Anstalten nicht als vollwertig betrachtet, sondern sie bevormundet und als Menschen zweiter Klasse behandelt wissen will. Und so weiter usw. Wohl möglich, daß nicht alles so ist beim Pflegepersonal, wie es sein soll. Aber dann soll man einmal prüfen, woraus sich das Pflegepersonal zusammensetzt. Ich glaube mit großer Bestimmtheit sagen zu können, daß, wenn heute in dieser Beziehung bei dem Pflegepersonal nicht mehr alles so ist, wie es sein soll, so werden wir, wenn wir bei diesen Leuten einmal nachforschen, wo sie die letzten Jahre gewesen sind, in vielen Fällen finden, daß sie während des Krieges hinten in der Stappe irgendwo Stellen bekleidet haben und dort von dem bekannten preußischen Leutnant über sie „gewacht“ wurde. Diese Leute sind es gewesen, die mit dafür gesorgt haben, nicht nur das deutsche Ansehen zu „heben“, sondern die auch mit daran gearbeitet haben, daß die Moral bei den weiblichen sowohl wie bei den männlichen Staatsgenossen gesunken ist.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich komme dann noch kurz auf eine Sache zurück, die vorhin vergessen worden ist. Wir klagen in der vorgelegten Resolution darüber, daß uns das Saarrevier durch die Entente besetzt wird. Ja, wer mit draußen war, wer selber mit im Kriege gewesen ist, kann sich über solche Maßnahmen der Entente gar nicht wundern. Wir mußten doch, als wir schon zurückfluteten, bei Lebensgefahr dazu übergehen, die wenigen noch übrig gebliebenen Kohlenzechen zu sprengen. Sorgen Sie mit uns dafür, daß die Leute, die dort Sabotage an den Werten getrieben haben, zur Verantwortung gezogen werden. Sie sind es schuld, daß man uns heute unser Saarrevier besetzt. (Lebhafter Widerspruch rechts und in der Mitte. Rufe: Unerhört!) Ich wiederhole, sie sind es schuld, daß man uns heute das Saarrevier besetzt. Hätte man damals nicht in so barbarischer Weise alle Kulturgüter zerstört, so hätten wir gewissermaßen ein moralisches Recht gehabt, dagegen zu protestieren, daß man uns das hier wegholt, was wir unseren Mitmenschen jenseits der Grenze zerstört haben. (Lebhafte Zurufe. Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Adenauer (den Redner unterbrechend): Ich halte es nicht für richtig, Herr Böllig, daß Sie davon sprechen, daß unsere Truppen bei ihrem Rückzuge in barbarischer Weise vorgegangen wären, und daß dadurch die Besetzung des Saargebiets herbeigeführt worden sei. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich halte das nicht nur für nicht zur Sache gehörig, sondern ich halte es auch für absolut falsch. (Zuruf links: Ist aber Tatsache!) Das Saargebiet ist aus ganz anderen Gründen besetzt worden.

Abgeordneter Böllig (fortfahrend): Meine sehr verehrten Anwesenden! Das Saarrevier ist besetzt worden, weil Frankreich nicht mehr genug Kohle hat für seine Industrie. (Lachen und Widerspruch in der Mitte.) Man hat in Frankreich nicht mehr genug Kohle für die Industrie und den Hausbrand, weil man die Zechen vernichtet hat. (Laute Schluß-Rufe, Gegenrufe bei den Unabhängigen. Glocke des Vorsitzenden.) Ich kann mir denken, daß den Herrschaften das, was ich sage, nicht angenehm ist. (Zuruf: Zur Sache!) Ich werde gebeten, zur Sache zu kommen. Ich komme zur Sache.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wenn ich nun hier zu den Anstalten komme, so muß noch ein Gebiet beleuchtet werden, das ist die Lieferung von Arbeitskräften aus diesen Anstalten. Es könnte unzweifelhaft die Belastung, die durch die Anstalten der Provinz entstehen, wesentlich herabgemindert werden, wenn man nicht die bedauernden Inzassen der verschiedensten Anstalten

den Unternehmern als billige Ausbeutungsobjekte überantworten wollte. (Lachen.) Ich weiß nicht, in welchem Maße das heute noch der Fall ist. Jedenfalls war es bis zum Ausbruch des Krieges in hohem Maße der Fall; das habe ich aus eigener Anschauung feststellen können. Da wurden diese Leute in Unternehmungen, die ganz gewaltige Gewinne abwarfen, für einen äußerst niedrigen Lohn verwandt; da dienten diese Leute dazu, die Löhne in solchen Industrien niederzuhalten. Wir müssen, wenn die Anstaltsinsassen beschäftigt werden, als Vertreter der Arbeiterschaft darauf sehen, daß sie nicht als Lohnrücker verwandt werden. Selbst dann, wenn die Leute in den eigenen Betrieben der Provinz arbeiten, wenn sie auf den Straßen und Wegen beschäftigt werden, müssen wir darauf bestehen, daß sie nach den Tariffätzen bezahlt werden, und daß, wenn die Leute aus den Anstalten entlassen werden, ihnen das überschießende Geld, welches sie verdient haben, ausgezahlt wird. Es darf nicht dazu kommen, daß man Arbeiter entläßt, daß man Familienväter arbeitslos macht, weil man billigere Kräfte aus diesen Anstalten beziehen kann. Und wenn man die Pflegesätze erhöht, so müssen wir darauf bestehen, daß durch diese Erhöhung der Pflegesätze in keinem Falle die Familienangehörigen dieser Unglücklichen belastet werden, denn die sind schon genug gestraft, sie haben schon genug zu tragen, ohne daß man ihnen noch weitere Opfer auferlegt. Die Gesellschaft als solche muß unbedingt die Mittel aufbringen, die notwendig sind, um ihre Opfer über Wasser zu halten.

Ich komme zur Jugendfürsorge. Die Jugendfürsorge hat sich besonders nach dem Kriege notwendig gemacht. Wir haben mit Erschrecken feststellen können, daß das Stahlbad, welches das Volk läutern sollte, wie schon vorhin gesagt wurde, das Volk auf einen moralischen Tiefstand gebracht, wie er bisher noch nie zu verzeichnen war. Es ist zwar das Wort „Zwangserziehung“ durch das Wort „Fürsorgeerziehung“ ersetzt worden. Aber man kann von einer Fürsorgeerziehung auch heute noch nicht sprechen, wenigstens nicht, soweit die Rheinprovinz in Frage kommt. Es ist von dem Kollegen Haas auch schon darauf hingewiesen worden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wenn auch nicht an mir, so doch an mir nahestehenden Leuten, wie diese Kinder dort behandelt werden, und daß das, was dort an den Kindern vollbracht wird, eher alles andere ist als Erziehung. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, daß man in anderen Provinzen und von anderen Kommunalverbänden auf diesem Gebiete mustergültige Anstalten geschaffen hat, die letzten Endes auch nicht mehr kosten als unsere Kasernen. Ich erinnere nur, um ein Beispiel herauszugreifen, an die Einrichtung bei Berlin, an das Gut Struweshof, von dem der eine oder andere von Ihnen sicher schon gehört haben wird. Dort hat man wirklich etwas geschaffen, wodurch man die Jugend, die man aus irgendwelchen Gründen aus der Familie herausgenommen hat, zu brauchbaren Gliedern der Gesellschaft erziehen kann. Diejenigen, die in der Jugendpflege mit tätig gewesen sind, müssen mir zustimmen, wenn ich sage, daß neun Zehntel der Jugendlichen, die in die Fürsorgeerziehungsanstalten kommen, in ihrem späteren Leben alles andere, nur nicht nützliche Glieder der Gesellschaft werden. Das ist die schwerste Anschulldigung für das System, wie wir es heute haben, und es ist des Schweißes der Besten und Tüchtigsten wert, gerade auf diesem Wege einmal grundlegende Änderungen herbeizuführen.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wenn wir alles dies durchführen wollen, so ist es selbstverständlich, daß wir dazu enorme Mittel brauchen. Damit käme ich zu der Deckungsfrage. Ich habe vorhin schon gesagt, daß wir heute darüber noch nichts Grundlegendes sagen können. In den Druckfachen des Provinziallandtages wird darauf hingewiesen, daß wir vorerst nur mit den Realsteuern rechnen können. Inwieweit meine Freunde diesen Steuern zustimmen werden und können, kann ich heute noch nicht sagen, da uns keine bestimmten Vorschläge gemacht sind. Aber soviel kann

ich sagen, daß wir keiner Steuer zustimmen werden, welche auf minder tragfähige Schultern abgewälzt werden kann. Wenn uns das Reich keine Möglichkeit gibt, solche Steuern zu schaffen, dann stehen wir auf dem Standpunkt, sollen sich die Kommunalverbände zusammenschließen und gemeinsam protestieren. Sie sollen vom Reich verlangen, daß es ihnen die Möglichkeit gibt, auf andere Art und Weise die Mittel aufzubringen, die notwendig sind, um alle diese Aufgaben zu erfüllen. Wir werden uns nicht dazu hergeben, irgendwelchen Steuern, die den Konsum belasten, unsere Zustimmung zu geben.

Alle diese Aufgaben, die durch die Provinzialverwaltung nicht nur, sondern durch alle Verwaltungen zu erfüllen sind, werden ungeheure Mittel verschlingen. Wenn wir uns demgegenüber den Haushaltsplan des Reichs vergegenwärtigen und den Haushaltsplan der einzelnen Kommunen und Kreise, so müssen wir uns sagen: Es gibt überhaupt keinen Ausweg aus diesem finanziellen Chaos. Und wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die Aufbringung der Mittel so wie bisher erfolgen soll, daß wir an der Wirtschaftsform nichts ändern sollen, dann ist es ausgeschlossen, daß wir uns jemals wieder aus diesem finanziellen Sumpf erheben können. Dann werden wir je länger je mehr umso tiefer in diesem Sumpfe versinken. Dann wird eines schönen Tages der Augenblick kommen, wo wir vor dem Nichts stehen, wo wir vor der Frage stehen: Was soll nun gemacht werden, wo wir unsere Werte, die wir in Deutschland haben, verpfänden müssen und wo wir letzten Endes dann unter die Botmäßigkeit irgendeines anderen imperialistischen Landes geraten werden. Die Folge wird sein, daß dieses Land, welches ja auch mehr oder weniger durch den Krieg gelitten hat, dazu übergehen muß, im Bunde mit den wenigen Kapitalaristokraten Deutschlands noch mehr als bisher die arbeitenden Massen niederzuhalten, daß diese herrschende Klasse, um die Arbeiter niederhalten zu können, sie rechtlos machen muß und daß, weil die Arbeiterschaft sich diesem Joch nicht mehr beugen wird, weil sie keine rechtliche Grundlage mehr hat, auf der sie den Kampf führen kann, zu solchen Mitteln greift, die man ihr nicht verwehren kann. Ich nenne ein solches Mittel: die Sabotage. Der Erfolg wird sein, daß die Lebensmöglichkeiten der Menschheit zerstört werden, und daß das Menschengeschlecht in der Barbarei zugrunde geht. Das sind die furchtbaren Folgen des Krieges. Das ist die Zukunft, vor der wir stehen, wenn nicht endlich die herrschende Klasse in Deutschland (Zuruf aus der Mitte: Wer ist das denn?) einsieht, daß es auf dem beschrittenen Wege nicht mehr weitergeht. Wir kommen zu dem Ziele, für das wir immer gekämpft haben, zum Sozialismus; davon sind wir überzeugt. An Ihnen liegt es, ob der Kampf um dieses Ziel der Menschheit schwere oder minderschwere Opfer auferlegen wird. Ganz auf Ihre Einsicht kommt es dabei an. Ich möchte wünschen, daß Sie, wie schon so manche Ihrer bürgerlichen Klassengenossen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß es auf den alten kapitalistischen Wegen nicht mehr weitergeht, auch Sie sich dieser Tatsache nicht mehr verschließen würden, daß Sie einsehen, daß dieser Weg beschritten werden muß. Jedenfalls wäre das im Interesse der gesamten Menschheit nur zu begrüßen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Horion.

Landesrat Dr. Horion: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden Herren Vorredner sind verschiedentlich auf Fragen eingegangen, die die Provinzialanstalten, insbesondere die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, betreffen. Genauereres darüber wird ja wohl noch in der Kommission zu sagen sein. Aber es wird doch wohl nötig sein, hier einige der von den Herren Vorrednern dargelegten Punkte richtigzustellen. Insbesondere handelt es sich hierbei um den Achtstundentag, den wir, der Not gehorchend, auf Grund der Vorschriften der Reichsverordnung gegen unseren Willen bei dem Pflegepersonal in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten haben einführen



müssen. Ich erkenne gerne an, daß der Herr Abgeordnete Haas auch in seinen heutigen Ausführungen am Schlusse sich durchaus nicht mit der restlosen Durchführung des Achtstundentages beim Pflegepersonal in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten einverstanden erklärt hat. Es wäre außerordentlich erwünscht, wenn der Herr Abgeordnete Haas gerade auf diejenigen Gewerkschaften, die ihm wohl näherstehen, auch nach dieser Richtung hin einwirken würde. Dann würden wir wohl auch zu einer Aenderung des bisherigen Zustandes kommen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Die Wege, die der Herr Abgeordnete Haas vorgeschlagen hat, sind aber nicht gangbar. Er hat zunächst darauf hingewiesen, die Reichsverordnung über den Achtstundentag sähe ja eine Ausnahme für Krankenanstalten vor. Leider ist das in keiner Weise der Fall. Das ist ja gerade — ich möchte sagen — das Unsinvolle der Verordnung, daß sie dieselbe Arbeitszeit vorsieht für den Hochofenarbeiter und für denjenigen, der vielfach nur Arbeitsbereitschaft und keine Arbeit zu leisten hat. (Abgeordneter Haas: Das neue Gesetz!) In dem Gesetz, mit dem wir es bisher zu tun haben, ist eine Ausnahme nicht vorgesehen. Es ist mir wohl bekannt, daß Bestrebungen bestehen, in das neue Gesetz eine Ausnahme hineinzubringen. Es ist mir aber ebenso wohlbekannt, daß einflussreiche Kreise sich sehr dagegen aussprechen, irgendeine Ausnahme in dem neuen Gesetz zuzulassen. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Dieser Weg ist also nicht gangbar.

Herr Haas hat dann einen Ausweg dahin vorgeschlagen, man möge neben der Arbeitszeit eine Arbeitsbereitschaftszeit einführen. Das ist ja so etwas wie eine Umgehung des Achtstundentages, denn in Wirklichkeit ist der ganze Dienst auf den Abteilungen der Irrenanstalten vielfach nur eine Arbeitsbereitschaft und keine Arbeit, da nicht ständig die Hand anzulegen ist. Aber auch dazu möchte ich bemerken, daß gerade die dem Herrn Abgeordneten Haas nahestehenden Gewerkschaften das bei den Verhandlungen darüber strikte abgelehnt haben (Abgeordneter Böllig: Auch die Christlichen!) und daß sie die Bedingung gestellt haben, daß sie auf keinen Tarifvertrag eingehen würden, in dem nicht die achtstündige bezw. — die Sonntage eingeschlossen — die siebenstündige Arbeitszeit vorgesehen ist. Also auch dieser Weg ist nicht gangbar.

Der Herr Landeshauptmann hat einen anderen Weg eingeschlagen, hat sich an das Reichsarbeitsministerium gewandt, ihm die Zustände dargestellt und gefragt, ob es denn wirklich noch sein Ernst sei, daß die achtstündige Arbeitszeit hier Anwendung finden müsse. Und der Arbeitsminister hat geantwortet: Allerdings, nach der Reichsverordnung fielen auch diese Dienste unter die achtstündige Arbeitszeit. Aber, so sagt er weiter, von der achtstündigen Arbeitszeit können ja Ausnahmen mit Genehmigung des Demobilisierungskommissars gemacht werden; der Landeshauptmann braucht sich nur an ihn zu wenden; ich zweifle nicht daran, daß der Herr Demobilisierungskommissar Ausnahmen zugestehen wird. So sagte der Herr Reichsarbeitsminister. Darauf hat sich vor sechs Wochen der Herr Landeshauptmann an den Demobilisierungskommissar für den Regierungsbezirk Düsseldorf, den Herrn Regierungs-Präsidenten, gewandt und ihn gebeten, eine Ausnahme entsprechend dem Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers zu gestatten. Das war, wie gesagt, vor sechs Wochen. Es scheint, daß die Frage aber außerordentlich schwer zu entscheiden ist, denn bis heute haben wir von dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf auf diese Anfrage noch keine Antwort erhalten. (Hört! Hört! im Zentrum.) Das ist der heutige Stand der Sache.

Nun aber ist eben von dem Herrn Vorredner dargelegt worden, daß es unmöglich wäre, daß die Betroffenen länger als acht Stunden arbeiten, daß sie ihre Gesundheit ruinieren und körperlich und geistig dabei zugrunde gehen würden. Meine Damen und Herren, wie sieht es nun aus? Wir haben einen allgemeinen Tarifvertrag abgeschlossen und haben darin gesagt, daß die wöchentliche Arbeitszeit 49 Stunden beträgt. Wir haben dann aber weiter gesagt: Jetzt könnt ihr

nach Hause gehen und mit euren Direktionen die Arbeitszeit im einzelnen vereinbaren. Was tun jetzt die Pfleger und Pflegerinnen in einzelnen Anstalten? Sie erklären: Wir wollen nicht acht Stunden arbeiten, wir wollen zwölf Stunden arbeiten, das können wir sehr gut; nur wollen wir dann ganze freie Tage dafür haben. Die Folge ist, daß jetzt tatsächlich einschließlich der Ferien an den großen Anstalten das Pflegepersonal 140 volle freie Tage im Jahre hat (Zuruf: Das ist eine Schande!), an denen es zum Vergnügen der ganzen Gegend spazieren gehen kann. Das sind Zustände, die sich nicht halten lassen und die eine Abänderung unbedingt verlangen. Es kommt weiter hinzu, daß sich gezeigt hat, daß der achttündige Arbeitstag durchaus nicht im Interesse der Gesundheit des Pflegepersonals liegt, daß sich besonders das weibliche Pflegepersonal nachher vielfach von den Strapazen des freien Tages erholen muß. Das ist auch einer der Gründe, warum in unseren Anstalten die achttündige Arbeitszeit praktisch ein Unding ist. Der größte Teil des weiblichen Personals hat kein Heim in der Nähe, wo es die freie Zeit zubringen kann. Es hat keine Familie, es ist meistens von weither und hat also nichts, womit es den freien Tag ausfüllen kann. Es kann an den freien Tagen nur Ausflüge machen, sich Vergnügungen hingeben und Geld ausgeben. Was das für Folgen hat, das kann man sich ja denken.

Damit hängt dann zusammen, daß der Herr Landeshauptmann genötigt gewesen ist, den Erlaß hinausgehen zu lassen, der eben von dem Herrn Vorredner so scharf angegriffen worden ist. Ich erlaube mir, den ersten Absatz des Erlasses zu verlesen; er lautet:

„An die Direktionen. An das Krankenpflegepersonal müssen in bezug auf ernste Lebensauffassung und sittliches Verhalten auch außerhalb des Dienstes besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Leider erwecken aber manche Vorkommnisse der letzten Zeit den Anschein, als ob in bezug auf Vergnügungssucht und sittliches Verhalten eine Auffassung bei einem Teil des weiblichen Pflegepersonals vorherrscht, die geeignet ist, den guten Ruf und das Ansehen der Anstalten zu gefährden. Um diesen Mißständen entgegenzutreten, bin ich zunächst genötigt, die Ausgehzeit des weiblichen Pflegepersonals bis abends 9 Uhr zu beschränken.“ (Bravo! Sehr gut! rechts.) Es heißt dann weiter, daß einmal im Monat Erlaubnis erteilt werden kann, länger auszubleiben, daß aber im übrigen mit aller Strenge und durch peinliches Kontrollieren dieser Erlaß durchgeführt werden muß. Ich bin überzeugt, daß der Herr Landeshauptmann damit durchaus in Übereinstimmung mit der Mehrheit dieses hohen Hauses handelt. (Zustimmung.) Erfreulicherweise kann ich aber auch mitteilen, daß schon zwei Arbeiterräte in den Anstalten in Andernach und Düren sich mit dem Erlaß vollständig einverstanden erklärt haben. (Hört! Hört!) Das ist ein äußerst dankenswertes Zeichen für die gute Einsicht, die auch unter den Arbeitern und dem Pflegepersonal herrscht. Ich weiß auch persönlich, daß eine ganze Anzahl darunter sind, die die bisherigen Zustände nicht mehr weiter mit ansehen wollen. Allerdings liegt auch von einer Anstalt ein flammender Protest gegen diese Verordnung vor, worin es heißt, sie würden sich mit allen Mitteln dagegen wehren, daß „diese unmenschliche Knebelung des menschlichen Eigentumsgefühls stattfindet, daß sie hier die Opfer einer Versklavung würden, und daß sie einmütig an die Menschenrechte und die Rechte jeder erwachsenen Person“ appellierten. Demgegenüber möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß der Herr Landeshauptmann den Erlaß durchsetzen und unbedingt darauf halten wird, daß im Interesse der Kranken Pflegepersonal gefunden wird — es mag sich finden, wo es will, es muß und wird gefunden werden —, das auch diesen moralischen Anforderungen, die ich eben dargelegt habe, entspricht. (Sehr richtig! in der Mitte.)

Welche finanzielle Bedeutung in dem Achttudentag und überhaupt in der Frage des Pflegepersonals liegt, mögen Sie daraus ersehen, daß die persönlichen Ausgaben in den Anstalten

— und das sind im wesentlichen die Ausgaben für das Pflegepersonal — heute pro Pflege tag 6 Mark 50 Pfg. betragen. Wir haben in unseren Anstalten 2 300 000 Verpflegungstage. Sie können also sehen, welche finanzielle Bedeutung jede Aenderung auf diesem Gebiete hat. In der Kommission wird im übrigen noch Material für das, was ich Ihnen eben vorgetragen habe, darzulegen sein.

Es sind dann weiter Beschwerden über Behandlung und Verpflegung der Insassen in den Anstalten vorgebracht worden. Besonders hat Herr Abgeordneter Haas angedeutet, daß ihm solche Beschwerden vorliegen. In diesem Punkte glaube ich nicht nur im Namen der Irrenanstalten, sondern aller Anstalten sprechen zu können, wenn ich die dringende Bitte ausspreche, solche Beschwerden nicht in des Herzens Kämmerlein zu verschließen, sondern sie dem Landeshauptmann alle zugehen zu lassen. Sie werden alle untersucht werden, und wenn etwas daran ist, wird Abhilfe geschaffen werden.

Wir haben es — es ist schon einmal darauf hingewiesen worden — beim Provinzialverband mit der Versorgung von etwa 25 000 unglückseligen Menschenkindern der verschiedensten Art zu tun. Wir haben dazu ein großes und zahlreiches Personal nötig. Es ist kein Zweifel, daß diese Aufgabe sich nicht ganz reiflos und reibungslos erledigen läßt, und daß da Mißgriffe vorkommen. Aber bitte, unterstützen Sie uns in der Bekämpfung dieser Mißgriffe dadurch, daß Sie uns Mitteilung davon machen und uns helfen, mit den Mitteln, die ich eben angegeben habe, diese Mißstände zu beseitigen.

Es ist weiter Beschwerde über die Beköstigung besonders während der Kriegszeit, geführt worden. Das ist allerdings richtig, meine Damen und Herren: Während der Kriegszeit haben die Anstalten und Anstaltsinsassen noch schwerer unter dem Mangel an Beköstigung gelitten als andere. Es liegt das an folgendem. Wir konnten uns besonders in der letzten Kriegszeit nur das beschaffen, was uns nach den Rationierungsvorschriften zustand. Dann wurden wir von den verpflichteten Kommunalverbänden außerordentlich schlecht beliefert. Es ist ja wohl zu verstehen, daß der Kommunalverband, wenn er für seine eigene Bevölkerung nicht genug hatte, zu allerletzt daran dachte, die Insassen einer Irrenanstalt zu versorgen. Wir haben uns zwar genügend dagegen gewehrt, aber nicht immer mit Erfolg. Das ist auch einer der Gründe, warum wir nicht überall so für unsere Kranken haben sorgen können, wie wir es gerne wollten. Die Folge ist, daß wir während des Krieges eine ungeheuere Sterblichkeit in den Anstalten gehabt haben. Es ist ja auch zu begreifen. Besonders in den Irrenanstalten war eine große Anzahl alter Personen untergebracht, die bei der vorzüglichen Pflege, die wir vor dem Kriege uns leisten konnten, mit Eiern und Milch unter allen Umständen am Leben erhalten wurden. Als das wegfiel und diese Personen mit ihren geschwächten Verdauungswerkzeugen die nötige Nahrung aus Kartoffeln, Gemüse und Brot ziehen sollten, mußte das versagen, und es kam ein großes Sterben, gegen das wir machtlos waren. Daß sich die Sache aber schon gebessert hat, mögen Sie daraus ersehen, daß vom vorigen Jahr bis zu diesem Jahr in den Anstalten die Tuberkulosesterblichkeit von 3,5 auf 1,4 % und die allgemeine Sterblichkeit von 20 auf 8 % heruntergegangen ist.

Es ist dann weiter noch darauf hingewiesen worden, daß wir in bezug auf die Beschäftigung der Insassen unserer Anstalten — ich nehme an, daß es sich im wesentlichen um die Insassen der Korrekptionsanstalt Brauweiler handelt — Mißgriffe begingen, indem sie Unternehmern in die Hand gegeben und mit zu schweren Arbeiten beschäftigt wurden. Auch in diesem Punkte glaube ich nicht, daß die Verwaltung ein Vorwurf treffen kann. Die Korrigenden der Arbeitsanstalt werden uns übergeben, damit wir sie an Arbeit gewöhnen. Das ist unbedingt die Aufgabe, die wir bei ihnen durchzusetzen

haben. Zum größten Teil werden sie in den eigenen Betrieben der Anstalten beschäftigt. Ein Vorzug, nach dem sich alle drängen und der als Belohnung für gutes Verhalten gegeben wird, ist das Hinausschicken auf Außerkommandos. Es ist klar, dort kann etwas individueller für den einzelnen gesorgt werden. Es ist nicht eine so strenge Hausordnung; insolgedessen gilt das nicht als ein Nachteil, sondern geradezu als ein Vorteil und als eine Vergünstigung. Jetzt ist die Sache kaum noch praktisch, weil die Korrigenden in Braunweiler fast völlig ausgestorben sind und wir jetzt Gefängnisgefangene dort untergebracht haben, für die die Regeln über die Beschäftigung von der Justizverwaltung festgesetzt sind.

Sie mögen daraus entnehmen, daß die Provinzialverwaltung bemüht ist, alles zu tun, um den vielen Unglücklichen, die ihrer Fürsorge anvertraut sind, ihr Dasein, soweit es in ihren Kräften steht, zu erleichtern und angenehmer zu gestalten. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Landesrat Große.

Landesrat Dr. Große: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mir einige Ausführungen über die Durchführung der Unfallverhütung bei der rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gestatten.

Die Unfallverhütung ist nicht von vornherein Aufgabe der Berufsgenossenschaften gewesen, sondern früher wurde sie durch Polizeiverordnungen geregelt. Als sie 1904 der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zugewiesen wurde, hat diese ihr möglichstes getan. Die Unfallverhütungsvorschriften wurden zunächst beschlossen und die gedruckten Exemplare u. a. auch mit den landwirtschaftlichen Zeitungen an die Unternehmer verteilt. Sie finden in dem Ihnen vorliegenden Bericht des Provinzialausschusses auf Seite 371 die Kosten der Unfallverhütung in Spalte 20. Wenn Sie die Zahlen vergleichen, welche hier seit 1905 in den Spalten 3, 4 und 5 angegeben sind, so finden Sie, daß die Zahl der angemeldeten Unfälle von 11369 im Jahre 1905 auf 5797 im Jahre 1918 zurückgegangen ist. Die Zahl der entschiedenen Unfälle ist von 6454 auf 3287 zurückgegangen und die Zahl der entschädigten Unfälle sogar von 4383 auf 1842. Nun ist allerdings nach dem Kriege im Jahre 1919 die Zahl der entschädigten Unfälle wieder um 88 gestiegen und im Jahre 1920 wird die Zahl vielleicht weiter um 200 steigen. Das sind aber kleine Schwankungen, die mit der Unfallverhütung wahrscheinlich nichts zu tun haben, sondern sich aus den Zeitverhältnissen erklären. Immerhin ist das gewaltige Zurückgehen der Unfälle seit dem Jahre 1906, in dem diese Vorschriften in Kraft getreten sind, im wesentlichen auf die Durchführung der Unfallverhütung zurückzuführen. Deswegen halten wir diese Unfallverhütung auch für sehr wichtig, fast wichtiger als das Heilverfahren und das Zahlen von Renten-Entschädigungen an Verletzte und deren Hinterbliebene.

Als die Unfallverhütung beschlossen war, stellte der Vorstand zwei technische Aufsichtsbeamte — einen Diplomingenieur und einen Landwirt — zu dem Zwecke an, diese Unfallverhütungsvorschriften möglichst rasch in alle Kreise zu verbreiten. Hierzu konnte bei einer Berufsgenossenschaft, bei der 570 000 Betriebe versichert sind, nur ein stichprobenweises Kontrollieren des Zustandes der einzelnen Betriebe in Frage kommen. Um den Sinn der Bestimmungen dann weiter zu verbreiten, wurden zu diesen Revisionen die Gemeindevorsteher, die Vertrauensmänner und die Polizeibeamten hinzugezogen. Denn, wenn auch die Polizeiverordnungen nicht mehr galten, so holten sich die Landwirte doch noch immer Rat bei den Polizeibeamten darüber, ob die Maschine und ihre Einrichtungen in Ordnung seien. Daneben hielten die technischen Aufsichtsbeamten noch Vorträge in landwirtschaftlichen Versammlungen, in Kasinos, auf der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, in den Winterschulen und auch vor Handwerkern, z. B. bei Schmiedekursen. Weiter wurden von den

technischen Aufsichtsbeamten die Ausstellungen besucht, nachdem der Genossenschaftsvorstand es vorher erreicht hatte, daß in die Ausstellungsbedingungen die Klausel aufgenommen wurde, daß nur Maschinen zugelassen würden, die den Unfallverhütungsvorschriften wirklich entsprächen. Deswegen wurden auf den Ausstellungen diejenigen Maschinen, die nicht vorschriftsmäßig geschützt waren, als solche gekennzeichnet. Während des Krieges haben wir weiter erreicht, daß auch in den Volksschulen auf dem Lande Unterricht über Unfallverhütung, vorsichtiges Benehmen und derartiges erteilt wird.

Wir halten die Belehrung für die Hauptsache. Die Unfallverhütung zerfällt in zwei Gattungen: in Vorschriften über Einrichtungen, Geräte, Maschinen usw., die besonders vom Unternehmer zu beachten sind, und in Vorschriften über das Verhalten der Beschäftigten bei der Arbeit. Das geht auch aus dem vorgelesenen Absatz unseres Jahresberichts hervor: „Die Unternehmer und ihre Arbeiter müssen noch immer mehr lernen, sich dementsprechend einzurichten und zu benehmen“. Die Einrichtungen kann der technische Aufsichtsbeamte stets kontrollieren, das Benehmen der Arbeiter bei der Beschäftigung aber nur sehr selten, und deswegen kann er Verstöße in dieser Beziehung nur ganz gelegentlich rügen. Bei den nach Unfällen vorgenommenen Ortsbesichtigungen ist z. B. festgestellt worden, daß die Rübenmaschine tatsächlich geschützt ist, und daß das Stück Holz dabei liegt, mit dem die Rüben nachgestopft werden sollen. Der Unfall ist aber nur deswegen möglich gewesen, weil der Arbeiter das Holz nicht benutzt hat. Der Unternehmer versichert, daß er den Arbeiter dazu angehalten hat. Der Durchführung der Unfallverhütung hat es sehr geschadet, daß in die Reichsversicherungsordnung die Bestimmung aufgenommen worden ist, daß auch bei verbotswidrigem Handeln ein Betriebsunfall vorliegt, der entschädigt werden muß. Dadurch entsteht oft leichtfertiges Handeln, und darauf sind viele Unfälle zurückzuführen. (Erregte Zurufe links.) Deshalb ist es auch ganz unmöglich, alle Unfälle durch die Unfallverhütung hintanzuhalten. Wir sind schon sehr froh, daß soviel erreicht worden ist.

Mit Strafen kann man die Unfallverhütung nicht erzwingen. Die Hauptsache ist, belehren, damit die Leute alle einsehen, daß es in ihrem eigensten Interesse liegt, wenn sie die Unfallverhütungsvorschriften befolgen. Wir haben auch auf das Strafmaß keinen großen Einfluß. Wir können es zwar in der ersten Instanz festsetzen. Dagegen kann der Bestrafte Beschwerde beim Oberversicherungsamt und dann noch beim Reichsversicherungsamt einlegen; es ist auch schon vorgekommen, daß von diesen Behörden Strafen herabgesetzt oder aufgehoben wurden. Eine derartige geänderte Verfügung schadet natürlich dem Ansehen des Vorstandes der Berufsgenossenschaft sehr, und deswegen gehen wir in dieser Beziehung vorsichtig vor. Das Reichsversicherungsamt hat in der Beziehung auch große Milde empfohlen. Deshalb verwarnen wir hauptsächlich zunächst auch da, wo die technischen Aufsichtsbeamten Unregelmäßigkeiten gefunden haben, und erst wenn böser Wille konstatiert wird, wird bestraft. (Abgeordneter Haberland, Barmen: Der ist wohl niemals zu konstatieren? Abgeordneter Haas: Nur sehr selten!) Ich kann Ihnen einen Fall nennen. Ein Fabrikant bietet einem Unternehmer eine Maschine an und sagt: Sie kostet, so wie sie da steht, 5000 Mark. Wenn aber die vorschriftsmäßigen Unfallverhütungseinrichtungen dazu geliefert werden sollen, kostet sie 7000 Mark (Hört! Hört! links.) Und dann wird die Maschine ohne die Schutzvorrichtungen bezogen. (Hört! Hört! links.) Dann ist doch festgestellt, daß der Unternehmer gewußt hat, daß die Maschine nicht geschützt war. In einem solchen Falle würden wir selbstverständlich auch hoch bestrafen und auch Regreß nehmen, wenn ein Unfall dadurch eintritt. (Zuruf links: Aber der Arbeiter hat nichts davon!)

Es kommen aber weitere Schwierigkeiten vor. Augenblicklich herrscht hier in sehr vielen Kreisen die Maul- und Klauenseuche. Sie hindert natürlich den Verkehr in manchen Kreisen

vollständig; außerdem ist das Reisen sehr erschwert. Die technischen Aufsichtsbeamten haben mir weiter mitgeteilt, daß die Landwirte sehr darüber klagen, daß es noch immer an Material fehlt, ferner an Handwerkern, die die Schutzvorrichtungen herstellen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch bei der letzten Zusammenkunft im Oktober ds. Js. zu Bamberg wurde von den Vertretern aller Vorstände der deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften einstimmig anerkannt, daß man unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht so streng verfahren könne, wie man es unter normalen Verhältnissen tun würde.

Ich kann mich also kurz dahin zusammenfassen: Der Vorstand der Berufsgenossenschaft ist sich der Wichtigkeit der Unfallverhütung vollständig bewußt und wird auch in Zukunft sein möglichstes tun, die Unfallverhütung zu fördern. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Geheimrat Schmidt.

Geheimrat Schmidt: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Haas hat sich heute vormittag auch mit den Angelegenheiten der Fürsorgeerziehung befaßt, und so gestatten Sie mir als dem Dezernenten des Fürsorgewesens an Stelle des Herrn Landeshauptmanns einige Bemerkungen.

Der Herr Abgeordnete Haas hat zunächst darauf hingewiesen, daß aller Voraussicht nach die Zahl der Fürsorgezöglinge stark ansteigen werde. Diese Bemerkung trifft zu. Wir besorgen, daß, je tiefer wir in den Winter hineinkommen, umso mehr Fürsorgezöglinge überwiesen werden. Es ist uns eine ernste Sorge, wie wir diese Zöglinge in größeren Mengen werden unterbringen können. Leicht ist das nicht. Ich brauche nicht daran zu erinnern, daß man heutzutage nicht bauen und auch kaum Anwesen mieten kann; aber auch wenn wir diese äußeren Bedingungen erfüllen könnten, so hätten wir immer noch nicht die Hauptsache, nämlich geeignetes Personal. Das Erziehen ist nicht einfach. (Sehr richtig!) Dazu muß man ganz besonders geeignete und vorgebildete Persönlichkeiten haben. Sie aus dem Boden zu stampfen, ist ausgeschlossen. Im übrigen weiß ja der Herr Abgeordnete Haas aus den Sitzungen des Provinzialausschusses, mit welchen Schwierigkeiten wir gerade auch in der Benutzung unserer Anstalten zu kämpfen haben.

Nun hat der Herr Abgeordnete Haas noch weiteres und zwar über die Behandlung der Zöglinge in den Anstalten gesprochen. Er hat zunächst hervorgehoben, daß die Zöglinge Hunger litten. Nun, ich komme sehr viel durch die Anstalten. Zöglinge, die nun geradezu Hunger litten, habe ich noch keine gesehen. Daß die Ernährung der Zöglinge während des Krieges etwas gelitten hat, das hat Ihnen vorher der Herr Landesrat Dr. Horion schon auseinandergesetzt. Im übrigen darf ich doch zur Beruhigung des Hauses und der Öffentlichkeit mitteilen, daß sämtliche Anstalten beständig ärztlich überwacht werden. Also besitzen wir nach der Richtung hin ein sicherwirkendes Sicherheitsventil.

Der Herr Abgeordnete Haas hat dann getadelt, daß Zöglinge im Winter barfuß gingen. Er wird so gütig sein, mir den Namen der Anstalt später zu bezeichnen. (Abgeordneter Haas: In Guskirchen wurde bis zur letzten Woche barfuß gegangen!) Ich möchte das vorläufig nicht zu geben; ich werde aber, wenn es möglich ist, mich morgen gleich mit der Anstalt in Verbindung setzen. Daß die Zöglinge dort auf dem Felde wohl einmal barfuß gehen, mag sein. Im übrigen, wenn es vorgekommen sein sollte, so würde eine einfache Mitteilung an den Herrn Landeshauptmann genügt haben, um dem Mißstande — wir erkennen ohne weiteres das Barfußgehen bei der Kälte als Mißstand an — abzuhelpen.

Der Herr Abgeordnete Haas hat dann von der Züchtigung gesprochen. Ich nehme an, daß er von einer unrichtigen Anwendung des Züchtigungsrechts gesprochen hat. Ich darf dem Hause mitteilen, daß in den Anstalten nach einer von dem zuständigen Minister festgesetzten Straf-

ordnung bestraft wird. Diese Strafordnung sieht auch unter gewissen Umständen körperliche Züchtigung vor. Ich darf aber betonen, daß die körperliche Züchtigung in den letzten Jahren ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Wir haben Anstalten, in denen sie kaum noch vorkommt. Ich darf jedenfalls versichern, daß auf peinliche Innehaltung der Bestimmungen dieser Strafordnung von Seiten des Herrn Landeshauptmanns geachtet wird.

Wir haben hier den Verhandlungen gerade in diesem Landtage in bezug auf die Fürsorgeerziehung mit ganz besonderem Interesse entgegengesehen. Wir haben mit Spannung erwartet, ob und was Ernstliches — nicht einzelne Vorkommnisse — an dem System der Fürsorgeerziehung und ihrer Ausführung auszufehen sein möchte. Dabei muß ich darauf hinweisen, daß nicht alles dasjenige, was in der Beziehung in der Presse steht und hin und wieder erzählt wird, auch auf Wahrheit beruht. Ich darf behaupten, daß die Quellen, die vielfach aus den Kreisen der Bevölkerung, aus denen die Fürsorgezöglinge stammen, emporsteigen, nicht immer reines Wasser hervorsprudeln.

Es ist vorhin von unseren Anstalten gesprochen und gesagt worden, daß gerade die Rheinprovinz in bezug auf die Art ihrer Anstalten von anderen Provinzen verschieden sei. Ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete, der diesen Ausdruck getan hat, die rheinischen Anstalten kennt. Ich möchte behaupten, daß die Anstalten in der Rheinprovinz alle, wie sie da sind, sowohl diejenigen, die die Provinz selbst errichtet hat, als auch diejenigen, die von privater Seite errichtet worden sind und betrieben werden, den Vergleich mit sämtlichen Anstalten von ganz Preußen aushalten können. Kommen Sie, meine Damen und Herren, in die Anstalten. Ich versichere Sie — ich spreche im Namen der Anstalten —, Sie werden herzlichst willkommen geheißen werden. Kommen Sie und leuchten Sie bis in die entferntesten Winkel hinein. Sie werden nichts Ernstliches finden, was zu beanstanden wäre. Sie werden aber — das muß ich ausdrücklich hervorheben — bei dem Erzieherpersonal sämtlicher Anstalten, der großen und der kleinen, der katholischen und der evangelischen, ein Maß von Liebe und Sorgfalt in der Behandlung der Zöglinge finden, welches nicht zu überbieten ist. (Bravo!) Ich muß diese Bemerkung machen, um das Bild, das heute morgen von unseren Anstalten gemacht worden ist und das in die Öffentlichkeit hinausgeht und doch vielleicht etwas schief sein möchte, wieder zurecht zu rücken.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Es sind noch eine Reihe von Wortmeldungen hier eingegangen. Ich möchte zunächst einige geschäftliche Bemerkungen machen, da es scheint, als wenn das Haus sich langsam etwas zu leeren beginnt.

Zunächst soll das Verzeichnis der Abgeordneten neu gedruckt werden. Derjenige, der wünscht, daß eine Berichtigung vorgenommen wird, wird gebeten, unverzüglich im Landtagsbüro die betreffende Berichtigung abzugeben. Es ist dabei der Wunsch ausgedrückt worden, daß in dem Verzeichnis die letzte Spalte nicht mehr „politische Parteistellung“, sondern „Fraktion“ heißen soll, weil das für eine Reihe von Mitgliedern einfacher ist. Wenn das Ihren Beifall findet, würde also die letzte Spalte nunmehr „Fraktion“ heißen. (Abgeordneter Haas: Die erste Auflage ist ja schon gedruckt!) Ich würde dann bitten, die Korrekturen schleunigst im Landtagsbüro einzureichen.

Dann, meine Damen und Herren, ist von verschiedenen Mitgliedern des Hauses der Antrag gestellt worden, zu veranlassen, daß des Nachmittags die Erfrischungsräume geöffnet werden, und daß auch das Foyer geöffnet wird. (Landeshauptmann Dr. von Renvers: Das war bis gestern Kaserne, darum ist es nicht geöffnet worden.) Ich darf darauf hinweisen, daß die Restauration, die heute mittag geöffnet worden ist, gut und auch nicht zu teuer ist, so daß es sich empfiehlt, sie etwas in Mäßigkeit zu setzen. (Zuruf: Ist geschlossen!) Sie ist zwar jetzt geschlossen, war aber heute mittag auf.





Kenntnis von der Objektivität des Herrn Kollegen Haas, der damit offenbar hat zum Ausdruck bringen wollen, daß Produzenten und Konsumenten in diesem Hause ungewöhnlich glücklich verteilt sind. Ich habe Sie doch richtig dahin verstanden? (Abgeordneter Haas: Das Auslegen überlassen Sie mir wohl selbst, Herr Kollege Heß!) Das überlasse ich Ihnen gerne. Aber es wäre mir doch interessant, es zu erfahren. Denn wenn Sie keinen Wert darauf legen, daß wir wissen, was Sie damit gemeint haben, so hat es eigentlich keinen Zweck, daß Sie es ausgesprochen haben. (Heiterkeit.)

Etwas anderes ist es mit der Bewahrung, die der Herr Sprecher der Mehrheitssozialisten dagegen eingelegt hat, daß der Einberufer dieser Versammlung in seiner Einladung gleichzeitig einen feierlichen Eröffnungsgottesdienst für die beiden christlichen Konfessionen angekündigt hat. Wenn Herr Kollege Haas dagegen Bewahrung einlegt, so respektiere ich das als einen Ausfluß der politischen Ansichten und der Weltanschauung, auf deren Boden seine Partei steht. Es wird aber dem Herrn Kollegen Haas natürlich nicht unbewußt geblieben sein, daß der wesentlich größere Teil der Bevölkerung in unserer Heimatprovinz und, wie Sie sehen, auch der wesentlich größere Teil in diesem Hause, da auf einem etwas anderen Standpunkt steht. Es gibt doch noch sehr viele Leute, die nun einmal den Segen unseres Herrgotts für die Arbeiten auch eines Volksparlamentes nicht für ganz überflüssig halten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich darf weiter darauf Bezug nehmen, daß mir bekannt geworden ist, daß die Beibehaltung dieser schönen Gepflogenheit nicht etwa einseitig von der Konfession gewünscht wird, die zum größeren Teil den Unterboden der Partei bildet, der ich angehöre, sondern daß beide christlichen Konfessionen in den weitesten Kreisen, auch in diesem Saale, Wert darauf legen, daß an dieser Gepflogenheit für die Zukunft festgehalten wird. (Beifall.)

Herr Kollege Haas hat es dann für nötig befunden, den hier anwesenden Vertretern der Landwirtschaft zu empfehlen, sie möchten ihren Berufsgenossen draußen im Lande einmal recht scharf ins Gewissen reden, damit die Bucherpreise mit ländlichen Erzeugnissen aufhörten. (Abgeordneter Haas: Sehr richtig!) Wenn ich nicht von meinen eigenen Parteifreunden gebeten worden wäre, gegen diese Verallgemeinerung entschiedenen Protest zu erheben, würde ich es aus mir selbst tun, denn das ist eine Verallgemeinerung, die absolut nicht geduldet werden kann. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es dürfte auch dem Herrn Kollegen Haas bekannt sein — wenn ich auf das Nächstliegende, auf die Kartoffelfrage, mit einem Wort zu sprechen kommen darf —, daß, wenn gerade von Seiten der Landwirtschaft, und zwar aus zahllosen landwirtschaftlichen Kreisen heraus, billige Kartoffeln zur Verfügung gestellt worden sind, sich nicht gerade die bäuerlichen Kreise bezüglich des Wohltuens unangenehm abheben von irgendeinem anderen Stande des deutschen Volkes. (Lachen links.) Ich erinnere auch an die segensreiche Einrichtung der Aufnahme von Ferienkindern. Ja, Herr Kollege Haas, ich weiß nicht, ob Ihnen das als Großstädter so genau bekannt ist — es könnte eigentlich wohl so sein — wie uns, die wir der ländlichen Bevölkerung etwas näher stehen. Im übrigen aber bin ich nicht in der Lage, auf dieses Problem in diesem Augenblick tiefer eingehen zu können, weil Herr Kollege Haas es seinerseits vermieden hat, die Frage der Preispolitik in ihrer ganzen Tiefe aufzurollen. Daß sie nicht so einfach ist, daß man sie lediglich mit diesem einen Satz abtun kann, wie Herr Kollege Haas es für gut befunden hat, wird er, glaube ich, mir schon selbst zugeben. Daß dieses Problem ganz wesentlich tiefer liegt, daß es sich hier letzten Endes um die schwierige Frage des Mißverhältnisses von Angebot und Nachfrage handelt, das sind alles Dinge, die ich hier nur kurz streifen kann, weil ich keine direkte Veranlassung habe, tiefer auf sie einzugehen.

Wenn uns Herr Kollege Haas dann von Mißständen gesprochen hat, die in verschiedenen Provinzial-Fürsorgeanstalten usw. bestehen sollen, so ist er von einem der Herren Vertreter der Provinzialverwaltung bereits gebeten worden, das entsprechende Material vorlegen zu wollen. Wir bringen dieser Frage auch unsererseits das denkbar größte Interesse entgegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Erziehungswesen zu einem sehr erheblichen Teil selbstverständlich von einer richtigen Wohnung und einer richtigen Verpflegung abhängt. Ich darf aber bei dieser Gelegenheit namens meiner Fraktion doch auch zum Ausdruck bringen, daß die Güte der Erziehung nach unserem Ermessen gewiß wesentlich abhängt von der Güte der Unterkunft und der Ernährung, aber nicht einzig und allein davon, sondern auch von anderen Dingen. Gerade das eigentliche Erziehungsmoment hängt von höheren Dingen ab, und gerade bei den Erziehungsbedürftigen, die uns hier beschäftigen, sollte das religiöse Fundament bei der Erziehung ganz besonders berücksichtigt werden. (Zustimmung im Zentrum.) Das ist die Anschauung unserer Fraktion, und diese Anschauung wird bei der Art und Weise, wie wir bei diesem Problem mitzuarbeiten gewillt sind, eine ganz wesentliche Rolle spielen.

Ich darf dann auch noch mit einigen Worten auf die zum Teil sehr „kühnen“ Gedankengänge des Herrn Vertreters der Unabhängigen Sozialdemokratie eingehen. (Heiterkeit.) Es wäre mir sehr angenehm gewesen, vom Herrn Abgeordneten Böllig zu erfahren, ob er Berliner oder Moskauer Unabhängiger ist, ob er also der mehr oder minder blutrünstigen Richtung der Partei angehört. (Heiterkeit. Abgeordneter Böllig: Die Blutrünstigen hat man im Kriege kennen gelernt!) Das ist kein Grund dafür, daß man über den Krieg hinaus blutrünstig bleibt. (Große Heiterkeit.)

Für besonders kühn habe ich die Konstruktion des Herrn Vertreters der unabhängigen Sozialdemokratie gefunden, daß nun die ihm nicht gefallende Zusammensetzung des Rheinischen Provinziallandtags, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, auch eine der Ursachen des Krieges gewesen sein sollte. (Abgeordneter Böllig: Nicht allein!) Das hat entschieden den Reiz der Neuheit (Heiterkeit), denn das hat bisher noch kein Mensch behauptet. Wohl haben wir schon häufiger behaupten hören, daß die Diktatur des Proletariats eigentlich erst die richtige Demokratie wäre. Bewiesen hat uns das freilich bisher noch keiner. Ich möchte aber dahinter doch ein großes Fragezeichen setzen, vor allem, nachdem ich die Verhandlungen Ihrer Partei (zur U. S. P.) in Halle sehr aufmerkamen Auges verfolgt habe. In Halle ist außerordentlich stark mit der Handgranate gewinkt worden. Bis heute ist man sich allerdings noch nicht ganz klar darüber geworden, was die Handgranate mit der Demokratie zu tun haben soll. (Abgeordneter Franzen: Das ist ja Unsinn!) Aber sehr heftig! (Abgeordneter Franzen: Ich bin dort gewesen; ich weiß, was dort gesprochen worden ist!) Und Sie haben es nicht gehört? Dann werden Sie wahrscheinlich in der Kaffeepause gewesen sein. (Große Heiterkeit. Abgeordneter Böllig: Das ist kein Provinziallandtag! Abgeordneter Drlopp: Das ist Fasching!) Die Herren dürfen uns auch schon glauben, daß wir die Verhältnisse in Sowjet-Rußland aufmerksam verfolgen. (Abgeordneter Böllig: Wodurch?) Dafür haben wir die denkbar besten Kronzeugen aus Ihrer eigenen Partei. Wir haben mit gespitzten Ohren zugehört, wie Herr Dittman aus Moskau zurückkam und uns erzählte, wie es da eigentlich zugegangen ist. Bei dieser Gelegenheit hat uns besonders die Mitteilung interessiert, daß einer der wildesten Kämpfer in diesem Streit, der Herr Stöcker, in Moskau dageessen hätte wie ein Häufchen Elend. Hier in Deutschland haben die Herren mehr Mut aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will. (Abgeordneter Drlopp: Was hat das bloß mit dem Haushaltsplan zu tun?) Das wollte ich Sie auch schon fragen. (Große Heiterkeit. Händeklatschen im Zentrum.)

Ein sehr ernstes Problem ist ohne Zweifel das Problem des achtstündigen Arbeitstages. So einfach zu lösen, wie es Herr Abgeordneter Böllig versucht hat, ist es ganz zweifellos nicht. Des tieferen darauf einzugehen, muß ich mir leider versagen. Aber ich sollte meinen, es wäre schon besser gewesen, wenn man dieses so überaus schwierige Problem auf internationalem Boden zu regeln in der Lage gewesen wäre, wenn nicht Deutschland allein mit diesem Experiment hätte vorgehen müssen. Ich glaube, wir wären dadurch auch in der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande etwas besser gestellt, als wir es heute tatsächlich sind. Im übrigen habe ich nicht verstanden, weshalb hier der achtstündige Arbeitstag, der ja übrigens auch mit dem Haushaltsplan nichts zu tun hat (Heiterkeit), so heftig und energisch von dem Sprecher der Unabhängigen verteidigt worden ist. (Abgeordneter Orlopp: Weil er hier vom Landeshauptmann angegriffen wurde. Weiterer Zuruf links: Das gehört auch zum Haushaltsplan!) Sehr richtig, dann gehört es zum Haushaltsplan. (Abgeordneter Orlopp: Vorhin sagten Sie, das gehöre nicht zum Haushaltsplan!) Habe ich das gesagt? (Abgeordneter Orlopp: Jawohl! Wir haben noch keinen Fasching, vorläufig sind wir noch im Provinziallandtag!) Also gut, dann einigen wir uns darüber, daß das zum Haushaltsplan gehört.

Vorsitzender Dr. Adenauer: Wir wollen die Zwiegespräche unterlassen.

Abgeordneter Dr. Heß: Ich bin ganz der Meinung des Herrn Präsidenten; von mir sind sie ja nicht angefangen worden.

Der Standpunkt meiner Fraktion zum Achtstundentag ist klar. Wir halten ihn im Prinzip durchaus für richtig, namentlich in der Hinsicht, daß durch den achtstündigen Arbeitstag die arbeitende Bevölkerung wesentlich mehr als früher in die Lage gebracht werden soll, sich dem Leben in der Familie zu widmen. Wenn dieser Zweck des achtstündigen Arbeitstages erreicht wird, so ist der Achtstundentag ganz zweifellos etwas Großes in der Geschichte der Arbeiterschaft. Aber daß das Problem schwierig ist und in welche sonderbare Schwierigkeiten man dadurch kommen kann, haben die Ausführungen, die Herr Landesrat Dr. Horion soeben gemacht hat, doch wohl jedem Einsichtigen ohne weiteres beweisen können. (Sehr gut! im Zentrum.) Man kann den achtstündigen Arbeitstag und das, was damit zusammenhängt — die Ausführungen des Herrn Landesrats Dr. Horion haben mich in der Ansicht noch bestärkt —, nicht über einen Leisten schlagen. Der achtstündige Arbeitstag muß auf die verschiedenen Berufe zugeschnitten werden, in denen er mehr oder weniger anwendbar ist.

Schließlich noch ein Wort zu den Ausführungen, die von der äußersten Linken gemacht worden sind. Daß der Herr Vertreter der U. S. P. es über sich bringen konnte, unseren Gegnern auch von dieser Stelle, aus diesem Raume heraus politische Handlangerdienste zu leisten, wird ja keinen wundernehmen, der derartige Gepflogenheiten der Herrschaften kennt. (Abgeordneter Böllig: Dorten!) Man kann derartiges nur mit ebenso tiefem Bedauern wie mit Entrüstung vermerken (Sehr wahr! rechts), und ich kann nur sagen, daß diese niederträchtige Art der politischen Sabotage in diesem Hause leider Gottes nicht mit einem entsprechenden parlamentarischen Ausdruck belegt werden kann, sonst würde ich es tun. (Abgeordneter Böllig: Dorten!)

Nun gestatten Sie mir einige Worte über Fragen wirtschaftlicher Art, die hier angeschnitten worden sind. Man hat heute morgen davon gesprochen, daß uns von den Postautoverbindungen die Wege kaputt gefahren werden, und der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft hat dabei recht scharfe Worte nach der Seite des Reichspostministeriums gerichtet, insofern, als er mit einer bestimmten Betonung sagte, es wäre ein „gemeiner“ Gebrauch der Straßen, daß man sie uns entzwei fährt und uns nichts dafür ersetzt. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß diese scharfe Kritik nicht zu

den Ohren der Postverwaltung in Berlin kommt, weil sie sonst zurückhaltend wirken könnte in der weiteren Einführung von Postautoverbindungen, auf die wir in der Eifel, im Westerwald und im Hunsrück schlechterdings nicht mehr verzichten können. (Zustimmung.) Diese Autoverbindungen werden für den ganzen Güter- und Personenverkehr nach den abgelegenen Orten in jenen Gegenden, wo wir Bahnverbindungen nicht genügend haben, nicht entbehrt werden können. Darin gebe ich Herrn Abgeordneten Jarres allerdings recht: Wenn das Reich jetzt grundsätzlich eine Beteiligung an den Straßenbaukosten ablehnt, so bekommt dieses Geschenk der Postautoverbindungen für uns alle einen etwas unangenehmen Beigeschmack, und es sollte versucht werden, ob nicht auf die Postverwaltung und die Finanzverwaltung dahin Einfluß erlangt werden könnte, daß sie sich demnächst an der Reparierung unserer zerfahrenen Landstraßen beteiligen wird. Nun habe ich aber zu meinem Bedauern inzwischen gehört, daß die gesamte Einrichtung oder wenigstens ein großer Teil der Einrichtung der Postautoverbindungen dadurch ins Stocken zu geraten droht, daß der Reichsfinanzminister seine Beteiligung ablehnt. Es liegt auf der Hand, daß der Postminister allein mit derartigen sozialen Maßnahmen nicht vorgehen kann, wenn er den Finanzminister nicht im Rücken hat. Hier muß seitens der Rheinprovinz eingegriffen werden, denn wir sind wesentlich an diesem Institut interessiert. Einer der geehrten Herren — ich weiß nicht, wer es war — hat sich an die hier anwesenden Vertreter eines Berliner Parlaments gewandt. Ich möchte mir unmaßgeblicherweise die Anregung erlauben, ob nicht einer der Herren Berliner Kollegen es in die Hand nehmen will, die hier anwesenden Berliner Abgeordneten zusammenzuberufen, um mit ihnen diese und vielleicht auch andere Fragen von Bedeutung für unsere Heimatprovinz zu überlegen, um gegebenenfalls gemeinsame Aktionen in Berlin vorzunehmen. (Abgeordneter Dr. Röttgen: Sehr gut!)

Meinerseits darf ich noch auf folgendes aufmerksam machen. Wir sind Vertreter der Rheinprovinz und damit auch Vertreter aller Stände, die hier in der Rheinprovinz ansässig sind, folglich auch des Beamtenstandes, nicht nur derjenigen Beamten, die von uns ressortieren, sondern auch der Staatsbeamten. Nun ist Ihnen mehr oder weniger bekannt, daß die Einrichtung der sog. Besatzungszulage den Staatsbeamten nur in einem ganz beschränkten Umfange bisher gewährt worden ist, während die Reichsbeamten sie vom 1. Januar dieses Jahres ab haben. Ich möchte jetzt bereits bekannt geben, daß wir von unserer Fraktion aus beabsichtigen, eine Aktion ins Werk zu setzen, wodurch das Reich darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß der Zustand unhaltbar ist, wenn man Reichs- und Landesbeamte, die möglicherweise auf demselben Flur zusammenwohnen, in bezug auf ihre Gehaltsfragen verschieden behandeln will. Daß in bezug auf die Besatzungszulage die Beamten der Provinzialverwaltung ebenso behandelt werden müssen wie die Reichsbeamten, versteht sich am Rande. Wir behalten uns in der Beziehung eine entsprechende Anregung vor.

Schließlich möchte ich mir gestatten, Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen bestimmten rheinländischen Beruf zu lenken, den Winzerstand. Meine sehr geehrten Herren! Der deutsche Winzer und insbesondere der rheinische Winzer steht vor einer großen Gefahr, auf die ich auch an dieser Stelle nachdrücklichst aufmerksam gemacht haben möchte. Es droht uns mehr und mehr die Einfuhr und damit die Ueberslutung von ausländischen Weinen. Das bedeutet nicht nur eine außerordentlich schwere Krisis für den deutschen Rotweinbau, in diesem Falle also dem Ahrrotwein, sondern auch für den gesamten deutschen Winzerstand und damit natürlich auch in hervorragendem Maße für den preussischen Winzerstand. Man darf nämlich nicht übersehen, daß Preußen in der Winzerei für den preussischen Winzerstand heute an zweiter Stelle im deutschen Vaterlande steht, nachdem Elsaß-Lothringen ausgeschieden ist. Bayern hat das größte Weinbaugebiet, dahinter kommt Preußen mit rd. 68 000 Morgen Weinbau.

Da halte ich es doch für notwendig, daß gerade die Rheinprovinz diese Frage alsbald ins Auge faßt und von hier aus sich mit der Reichsregierung — denn diese kommt hier in Betracht — möglichst bald in Verbindung setzt, um mit ihr zu überlegen, wie die drohenden Konsequenzen aus der Einfuhr, die letzten Endes zum Teil auf bestimmte Festsetzungen des Friedensvertrages von Versailles zurückzuführen sind, nach Möglichkeit abgewendet werden können.

Damit bin ich am Schlusse der kurzen Ausführungen, die ich zu machen beauftragt worden bin.

Geehrte Herren! Gestatten Sie mir kurz noch folgende Bemerkungen. Der 59. Rheinische Provinziallandtag tritt unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen zusammen. Unser Vaterland ist krank, Deutschland liegt todesmatt am Boden, und das Rheinland spürt diese Krankheit aus bekannten Gründen am unmittelbarsten. In dieser Lage hat die Rheinprovinz dem Vaterland gegenüber eine ganz besondere Mission. Ich habe das Gefühl, daß wir hier am Rhein berufen sind, den Erkehard des deutschen Gedankens abzugeben. Und ich denke, ich spreche Ihnen allen aus dem Herzen, wenn ich sage: Dazu ist auch das rheinische Volk in seiner Gesamtheit durchaus gewillt. (Beifall.) Auf der anderen Seite kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das Vaterland auch auf uns in unserer bedrängten Lage eine weitgehende Rücksicht wird nehmen müssen. Trotzdem der Reichskanzler Fehrenbach, einer der beiden Minister, die zuletzt hier im Rheinland zu Besuch geweest haben, meiner Partei angehört, werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich von dieser Stelle aus den wohlthuenden Eindruck vermerke, den gerade der letzte Besuch des Herrn Reichskanzlers und des Ministers des Auswärtigen, Herrn Dr. Simons, hier am Rhein gemacht hat. (Beifall.) Wenn überhaupt die nationale Einheitsfront in Deutschland nach außen hin nötig ist, so gilt dies doppelt für uns hier am Rhein. Das ist kein Chauvinismus, dem man hiermit Ausdruck gibt. Chauvinismus liegt uns Deutschen überhaupt nicht, sondern es ist nichts weiter als die Pflege des nationalen deutschen Gedankens. Ich bin deshalb der Meinung, daß eigentlich auch dieses Haus nicht sowohl die Aufgabe hat, parteipolitische Gedanken in dem Berliner Ausmaß zu pflegen, sondern daß uns ganz andere Aufgaben hier gestellt sind. Einigen sollte uns unter allen Umständen stets die Erinnerung an die großen Schwierigkeiten, unter denen wir hier am Rhein zu leben gezwungen sind. Wenn wir in Friedenszeiten schon stolz darauf waren, daß man uns die Wacht am Rhein nannte, so ist es heute noch weit mehr der Fall. Darum schließe ich mit dem Satz: Heute und immerdar treudeutsch bis auf die Knochen! (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Unsere Fraktion hat nicht die Absicht, heute in einer sogenannten zweiten Garnitur von Rednern die Debatte noch fortzusetzen. Wir versprechen uns von einer Ausdehnung der Erörterung nichts besonders Förderliches. Wenn ich das Wort nur kurz erbeten habe, so ist es geschehen, um auf die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners zu erwidern. In den Liebenswürdigkeiten, die er, meistens in amüsamem Zwiegespräch, nach allen Seiten des Hauses freigebig ausgestreut hat, hat er sich auch mit den Erklärungen beschäftigt, die ich heute morgen namens der Arbeitsgemeinschaft abgegeben habe, und er hat sein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, daß wir so ungefragt Erklärungen abgegeben haben. Meine Damen und Herren! Daß wir uns geäußert haben, hatte seinen Grund, wie ich glaube heute morgen deutlich ausgesprochen zu haben, in der öffentlichen Erörterung über das Zustandekommen unserer Arbeitsgemeinschaft. Aber, meine Damen und Herren, auch Ihnen gegenüber hatten wir alle Veranlassung, unser Entstehen nicht zu rechtfertigen, aber zu erklären, weil auch in dem Ältestenausschuß zunächst der allerdings schüchterne Versuch gemacht worden ist, unserer Arbeitsgemeinschaft das Recht der Fraktion zu bestreiten. Aus diesem Grunde hatten wir wohl alle

Veranlassung, uns hier des näheren über unsere Arbeitsgemeinschaft und ihren Zweck auszudrücken. Wenn der Herr Abgeordnete Heß sein Erstaunen darüber ausgedrückt hat, daß wir uns so zusammengeschlossen haben, so bin ich nicht sicher, ob dieses Erstaunen in seiner Fraktion geteilt wird. Vielleicht hat er die Güte, sich durch Umfrage zu überzeugen, ob nicht in vielen Punkten auch die Herren seiner Fraktion mit uns in den Grundsätzen übereinstimmen, die uns zum Zusammenschlusse geführt haben. Wir wollen uns nicht vergleichen, weder in unserer Arbeit, noch in unserer Gesinnung. An unseren Früchten mag man uns erkennen. Aber das darf ich versichern: auf dem Boden, auf den Herr Abgeordneter Heß zuletzt in vaterländischen Worten trat, werden wir uns sicher zusammenfinden. (Bravo!)

Dann, meine Damen und Herren, ein kurzes Wort der Berichtigung. Herr Abgeordneter Heß hat mich heute morgen durchaus mißverstanden, wenn er davon gesprochen hat, ich habe erklärt, der Gebrauch der Straßen durch die Postverwaltung sei ein „gemeiner“ Gebrauch. Nein, meine Damen und Herren, so ist der Ausdruck nicht gefallen, sondern meine scharfen Angriffe haben sich lediglich gegen die Kohlenfuhrwerke gerichtet. Ich begrüße — ich glaube auch mit der Arbeitsgemeinschaft — die Verbesserung der postalischen Verhältnisse, welche durch die Autoeinrichtung des Postverkehrs von dem Herrn Postminister herbeigeführt worden ist. Ich habe heute morgen nur, mit dem Herrn Landeshauptmann im Einverständnis, der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Postverwaltung die finanziellen Konsequenzen zieht und für diejenigen Schäden aufkommt, die durch diesen an sich willkommenen Verkehr herbeigeführt werden.

Wir begrüßen die Zustimmung des Herrn Abgeordneten Heß zu meiner Anregung, es möchten in diesen wichtigen Finanzfragen die parlamentarischen Vertreter des Hauses zusammenkommen und gemeinschaftlich unsere berechtigten und billigen Wünsche in Berlin vertreten. Ich unterstreiche die Aufforderung noch einmal und würde es sehr begrüßen, wenn einer der Herren Abgeordneten des Reichstages oder des Landtages es im Sinne der Anregung des Herrn Vorredners in die Hand nehmen wollte, um in einer gemeinschaftlichen Aktion das in Berlin wirksamer zu vertreten, was hier an gemeinschaftlichen Wünschen des Hauses geäußert worden ist. (Beifall.)

Abgeordneter Gerlach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Farwick hat eingangs seiner Rede über die hohen Kosten Klage geführt, die der Provinz bei ihren eigenen Anstalten erwachsen, und er hat geglaubt, auf besondere Sparsamkeitsmomente aufmerksam machen zu müssen. Er hat dabei unter anderem angeführt, daß man wohl bei den Personalkosten sparen könne. Unsere Fraktion steht selbstverständlich grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß überall, wo nur die Möglichkeit besteht, auch gespart werden muß, und wir sind da, wo wirklich überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sind, gern bereit, an einem Abbau mitzuarbeiten. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß es noch andere und wohl wesentlich wichtigere Momente zum Abbau der hohen Kosten unserer Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten und Erziehungsanstalten gibt. Da ist das wichtigste Moment für mich die vorbeugende soziale Fürsorge. Man soll die ärmere Bevölkerung nicht erst vollständig verelenden lassen, man soll sie frühzeitig davor bewahren, man soll eine großzügige vorbeugende soziale Fürsorge einrichten. Ich glaube, der diesjährige Provinziallandtag ist vielleicht die geeignetste Stelle, gerade darauf noch einmal hinzuweisen, denn dieser Provinziallandtag ist vielleicht der letzte, der die Leiter der großen Verwaltungen, die Oberbürgermeister, in solcher Fülle hier vertreten sieht. Da möchte ich doch gerade an die Vertreter der Kommunalverwaltungen die dringende Bitte richten, bei den sozialen Fürsorgemaßnahmen nicht kleinlich zu sein, sondern dafür zu sorgen, daß auch in ihren Gemeinden diese in möglichst weit-herziger Weise erfolgen. Wir können dadurch bei der Provinz außerordentlich an Mitteln sparen

und tragen wesentlich dazu bei, daß unser Volk auch wieder sittlich gehoben wird. Meine Damen und Herren! Wenn wir diese vorbeugende Fürsorge, der leider meiner Auffassung nach bisher noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, treffen, brauchen wir auch nicht, wie einer der Herren Landesräte, über die Unterbringung der großen Zahl von Fürsorgezöglingen und anderen Anstaltsinassen zu klagen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich allerdings darauf hinweisen, daß es meiner Auffassung nach eine verkehrte Praxis ist, wenn man sich hier darüber beklagt, daß man nicht genügend Raum für die Unterbringung der Fürsorgezöglinge habe, während auf der anderen Seite die Provinzialverwaltung die Absicht hatte, die Waldbröler Anstalt zu verkaufen. Soweit ich informiert bin, war der Verkaufsvertrag schon vollständig fertig abgeschlossen. Wenn nicht andere Momente dazwischen getreten wären, die allerdings nichts mit der Fürsorge zu tun haben, wäre wahrscheinlich diese Anstalt verkauft worden und wir wären um eine Anstalt ärmer. Die Herren Landesräte hätten dann wahrscheinlich noch ein größeres Klagegedicht über den Mangel an Raum in den Anstalten angestimmt.

In diesem Zusammenhang darf ich eine mir naheliegende Frage erörtern. Sie gehört auch in das Gebiet der vorbeugenden Fürsorge. Durch die neuen Reichsgesetze gehört ja auch die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge jetzt mit zu unserem Verwaltungsbereich. Da möchte ich auch sagen: Hier ist ebenfalls eine Stelle, wo wir in weitestem Maße vorbeugende Fürsorge treffen können. Wenn wir in der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene nicht engherzig und kleinlich sind, wird es uns im Verein mit den Bestrebungen der Kriegsbeschädigten, die nach derselben Richtung gehen, gelingen, den Straßenbettel und alles, was zur sittlichen Verwahrlosung führen kann, zu bekämpfen. Hier muß ich aber aus meiner Tätigkeit als Mitglied der Provinzialfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sagen, daß man dort manchmal nicht gerade sehr großzügig ist, und daß ich manchmal gewünscht hätte, gerade in diesem Verwaltungszweige würde etwas weniger engherzig mit den Mitteln gewirtschaftet, die zur Verfügung stehen. Ich denke dabei in erster Linie an die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen selbst. Ich denke aber auch daran, daß beispielsweise die Angestellten, die zum Teil auf Privatdienstvertrag ausgestellt sind, in einer Weise bezahlt werden, die einer anständigen Bezahlung nicht mehr entspricht. Nun steht unsere Fraktion grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß wir auch bei der Regelung der Angestellten-, Beamten- und sonstigen Gehälter bei der Provinz von den allgemeinen, von Reich und Staat vorgeschriebenen Regeln nicht abweichen können. Auf der anderen Seite müssen wir allerdings verlangen, daß alle unsere Angestellten eine menschenwürdige Entlohnung haben, daß wir nicht dadurch ihre Arbeitsfreudigkeit erschweren, indem wir ihnen Gehälter zahlen, die einfach zum Leben nicht ausreichen, sie zu Nebenbeschäftigungen zwingen und sie dadurch von der wirklichen Arbeit, die sie bei der Provinz leisten sollen, abziehen.

Meine Damen und Herren! Ein Wort möchte ich in diesem Zusammenhange über die angeblich hohen Löhne sagen, von denen in fast allen Vorlagen, die wir zu Gesicht bekommen haben, die Rede ist. Man begründet immer wieder alle Ausgaben mit den gestiegenen Löhnen. Mein Kollege Haas hat ja schon darauf hingewiesen, daß es ein Unding ist, die hohen Löhne immer wieder anzuführen, die bei weitem nicht einen Ausgleich für die wesentlich gestiegene Lebenshaltung eines jeden Einzelnen in Deutschland bieten. (Zustimmung links.) Ich möchte aber noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Wenn man schon einmal den Ursachen der Verteuerung nachgeht, wenn man schon in den Haushaltsplänen mitteilt, welche Ursachen dafür maßgebend waren, daß die Endziffern der einzelnen Haushaltspläne sich so wesentlich erhöht haben, so möchte ich doch bitten, daß man auch darauf hinweist, daß ein wesentlicher Faktor zur Verteuerung aller Bedarfs-

artikel die außerordentlich gestiegenen Materialpreise sind und daß in diesen außerordentlich gestiegenen Materialpreisen ganz ungeheure Unternehmergewinne sich befinden. (Zustimmung.) Meine Damen und Herren, es ist geradezu beschämend, in einer Zeit, in der ein großer Teil des Volkes in bitterster Not lebt — die Angestellten, Arbeiter und Beamten bis weit in die Kreise der früheren Rentner hinein —, sehen zu müssen, daß die großen Aktiengesellschaften Dividenden über Dividenden ausschütten, daß dort von einer Not, von einem Elend nicht im geringsten die Rede ist. Ich möchte doch dringend wünschen, daß, wenn wir in Zukunft wieder Berichte vorgelegt bekommen, man der Objektivität halber auch diesen Faktor mit in Erwähnung zieht. (Sehr richtig!) Dabei möchte ich noch sagen, daß diese hohen Gewinne selbstverständlich auch dem Auslande nicht verborgen bleiben und wir gerade hier im Rheinlande sehr darauf sehen müssen, daß wir nicht wegen der Sünden anderer noch besonders gedrückt werden. Ich habe kürzlich in einer belgischen Zeitung eine Notiz gefunden, die mir außerordentlich zu denken gab. Dort wurden unter der nackten Ueberschrift: Wo bleiben in Deutschland die Summen, die wir eigentlich für die Wiedergutmachung bekommen sollen?, die Dividendenausüttungen usw. der einzelnen größeren Firmen aufgezählt. Es wurde überhaupt keine Bemerkung daran geknüpft; aber es ist ja klar, was damit erreicht werden soll. Es soll gesagt werden: Dort sind in Deutschland einige wenige Leute, die hohe Gewinne in die Tasche stecken, und wir bekommen für die Wiedergutmachung nichts. Die Folge davon ist natürlich auch für uns im Rheinland, daß die Besatzung drückender wird, daß man uns in unserer Gesamtheit höhere Lasten auferlegt, wogegen wir lebhaft protestieren müssen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang gestatte ich mir noch eine Bemerkung. Ich habe mich außerordentlich gewundert, als Sie vorhin bei den Ausführungen des Kollegen Böllig, als er davon sprach, je mehr die Arbeiterschaft arbeite, desto ärmer werde sie, gelacht haben. Ja, meine Damen und Herren, Herr Böllig hat damit durchaus nichts Unrichtiges gesagt. Wenn Sie den Satz einmal volkswirtschaftlich durchdenken, liegt die Tatsache klar zutage und ist mit dem, was ich eben sagte, in Verbindung zu bringen. Während auf der einen Seite die Unternehmerprofite ins Ungeheure wachsen, bleibt der Arbeiter auf seinem nackten Existenzminimum stehen, muß aber zu den drückenden Lasten, die uns von der Entente auferlegt werden, ebenfalls seinen Teil beitragen. In diesem Sinne ist es durchaus nicht falsch, wenn man von einer weiteren Verelendung der Arbeiterschaft redet. Verzeihen Sie diese Abschweifung. Aber ich muß verlangen, daß der Objektivität halber auch diese Dinge miterwähnt werden. Uebrigens sind ja die Herrschaften, die diese hohen Gewinne einstecken, dieselben Leute, die uns die Straßen zerfahren, und ich könnte mir denken, daß wir unsererseits einen möglichst starken Druck auf die preussische Staatsregierung ausüben, daß wir endlich ein Gesetz bekommen, das uns die Möglichkeit gibt, diese Herrschaften, die uns die Straßen zerfahren, auch entsprechend zu den Straßenbaukosten und Wegebaulasten mit heranzuziehen.

Meine Damen und Herren! Ich sehe mich leider genötigt, nunmehr auf einige Einzelheiten einzugehen, die gegen den Redner unserer Fraktion, meinen Freund Haas, vorgebracht worden sind.

Meine Damen und Herren! Dabei muß ich allerdings mit tiefstem Bedauern konstatieren, daß der Herr Landesrat Dr. Horion sich hier in einer Form geäußert hat, die ich bisher an ihm nicht gewohnt war. (Abgeordneter Böllig: Sehr richtig!) Es scheint, daß er sich noch nicht ganz auf das neue Milieu des Provinziallandtages eingestellt hat. (Zustimmung links.) Es scheint mir, als ob er noch glaubt, der vollen Zustimmung des Hauses sicher zu sein, wenn er den Geist vertritt, der hier bei den Provinziallandtagsabgeordneten Zustimmung fand, die auf Grund eines



veralteten Dreiklassenwahlsystems indirekt in diese Ständekammer hineingeraten sind. (Sehr gut! links.) Meine Damen und Herren, der Geist, der aus den Ausführungen des Herrn Landesrats Dr. Horion spricht, wird von uns mit aller Energie bekämpft werden. (Redner schlägt mit der Faust aufs Pult.) Ich muß schon sagen: Dieser Geist trägt bestimmt nicht dazu bei, daß wir hier in der Rheinprovinz zu jener einheitlichen und geschlossenen Phalanx kommen, die wir unbedingt notwendig haben. (Sehr richtig! links.) Dieser Geist, den Herr Landesrat Dr. Horion auch in bezug auf die Fäuforgereziehung usw. hier zum Ausdruck gebracht hat, trägt auch nicht dazu bei, daß wir zu der sittlichen Wiederverneuerung kommen, die wir nach der verwahrlosten Wirkung des Krieges unbedingt notwendig haben. (Zustimmung links.) Meine Damen und Herren, es ist der Geist des Herrn Landesrats Dr. Horion, der uns auch aus den Blättern des Verwaltungsberichts entgegenweht, wo man von Armen und den Ärmsten nicht mehr als von Männern und „Frauen“ spricht, sondern von Männern und „Weibern“. Ja, meine Damen und Herren, Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr sie der Pein, und in der Pein habt Ihr noch den Mut, sie zu beleidigen. Was können die Armen dafür, daß sie in den Anstalten sitzen, und womit haben sie es verdient, daß man sie in den offiziellen Verwaltungsberichten als „Weiber“ tituliert? Ich hoffe, daß es nur dieser Äußerung bedarf, um diese Beleidigung armer Frauen im nächsten Verwaltungsbericht der Rheinprovinz verschwinden zu lassen.

Meine Damen und Herren! Dann hat Herr Landesrat Dr. Horion von den Leuten gesprochen, die als Angestellte und Arbeiter in unseren Anstalten tätig sind, die Bedürfnis nach sehr vielen freien Tagen hätten und die sich dann während ihrer Dienstzeit von den Strapazen der freien Tage erholen müßten. Meine Damen und Herren! Ich muß schon — um einmal den Ausdruck des Herrn Kollegen Heß zu gebrauchen — sagen: Es fehlt mir der parlamentarische Ausdruck für diese Art, in der man hier dazu übergeht, Leute, die in ihrer übergroßen Mehrzahl der Provinz ihre treuen Dienste leisten, zu beleidigen. Ich glaube, es wird nicht gerade anfeuernd auf die Arbeitslust dieser Leute wirken, wenn man in solcher Weise hier über ihre Arbeit spricht. (Sehr gut! Sehr richtig! links.)

Dann, meine Damen und Herren, hat der Herr Landesrat Dr. Horion — ich glaube, mit Rücksicht auf den Resonanzboden, den er hier zu haben glaubt — so einen kleinen Seitenhieb auf den Herrn Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf losgelassen und gemeint, daß das, was wir hier fordern und was unser Kollege Haas mit Bezug auf die anderweitige Regelung der Arbeitszeit gesagt hat, bisher noch nicht entschieden und geregelt wäre, läge wohl daran, daß der Regierungs-Präsident bisher noch keine Antwort gegeben habe. Es hätte dem Sinn seiner Worte noch besser entsprochen, wenn er gesagt hätte: der „sozialdemokratische“ Regierungs-Präsident in Düsseldorf, denn das war offenbar der Zweck seiner Worte. Da muß ich sagen, meine Damen und Herren, ich kenne den Regierungs-Präsidenten von Düsseldorf sehr gut, und ich weiß, daß der Mann eifrig tätig ist, seine Aufgabe so durchzuführen, wie die Staatsregierung in Berlin es für notwendig hält. Wenn sich im gegenwärtigen Augenblick in der Regierung in Düsseldorf an der Cecilienallee noch ein bißchen Schlamperei zeigt, so liegt das daran, daß in der Regierung zu Düsseldorf noch der alte Schlendrian herrscht. Ich möchte daran erinnern, daß der Regierungs-Präsident im gegenwärtigen Augenblick einen sehr energischen Kampf führt, um seine Herren Regierungsräte einmal an den Achtstundentag zu gewöhnen. (Weiterkeit.) Vielleicht ist Herr Landesrat Dr. Horion so freundlich, die Vorlesung, die er hier den Arbeitern gehalten hat, demnächst auch einmal in einer Versammlung der Regierungsräte bei der Regierung in Düsseldorf zu halten. (Sehr gut! links.)

Meine Damen und Herren! So, glaube ich, kann man nicht vorgehen. Es scheint mir auch nicht richtig zu sein, was von dem Herrn Landesrat Große gegen die Ausführungen meines Parteifreundes Haas gesagt worden ist. Ich habe aus seinen Worten nicht entnehmen können, daß irgend etwas, was unser Kollege Haas über die Art und Weise der Aufsichtsführung über die Betriebe zur Verhinderung von Unfällen gesagt hat, widerlegt worden wäre. Im Gegenteil, er hat meiner Meinung nach, vielleicht ungewollt, manches, was Herr Kollege Haas hier vorgetragen hat, noch dick unterstrichen. Wenn wir z. B. hören, daß für eine Zahl von Betrieben, die, glaube ich, in der Rheinprovinz an die 35 000 ungefähr geht, ganze zwei Aufsichtsbeamte vorhanden sind, wenn wir dann weiter hören, daß diese Aufsichtsbeamten nicht etwa, wie wir es verlangen, wenigstens zum Teil aus den Kreisen genommen werden, die am meisten Verständnis für diese Fragen haben, also aus den Arbeiterkreisen, wenn wir hören, daß ein Diplomingenieur und ein Landwirt für diese Dinge herangezogen werden, ja, meine Damen und Herren, so ist dies doch nichts anderes als ein nacktes Zugestehen dessen, was unser Kollege Haas hier ausgeführt hat. Ich möchte meinerseits nochmals dringend wünschen, daß man im Interesse der an den Maschinen beschäftigten Arbeiter und ihrer Gesundheit dazu übergeht, die Zahl der Aufsichtsbeamten zu vermehren, und bei der Vermehrung die sozial erfahrenen Persönlichkeiten berücksichtigt, die in der Arbeiterbewegung stehen, die sich durch jahrzehntelange Beschäftigung mit diesem Problem eine Praxis angeeignet haben, die auch letzten Endes unserer Landesversicherungsanstalt in der Ersparung der Mittel zugute kommen wird.

Außerordentlichen Protest und lebhaften Widerspruch muß ich aber einlegen gegen einen Satz, den Herr Landesrat Große vorgetragen hat, indem er erklärte: Seitdem verbotswidriges Handeln ebenfalls von der Landesversicherungsanstalt nach den gesetzlichen Bestimmungen entschädigt werden muß, seien die Unfälle ganz wesentlich gestiegen, weil die Aufmerksamkeit der Arbeiter nachgelassen habe. Meine Damen und Herren! Ich habe doch den Kopf geschüttelt, als ich diese Worte hörte, denn in gutes Deutsch übersetzt heißt das nichts mehr und nichts weniger als: Nachdem die Arbeiter wissen, daß sie auch für Unfälle, die durch verbotswidriges Handeln herbeigeführt worden sind, Rente bekommen, stecken sie aus bloßem Vergnügen die Finger in die Maschine, nur um die Rente zu bekommen. (Pfuiruse links.) So kann man doch die Dinge nicht auslegen. Die Arbeiter haben jedenfalls das größte Interesse daran, daß die weitestgehenden Schutzmaßnahmen an den Maschinen getroffen werden, und Sie werden die Arbeiter immer an Ihrer Seite finden, wenn es gilt, Schutzmaßnahmen durchzuführen und neue Schutzvorrichtungen an den Maschinen anzubringen. Aber wer kein Interesse daran hat, das sind die Unternehmer, denn eine Anzahl Schutzvorrichtungen bedingt, daß die Maschinen nicht so rentabel arbeiten, daß sie einen langsameren Gang gehen, daß auf die Schutzvorrichtungen selbst Bedacht genommen werden muß, daß dadurch die Produktion etwas geringer wird und damit auch der Profit des Unternehmers. Also, suchen Sie die Schuldigen für die Unfälle nicht bei den Arbeitern, die ihre gesunden Gliedmaßen dafür hergeben, sondern suchen Sie sie bei den Unternehmern, die aus nacktem Profitinteresse nicht immer so die Schutzmaßnahmen innehalten, wie es nach den Vorschriften nötig wäre.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hefß hat es ebenfalls für nötig gehalten, sich mit den Ausführungen unseres Fraktionsredners zu beschäftigen. Ich hatte allerdings, als ich seinen Namen hörte — ich kenne ihn ja als Redner schon seit längerer Zeit — etwas anderes und etwas mehr erwartet. Ich muß schon sagen — ich bedauere, daß er nicht hier ist; ich will es ihm morgen noch persönlich sagen —, ich hatte so das Gefühl: Deine Limonade war matt, Luise. Das, was er sagte, war wenig mehr als nichts; auch da, wo er glaubte, sich mit Witzchen über die Situation hinwegzusetzen, hat er wenig angesprochen. Ich würde mich auch nicht mit dem

zweiten Redner des Zentrums beschäftigen, wenn nicht eine Bemerkung, die er gemacht hat, mich dazu veranlaßte.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Haas — das möchte ich nochmals die unterstreichen — hat mit seiner Bemerkung darüber, wie hier zum Gottesdienst eingeladen worden ist, in keiner Weise irgendwie die Gefühle eines der hier anwesenden Mitglieder verletzen wollen. Wir haben — Herr Kollege Haas sprach im Namen sämtlicher Fraktionsmitglieder — auch nicht in irgendeiner Form gegen religiöse Ueberzeugungen sprechen wollen. Meine Damen und Herren! Wir achten durchaus Ihre Auffassung und werden Sie auch niemals stören, wenn Sie das Bedürfnis nach gottesdienstlichen Handlungen haben. Aber was wir füglich verlangen können, ist, daß Sie auch unsere Ueberzeugung achten und daß Sie uns nicht verletzen, indem Sie uns diese Einladungen zuschicken und indem Sie hier im Hause überall die Bilder derjenigen aufhängen, die wir nun einmal nicht achten können, die zum größten Teil verantwortlich sind für die gewaltige Blutschuld, die in den verfloßenen vier Kriegsjahren über Deutschland gekommen ist. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, es wäre dringend notwendig, auch unsere Gefühle nach der Richtung hin zu achten, daß man die Bilder hier verschwinden läßt.

Dann hat der Herr Kollege Heß — ich bedaure, wie gesagt, außerordentlich, daß er nicht anwesend ist, aber ich muß es sagen — geglaubt, die sanfte Mahnung — denn nichts anderes war es, was Kollege Haas vorgebracht hat — an die rheinischen Landwirte dadurch widerlegen zu können, daß er hier im Brusttone der Ueberzeugung erklärte, kein anderer Stand hätte in so immenser Weise seine vaterländische Pflicht erfüllt wie gerade die Landwirtschaft. Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Heß dürfte doch eigentlich auch einen gewissen Herrn Dr. Hermes kennen, der meines Wissens der Zentrumsparlei nicht ganz fernstehen soll. Dieser Herr Dr. Hermes ist, nach meiner Auffassung unglücklicherweise, im Augenblick Ernährungsminister des Deutschen Reiches. Der gute Mann hat ja bisher der Landwirtschaft überall da, wo es nur irgend möglich war, seine Dienste angeboten. Aber er verzweifelt doch auch schon an dem vaterländischen Pflichtgefühl der Herren Landwirte (Abgeordneter Böllig: Hört! Hört!), und er hat vor einigen Tagen anlässlich der jetzt in Weimar tagenden Konferenz der Ernährungsminister der einzelnen Freistaaten doch schon die Erklärung abgeben müssen, daß es sehr, sehr hapert, besonders mit der Ablieferung von Brotgetreide. Er sagte da unter anderem nach einem der Ihnen sicher auch unverfänglich erscheinenden Wolff-Bericht: „Wir dürfen nicht ruhig zusehen, wenn ein Teil der Erzeuger und der Händler seinem Egoismus keine Zügel mehr anlegt.“ (Hört! Hört! links.) „Wir sind vielmehr der Meinung, daß hier mit scharfen Mitteln der Exekutive zugegriffen werden muß.“ Ja, meine Damen und Herren, das ist aber wesentlich mehr als das, was der Herr Kollege Haas gesagt hat, denn er hat hier nicht einmal die Exekutive angerufen. Er hat sich lediglich mit einer etwas sanften Mahnung an die Landwirte begnügt. Ich glaube, es gehört schon eine etwas mimosenhafte Empfindlichkeit dazu, wenn man aus dieser sanften Mahnung eine Beleidigung der Landwirtschaft heraus hört.

Es wäre eigentlich nötig, noch auf manche Punkte einzugehen. Wegen der vorgerückten Zeit will ich aber darauf verzichten. Ich will nur noch einmal zusammenfassend sagen: Wir können und werden nicht zugeben, daß der Geist, den wir — und ich muß sagen, unsere beiden Mitglieder des Provinzialausschusses auch — heute erst hier kennen gelernt haben, im Rheinischen Provinziallandtag weiter kultiviert wird. Wenn wir in der Rheinprovinz vorwärts kommen wollen, wenn wir alle sittlichen Kräfte zusammenfassen wollen, die wir zur sittlichen Wiedererneuerung brauchen, dann müssen wir allerdings auch einen freizeitlichen Luftzug durch unsere gesamte Verwaltung gehen lassen

und, meine Damen und Herren, wir werden dazu beitragen, daß die Fenster in unserer Verwaltung recht weit geöffnet werden. (Beifall.)

Landesrat Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat sich in eingehender Weise teils mit Gegenständen der Verwaltung, teils mit meiner Person beschäftigt. Ich möchte zunächst auf die ersten Punkte eingehen, da sie zum Teil zu meinem Ressort gehören.

Er hat angedeutet, daß die Provinzialverwaltung in Aussicht genommen hätte, die Heil- und Pflgeanstalt Waldbröl zu verkaufen. Dazu möchte ich bemerken: Diese Heil- und Pflgeanstalt gehört nicht der Provinzialverwaltung, auch heute noch nicht. Die Provinzialverwaltung hat aber auf Grund bestimmter Rechte, deren Auseinandersetzung zu weit führen würde, die Möglichkeit, darüber unter gewissen Umständen zu verfügen, und da hat sie allerdings in Betracht gezogen, die Anstalt zu verkaufen, aber nicht an den ersten Besten, sondern an die Evangelische Innere Mission, da sie eben auch bisher eine evangelische Anstalt war und wir es für richtig hielten, ihr den evangelischen Charakter zu erhalten. Herr Abgeordneter Gerlach hat mit Recht betont, daß es viel wichtiger ist, eine vorbeugende Tätigkeit auszuüben, als zu versuchen, die Gefallenen wieder in die Höhe zu bringen. Gerade diese Arbeit wollte die Innere Mission in Waldbröl durchführen, und gerade das sollte auch in jeder Weise rechtlich festgelegt werden. Waldbröl sollte zur Ausbildung von Diakonissen für die Krankenpflege und für die sonstige Fürsorge, sowie als Zufluchtsort und als Fürsorgeerziehungsanstalt dienen. Die Anstalt wäre also gerade den Zwecken, die der Herr Abgeordnete Gerlach so nachdrücklich betont hat, erhalten geblieben. Inzwischen ist die Sache anders gekommen, worauf wir ja morgen noch zurückkommen werden.

In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge möchte ich zuständigkeitshalber darauf hinweisen, daß die materiellen Bestimmungen über die Zuwendungen an Kriegsbeschädigte im Beirat für die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu erledigen sind. Der Herr Abgeordnete Gerlach gehört dem Beirat ja auch an. Bisher ist mir noch kein einziger Antrag des Herrn Abgeordneten Gerlach in bezug auf Unterstützung von Kriegsbeschädigten oder Verteilung von uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekannt geworden, wogegen ich mich gewandt hätte. (Abgeordneter Gerlach: Sie haben mich selbst auf den Provinziallandtag verwiesen!) Ein einziges Mal hat der Herr Abgeordnete auf den Provinziallandtag verwiesen. Da war aber der Gegenstand ein anderer; es handelte sich damals um die Zusammensetzung des Beirats. Da hat er allerdings gesagt, daß er eventuell die Sache im Provinziallandtag zur Sprache bringen würde. Aber im übrigen, er sagt ja auch selbst, es handelt sich um die Mittel, die uns zur Verfügung gestellt werden. Nicht die Provinz stellt sie zur Verfügung, auch nicht der Provinziallandtag, sondern wir bekommen sie von anderer Seite, und der Beirat stellt die Grundsätze für die Verteilung auf. Diese Grundsätze sind bisher noch stets im engsten und vollsten Einvernehmen mit dem Herrn Abgeordneten Gerlach aufgestellt worden, was ich recht dankbar anerkenne, wie ich überhaupt die Unterstützung durch die Vertreter der Organisation der Kriegsbeschädigten im Beirat nur in jeder Weise würdigen und anerkennen kann.

Es sind mir dann noch vom Herrn Abgeordneten Gerlach zwei Punkte zur Last gelegt worden, an denen ich völlig unschuldig bin, einmal Dinge aus der Fürsorgeerziehung, die mich nichts angehen, und zweitens die Bezahlung der Angestellten der Abteilung für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Er hat auch selbst schon gesagt, daß sie in derselben Weise erfolgen muß, wie für die ganze Verwaltung, so daß ich auf diesem Gebiete auch nicht zuständig bin.

Ein ganz gewaltiges Verbrechen, aus dem mein unsozialer Sinn hervorgehen soll, ist der Ausdruck: „Weiber“ im Verwaltungsbericht. Wenn man den Herrn Abgeordneten Gerlach hörte, mußte man annehmen — und ich bin überzeugt, jeder von Ihnen hat es angenommen —, daß

die weiblichen Geisteskranken in dem Verwaltungsbericht als „Weiber“ bezeichnet werden oder etwa die weiblichen Fürsorgezöglinge. Irgendeine nähere Angabe, wo sich der Ausdruck findet, hat er nicht gemacht, sondern nur ganz allgemein gesagt: „im Verwaltungsbericht“. Allerdings, an einer Stelle findet er sich: bei den Korrigenden der Arbeitsanstalt. Das bestreite ich nicht. Das hat aber der Herr Abgeordnete Gerlach nicht hervorgehoben (Abgeordneter Gerlach: Landarmenhaus in Trier!) Ich gebe zu, diese Ausdrücke stammen von den entsprechenden staatlichen Einrichtungen. Die Arbeitsanstalt und das Landarmenhaus waren früher staatliche Einrichtungen, und wie eine ewige Krankheit hat sich der Wortlaut wie auch die ganze Aufstellung des Verwaltungsberichts von dort weitergeschleppt. Nehmen Sie den Verwaltungsbericht der staatlichen Gefängnisse, so finden Sie dort genau denselben Ausdruck noch bis heute in den Berichten, die uns zugegangen sind. Ich gebe aber selbstverständlich zu, daß der Ausdruck mir durchaus nicht paßt, und daß ich für die Anregung dankbar bin und ohne weiteres dem Herrn Landeshauptmann vorschlagen werde, im nächsten Verwaltungsbericht auch bei der Anstalt Brauweiler diesen Ausdruck zu beseitigen, trotzdem die staatliche Gefängnisverwaltung bisher diesen Ausdruck noch nicht beseitigt hat, wenigstens nicht in den Verwaltungsberichten, die uns bisher zugegangen sind.

Im übrigen glaube ich, daß der Anstoß, den ich erregt habe, wohl darauf zurückzuführen ist, daß ich mir in bezug auf den achtstündigen Arbeitstag kritische Bemerkungen über das Personal der Heil- und Pflegeanstalten gestattet habe. Ich glaube, wenn man der Sache auf den Grund geht, so unterscheide ich mich in meiner Auffassung von dem Herrn Abgeordneten Haas nicht viel. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Gerlach noch eine interessante Mitteilung dazu machen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, den er gewiß auch kennt, hat Verträge über Dienstzeit in Krankenanstalten abgeschlossen, in denen sich die 60stündige Arbeitszeit findet. Auch in diesen Kreisen sieht man also, daß eines sich nicht für alle schickt. An sich begrüße ich auch den achtstündigen Arbeitstag besonders für die schwer arbeitenden Stellen als eine unbedingte Notwendigkeit und einen sozialen Fortschritt eminenten Art. Wir haben ihn deswegen auch, ehe ein Tarifvertrag abgeschlossen war, in den Irrenanstalten für das ganze Handwerkerpersonal sofort eingeführt. Ich empfinde auch, daß er besonders ein Segen ist für das verheiratete Personal, das sich dann seiner Familie widmen kann. Aber das Bedenkliche liegt bei dem unverheirateten Personal an denjenigen Stellen, wie in unseren Irrenanstalten, wo es nicht möglich ist, die freie Zeit in einer angemessenen Weise auszufüllen. Ich glaube also, auch in diesem Punkte mich mit meinen Ansichten vor dem sozialen Forum sehr gut sehen lassen zu können.

Dann muß ich aber noch etwas Allgemeines betonen. Aus den Ausführungen des Herrn Gerlach schien hervorzugehen, daß wir hier in den Objekten unserer Fürsorge — seien es Fürsorgezöglinge, seien es Brauweiler-Korrigenden — gewissermaßen verworfene Menschen vor uns sehen, die irgendwie bestraft werden müßten. Ich möchte für meine Person auf das schärfste gegen diese Auffassung Einspruch erheben. Immer und immer wieder habe ich in den Konferenzen der Anstaltsbeamten dargelegt, daß es uns nicht zusteht, über die Schuld des einzelnen zu entscheiden, mag er auch äußerlich mit einer Schuld behaftet erscheinen, wie er will. Auch wenn ich auf dem Boden des freien Willens stehe, kann ich bei dem einzelnen nicht entscheiden, was Produkt seines freien Willens, was Produkt der unglücklichen Umgebung, was Familien- und Naturanlage ist, die er mit auf die Welt gebracht hat. Infolgedessen beurteile ich die persönliche Schuld des einzelnen so milde, wie ich nur kann.

Und gerade das möchte ich gegenüber dem ebenfalls hier scharf angegriffenen Erlaß über die Abföhrung der Ausgehzeit, das Verbot des Ausbleibens über Nacht in bezug auf das weibliche

Pflegepersonal sagen und gegenüber dem Herrn Abgeordneten Böllig betonen. Er wies darauf hin, daß man nicht wisse, wodurch die Leute auf den Weg gekommen sind, ob sie nicht vielleicht in der Etappe verstorben worden sind. Das gebe ich durchaus zu. Ich will mir keinerlei Urteil darüber anmaßen, ob sie eine Schuld trifft. Ich denke auch gar nicht an eine Bestrafung. Aber diejenigen, die sich mit der beschränkten Ausgehzeit nicht begnügen können, die über Nacht ausbleiben müssen, passen nicht in den Pflegedienst des Krankenhauses. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die betreffenden Angestellten mögen in Frieden ausscheiden, es wird ihnen kein Hindernis in den Weg gelegt. Nur an dieser Stelle können wir sie nicht brauchen, und da werden wir es durchsetzen, daß sie nicht bleiben. (Beifall.)

Im übrigen aber glaube ich, daß die Ausgestaltung, die die Einrichtungen der sozialen Fürsorge hier in der Rheinprovinz in den langen Jahren erfahren haben, an denen ich hier dabei tätig sein konnte, wohl bewiesen haben dürften, daß auf diesem Gebiete gerade hier in der Rheinprovinz, auch auf meine Vorschläge hin, soviel für die Hilfsbedürftigen gerade der ärmeren Klassen geschehen ist, wie nur in irgendeiner anderen Provinz. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Abgeordneter Orlopp.

Abgeordneter Orlopp: Werte Anwesende! Ich will nicht hier die zweite Garnitur von Statsrednern bilden. Ich will nur auf einen Punkt eingehen, der mich als Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter besonders interessiert. Das sind die Anwürfe des Herrn Landesrats Dr. Horion. Doch, bevor ich dazu übergehe, muß ich sagen: Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Heß haben eigentlich das bestätigt, was ein großer Teil im Volke von diesem Hause denkt. Die ersten Ausführungen paßten überall anderswo eher hin als in den Landtag. (Abgeordneter Böllig: Sehr richtig!) Ich kann mir insbesondere sehr gut denken, daß der erste Teil der Ausführungen in irgendeine Fastnachtsbütte gepaßt hätte. Hiermit ist Herr Heß für mich erledigt. (Heiterkeit im Zentrum.)

Ich muß eins richtigstellen. Es wurde hier in der Debatte gesagt, daß mein Freund Böllig gesagt hätte, daß die Besetzung dieses Landtages zu der Entfesselung des Krieges beigetragen hat. Das ist selbstverständlich ein falscher Zungenschlag gewesen, der von der anderen Seite in entstellter Weise ausgenutzt worden ist. Es ist ganz selbstverständlich, soviel Politiker wird Böllig schließlich auch wohl sein, daß er damit das System hat treffen wollen. (Abgeordneter Böllig: Sehr richtig!) Das System der früheren Besetzung unserer Parlamente und Verwaltungsbehörden hat tatsächlich zum allergrößten Teil zu dem unglückseligen Kriege beigetragen.

Ich muß nun mit aller Energie hier in der Öffentlichkeit die Beleidigung zurückweisen, die Herr Landesrat Dr. Horion gegen das in den Provinzialanstalten beschäftigte Personal ausgesprochen hat. Das Personal in den Heil- und Pflegeanstalten ist nicht derartig beschäftigt, wie es hier ausgeführt wird. Wenn Sie vielleicht schon einmal in der Irrenanstalt Grafenberg gewesen (Rufe: Nein! Heiterkeit.) . . . Wenn Sie noch nicht dagewesen sind, so ist das nicht zum Lachen. Dann wird es sich empfehlen, daß Sie als Mitglieder des Landtages sich die Anstalt einmal ansehen. Wenn Sie dort acht Stunden lang zum Segen der Kranken arbeiten wollen, sind Ihre Nerven fertig, und zwar mehr fertig, als wenn Sie an der Reparatur einer Maschine arbeiten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein Mensch, der an der Gesundheit eines Mitmenschen arbeitet, leistungsfähiger und kräftiger sein und mehr Aufmerksamkeit haben muß als derjenige, der eine kranke Maschine repariert. Allerdings, von außen sieht es sehr schön aus, wenn man den Mann im sauberen Anzug da einmal einen Augenblick stehen sieht.

Es wurde dann von Herrn Landesrat Dr. Horion erklärt, daß die politischen Freunde des Herrn Haas auf dem Standpunkt ständen, daß der Achtfundentag in den Anstalten nicht

beseitigt werden soll. Herr Landesrat, Sie wissen ganz genau, daß nicht allein die politischen Freunde des Herrn Haas, sondern auch die christlichen Gewerkschaften genau so gut wie wir auf dem Standpunkt stehen, daß unter keinen Umständen der achtstündige Arbeitstag beseitigt werden darf. Das zur Information des Hauses.

Es wird dann von Herrn Dr. Horion gesagt, das Personal müsse sich im Dienst von den Strapazen seiner Vergnügungen erholen. (Rufe: Pfui! Unerhört! bei der U. S. P.) Wir werden das selbstverständlich dem Personal mitteilen, und das Personal wird dann in schärferem Maße an die Verwaltung herantreten, um das nötige Geld zu bekommen, diese Vergnügungen ausführen zu können. Herr Dr. Horion, das Personal bekommt Monatslöhne von 186 Mark, und ein Verheirateter mit 3 Kindern bezieht 975 Mark. Ich glaube, daß sehr viele Herren hier im Saale sind, die an einem Abend ein derartiges Monatsgehalt zum Vergnügen verbrauchen (Abgeordneter Böllig: Sehr richtig!) und den anderen Tag doch arbeiten müssen. Ich will nicht behaupten, daß das Gehalt der Landesräte zu hoch ist, absolut nicht; aber es ist jedenfalls bedeutend auskömmlicher, als das Gehalt dieser Leute. Aber sich dann noch hier hinzustellen und zu erklären, das Personal müsse sich von den Strapazen der Vergnügungen erholen, ist eine Beleidigung gegenüber dem arbeitenden Teil der Bevölkerung. (Sehr richtig! links.) Aber daß derartige Aussprüche heute noch getan werden können, und zwar hauptsächlich aus den Kreisen, die sich politisch nie betätigt haben und auch heute noch trotz der bewegten Zeit der Politik noch fernstehen, ist begreiflich. Ich möchte Herrn Dr. Horion und seinen Sinnesverwandten sagen: Die Besetzung dieses Hauses ist nicht das Bild, das draußen ist. (Abgeordneter Böllig: Sehr richtig!) Das Bild draußen ist wesentlich anders als das Bild, das Sie hier sehen. Nehmen Sie sich nur die Zahlen der letzten Reichstagswahlen zur Hand (Zuruf aus der Mitte: Sachsen!), dann werden Sie vielleicht schon etwas anderer Ansicht. Aber das Personal, das Sie zu vertreten haben, die Angestellten, mit denen Sie in Berührung kommen, haben noch einen wesentlich anderen Anstrich. Von 130 000 Pflegern in Deutschland gehören jetzt 60 000 zu den von Ihnen als sozialistisch bezeichneten Gewerkschaften. Ein Teil der anderen Pfleger gehört in die christlichen Gewerkschaften, und das Personal, soweit es in den Küchen beschäftigt ist, gehört ebenfalls zum größten Teil der sozialdemokratischen Gewerkschaft an. Sie glauben doch sicherlich nicht, daß es zum guten Zusammenarbeiten beiträgt, wenn man hier in aller Deffentlichkeit erklärt, das Personal müsse sich im Dienst von den Strapazen seiner Vergnügungen erholen. (Redner schlägt mit der Faust aufs Pult.)

Es wird ferner in die Debatte hineingeworfen, daß das Personal 140 freie Tage habe, ohne den Anwesenden zu sagen, woher das kommt. Wir als Organisationen, die einzelnen Betriebsräte, haben sich mit aller Energie dagegen gewandt, daß die Arbeitszeit in eine 14 und 15 stündige umgeändert wird. Man ist aber aus System an das Personal herangetreten und hat ihm zuzureden gewußt, die Arbeitszeit zusammenzulegen, um so nach außen beweisen zu können, daß der achtstündige Arbeitstag nicht vom Personal gewünscht wird (Abgeordneter Böllig: Pfui!), um nach außen zeigen zu können, daß das Personal sich zur zusammengelegten Arbeitszeit trennt. Wenn Sie sagen: Das Gegenteil stimmt, so haben Sie als Verwaltung dafür zu sorgen, daß derartiges nicht vorkommt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn man einen Menschen, der mit einem Kranken umzugehen hat, wie es aus den Ausführungen des Herrn Dr. Horion hervorging, 15 Stunden pro Tag mit der Pflege eines Kranken beschäftigt. Wie die Pflege in den zweiten acht oder sieben Stunden aussieht, möchte ich einmal sehen. Jedenfalls kann da von einer geordneten Krankenpflege keine Rede mehr sein. (Sehr richtig! links.) Herr Landesrat Dr. Horion hat gesagt, das Personal habe 140 freie Tage, außer dem Urlaub. Es kommen also 10 Tage Urlaub

dazu, macht 150 Tage. Rechnen wir das auf die Arbeitszeit um, so ergeben sich 15 Stunden pro Tag. Es ist dasselbe System, das man auch gegenüber unseren Betriebsräten in der Landwirtschaft anwendet. Unsere Betriebsräte in der Landwirtschaft sucht man auch immer und immer wieder dazu zu verleiten, die Tarife zu brechen. Man gibt ihnen ein größeres Deputat Korn, und verschiedene haben es klar und deutlich unseren Gewerkschaftsvertretern gegenüber ausgesprochen: Wenn wir unseren Arbeitern soviel Korn geben, daß sie es nicht essen können, müssen sie es verfüttern, und wenn die Arbeiter es verfüttern, können wir es auch. Das ist dasselbe System, wie wenn man hier das Personal 14—15 Stunden zum Schaden der kranken Menschheit arbeiten läßt. Wenn das, was Herr Dr. Horion sagte, zutreffen sollte, daß sich das Personal danach drängt, ist es Pflicht der Verwaltung, es davon abzuhalten und dies nicht zuzulassen, sondern die tarifmäßig festgesetzte Arbeitszeit durchzusetzen.

Doch daß die Verwaltung von ihrem alten Geist nichts aufgegeben hat, beweist auch der Revers, der von dem Herrn Landeshauptmann herausgegeben worden ist. Man sagt hier, das Hauspersonal soll um 9 Uhr zu Hause sein. Gut, aber nach meiner Auffassung ist das nicht Sache des Landeshauptmanns, sondern Sache des Personals selbst, das freie Menschen und freie Arbeiter in einem freien Deutschland sind. (Redner schlägt mit der Faust aufs Pult.) Wir haben nicht darüber zu bestimmen, was der Arbeiter mit seiner freien Zeit macht, genau so gut, wie Sie selbst bestimmen wollen, was Sie in Ihrer freien Zeit tun, genau so gut, wie jeder Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, heute nicht über sich bestimmen läßt, was er in seiner freien Zeit zu tun hat. Verhält sich das Personal nicht so, wie es sich für Krankenpfleger gehört, so sind unsere Betriebsräte dazu da, die Leute dahin zu versetzen, wohin sie gehören, oder ihnen zu kündigen. In der großen Krankenanstalt in Essen an der Ruhr haben wir 450 Mann Personal. Da haben wir allerdings ungefähr vor Jahresfrist auch schon Schwierigkeiten gehabt, indem zwei oder drei Fälle vorgekommen sind, die nicht so waren, wie sie sein sollten. Aber in einer großen Schar sind selbstverständlich immer einmal Müdige. Aber im großen und ganzen herrscht bei dieser großen Schar ohne eine solche Beschränkung tadellose Zucht und Ordnung, und wer sich nicht fügt, wird eben von den Betriebsräten dahin versetzt, wo er hin muß. So muß es auch hier sein.

Der Revers, der da herausgegeben wurde, paßt nicht mehr in die heutige Zeit. Die Zeiten sind überlebt, wo man über den Arbeiter verfügen konnte wie über einen Sklaven: Zu der Zeit hast du Ausgehzeit und zu der Zeit hast du zu Hause zu sein. Das werden wir als Organisationen uns nicht mehr bieten lassen, und wir werden als Organisationen zu dem Erlaß des Herrn Landeshauptmanns in aller Deffentlichkeit Stellung nehmen müssen.

Es wurde dann hier wiederholt darauf hingewiesen, daß das Personal nicht mehr das Personal ist, was es gewesen ist. Jawohl, das stimmt, ich gebe Ihnen ohne weiteres recht. Aber woher kommt es und speziell in den Heil- und Pflegeanstalten? Ich will Sie nur an eins erinnern. Wir haben mit der Provinzialverwaltung einen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Tarifvertrag ist ordnungsmäßig gekündigt, der Verwaltung fällt es gar nicht ein, mit uns weiter zu verhandeln, sie vertröstet uns von einer Stunde zur anderen. Wir stehen seit Juni in einem gekündigten Tarifvertrag. Bis heute ist eine ordnungsmäßige Regelung nicht erfolgt. In allen anderen Arbeitszweigen haben in der Zwischenzeit nicht einmal, Herr Landeshauptmann, sondern andere Arbeitszweige zwei-, drei- und viermal weitere Neuregelungen stattgefunden, und hier kommen wir nicht zustande. Wären wir das, als was Sie uns immer zeichnen, so hätten wir längst andere Wege beschritten. Aber weil wir wissen, welche schwierige Lage es ist, wenn wir die Anstalten der Geisteskranken ohne Pflegepersonal liegen lassen, haben wir einen Pflock nach dem anderen zurückgesteckt. Aber endlich



geht auch einmal unsere Geduld zu Ende. Daher kommt es auch, daß heute in den Anstalten nicht mehr so geschafft wird, wie geschafft werden müßte. Wir haben jetzt einen Weg noch offen gelassen, selbst auf die Gefahr hin, daß man uns wiederum „vaterlandslose Gesellen“ nennt: Wir werden jetzt an die Besatzungsbehörde gehen. (Undauernde laute Psui-Rufe. Rufe: Hin aus mit dem Kerl!) Wir stehen seit Juni mit der Verwaltung in Verhandlung, und wenn die Verwaltung . . . (Der Redner wird durch die noch weiter andauernden lauten Psui-Rufe am Weiterreden verhindert.) Das ist ja das Bezeichnende: Sie haben uns angepöbelt nach allen Regeln der Kunst, Sie haben Reden gehalten . . .

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Kaiser (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie haben Mitgliedern des Hauses vorgeworfen, daß sie Sie angepöbelt hätten. Das entspricht nicht der Ordnung des Hauses. (Abgeordneter Zöllig: Trifft aber zu!) Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abgeordneter Dr. Lopp (fortfahrend): Dann will ich mich verbessern. Jedenfalls sind hier Reden in allerschärfster Form gehalten worden, die mit unserer politischen Ueberzeugung nicht übereinstimmen, und wir haben sie mit aller Seelenruhe über uns ergehen lassen. Nachdem ich hier rein sachlich gesagt habe, daß wir mit der Provinzialverwaltung seit Monaten in Verhandlung stehen, ohne zu einem Abschluß zu kommen, wo die Gefahr vorliegt, daß wir unser Personal aus den Anstalten herausholen müssen, wo Tausende von Kranken, Krüppeln und Siechen in Frage kommen, habe ich erklärt: Dann werden wir zunächst den anderen Weg gehen: Wir werden zunächst die Angestellten in Bonn herausholen, und dann muß die Besatzungsbehörde eingreifen. Dann werden wir sehen, wie weit wir kommen. Das können wir schließlich dann auch auf das übrige Deutschland, wo wir noch freies Verfügungsrecht haben, übertragen. Deswegen soll man hier nicht herkommen und von Minderleistungen sprechen. Nein, kommen wir dem Personal entgegen, so kommt es selbstverständlich auch uns entgegen. Wir stehen genau auf dem Standpunkt wie alle anderen. Wir wenden uns selbstverständlich nicht aus Hohn und Uebermut an die Besatzungsbehörde. Aber, wenn es sein muß, wissen wir keinen anderen Weg mehr. (Abgeordneter Zöllig: Genau wie Dr. Heim!) Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir ein geeintes Deutschland brauchen. Wir stehen nicht wie Leute aus manchen anderen Parteien systematisch auf dem Standpunkte, die Rheinlande von Deutschland loszulösen. Wir stehen auf dem Standpunkt eines geeinten Deutschlands, aber eines freien Deutschlands, wo es weder Ausgebeutete noch Ausbeuter gibt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Kaiser: Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Horion.

Landesrat Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht vor, auf die Ausführungen noch einmal zu antworten. Aber sie enthalten doch so mannigfache sachliche Unrichtigkeiten, daß ich auf eine Antwort nicht verzichten kann.

Zunächst ist gesagt worden, ich hätte einen 15stündigen Arbeitstag in den Irrenanstalten verlangt. Das ist in keiner Weise verlangt worden. Ich habe gesagt: Die Pfleger selbst haben gegen den Willen des Direktors, der sie geradezu angefleht hat, doch davon abzugehen, eine längere Arbeitszeit verlangt, allerdings nur eine zwölfstündige.

In einem Punkte bin ich mißverstanden worden. Die Pfleger haben 140 freie Tage einschließlich der Ferien. Wenn Sie das umrechnen, dann kommt die zwölfstündige Arbeitszeit heraus, die jetzt dort ist und die Pfleger für sich selbst verlangt haben. Gerade hier wollten wir nicht ein Kommando von oben aus ausüben, was uns doch sehr verübelt wird. Wir wollten nicht gegen den Willen des Personals entscheiden und jetzt ist das auch wieder nicht richtig. Jetzt sind wir dem Wunsche des Personals nachgekommen (Abgeordneter Zöllig: Sehr nett von Ihnen!), und jetzt wird

verlangt, der Herr Landeshauptmann hätte sich darüber hinwegsetzen und hätte kommandieren sollen: Das darf nicht stattfinden, die Arbeitszeit muß anders sein. Nein, wir wollen uns mit dem Personal einigen, und ich bin überzeugt, daß wir auch in bezug auf die Verlängerung der Dienstzeit, insbesondere wenn wir den von Herrn Haas vorgeschlagenen Weg wählen, daß wir neben der Arbeitszeit noch eine Arbeitsbereitschaft einführen, mit dem Personal auch da durchaus einig gehen werden. Ich zweifle sehr daran, ob das Personal der Anstalt Bonn den Weg, den der Herr Vorredner angedeutet hat, gehen wird. Soviel ich es kenne, wird es diesen Weg nicht gehen. Ich habe gerade bei der Anstalt Bonn jetzt noch gehört — das wird den Herrn Vorredner auch interessieren —, daß mit Zustimmung des Betriebsrats und auf seine Anregung drei Pflegerinnen, die das Leben außerhalb des Dienstes etwas gar zu toll trieben, gekündigt worden ist. Der Betriebsrat hat es verlangt. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Es handelte sich hier nicht um den Dienst, sondern um Dinge außerhalb des Dienstes.

Dann ist Anstoß genommen worden an dem Ausdruck von mir: Erholung von den Strapazen des freien Tages. Der Ausdruck ist mir deshalb gekommen, weil er in fast sämtlichen Berichten der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten übereinstimmend wiederkehrt. Gerade an den Tagen nach den freien Tagen, wo bis in die Nacht ausgeblieben werden konnte, kommt es heute vor, was früher nie da war, daß sogar am Tage der Pfleger schlafend angetroffen wird, was früher nie der Fall war; wohl bei der Nachtwache kam es einmal vor. (Abgeordneter Böllig: Wer hat die Berichte geschrieben?) Beispielsweise sagt der Direktor von Bonn: „Es braucht sich im Dienst nicht zu sehr anzustrengen, kann sich erholen von den Anstrengungen des vorhergehenden Urlaubstages und darüber nachdenken, wie es den folgenden am besten feiert.“ Meine Damen und Herren! Ich möchte aber ausdrücklich hervorheben: Jede Verallgemeinerung liegt mir fern. Ein ganzer Teil des Personals ist mit diesen Zuständen nicht einverstanden, und mit diesem zusammen werden wir auch die Zustände bessern. Ich habe schon darauf hingewiesen, in Andernach und Düren hat der Betriebsrat durchaus den Maßnahmen des Herrn Landeshauptmanns zugestimmt. Und auch das möchte ich hervorheben: Als wir die Verfügung bezüglich des Neunuhr-Zuhauseins hinausgeschickt haben, haben wir — ich habe das nicht ganz vorgelesen — ausdrücklich dabei gesagt: „Ich ersuche nunmehr die Direktion, sich mit dem Betriebsrat in der Angelegenheit in Verbindung zu setzen und die Zustimmung des Betriebsrats herbeizuführen.“ Wir haben also in jeder Weise die Rechte des Betriebsrats hochgehalten. Wenn dann aber ein Betriebsrat sagt: Ich kann in der Beziehung nichts tun, denn das sind Dinge außerhalb des Dienstes, die gehen mich nichts an“, so bleibt nichts anderes übrig, als daß wir es von uns aus verfügen. Ich halte diese Auffassung des Betriebsrats aber für unrichtig; vielmehr wird uns auch hier der Betriebsrat zu unterstützen haben.

Ich gebe nochmals der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich die Sache in den Anstalten weit friedlicher schlichten lassen wird, als es hier in diesem Hause den Anschein hat, dank der Einsicht eines großen Teils unseres Personals, das noch voll Gewissenhaftigkeit ist und mit uns zusammenarbeitet, um die Zustände in den Anstalten zum Wohle der Kranken in möglichst günstiger Weise zu gestalten. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Kaiser: Ich stelle fest, daß keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Ich schließe die Debatte. Es liegt nur der Antrag vor, den uns vorliegenden Haushaltsplan den zuständigen Sachkommissionen zu überweisen. Aus den Reden aller Herren Redner glaube ich herausgehört zu haben, daß sich gegen diesen Antrag kein Widerspruch erhebt. (Abgeordneter Böllig bittet ums Wort zur persönlichen Bemerkung.) Die Debatte ist geschlossen. Wir sind in der Abstimmung. (Abgeordneter Böllig: Nach der Debatte wird doch das Wort zur